Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Sept. 74, 2. Jhg. Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis: 3.-

Arbeiterkammer wahlen

Keine Stimme den bürgerlichen Listen!

Am 29. und 30. September finden in ganz Österreich Arbeiterkammerwahlen statt. Rund zwei Millionen Arbeiter und Angestellte sind bei diesen Wahlen stimmberechtigt. Schon seit einigen Wochen läuft der Wahlrummel der bürgerlichen Parteien und ihrer Fraktionen. Auf Plakatwänden, in Broschüren und Flugschriften führen SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ sowie die Liste "Gewerkschaftliche Einheit" einen verbissene Kampf um die Stimmen der Arbeiter und Angestellten; in ihren Propagandaschriften ziehen sie übereinander her. Aber in einem sind sie sich einig: Wie wichtig die Arbeiterkammern für die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten sind. Alle versprechen ein "offenes Ohr" für die Sorgen der arbeitenden Menschen zu haben und loben die Arbeiterkammern als eine Institution die deren Probleme zu lösen versucht - wie SPÖ, ÖVP oder FPÖ- oder sie jedenfalls lösen könnte, wenn nur die Vertreter ihrer Liste mehr Sitze darin hätten - wie KPÖ oder "Gewerkschaftliche Einheit". Verläßt man sich aber nicht auf die schönen Worte der bürgerlichen Politiker, sondern nimmt man die wirklichen Taten der Arbeiterkammern her, so ergibt sich gleich ein ganz anderes Bild dieser "Interessensvertretung der Arbeitnehmer".

Eine wichtige Funktion der Arbeiterkammern liegt in ihrer Mitarbeit in der Paritätischen Kommission, die über die wichtigsten Preiserhöhungen berät und der alle kollektivvertraglichen Lohnforderungen vorgelegt werden. Tage und Wochen verbringen die Experten der Arbeiterkammern damit, die Preisanträge der Kapitalisten zu überprüfen- Preisanträge, die von vorneherein so hoch gestellt werden, daß die üblichen Abstriche für die Kapitalisten nicht ins Gewicht fallen. Die Aufgabe der Arbeiterkammerexperten ist es, die Punkte zu finden, in denen die Kapitalisten "Überhöhungen" versteckt haben. Daß die Preissteigerungen trotzdem im-

Fortsetzung S 2

Wem nützt dieses Bundesheer?

Innerhalb von drei Wochen wurden beim Bundesheer zwei junge Präsenzdiener zu Tode geschunden. Das hat unter der Bevölkerung große Empörung über dieses Heer ausgelöst. Die bürgerlichen Zeitungen, vor allem Kurier und Kronenzeitung, haben diese Empörung aufgegriffen und versuchen, sie mit großem Aufwand auf die Mühlen der Bourgeoisie zu lenken.

Im Juli starb der Soldat Herbert Grosinger, der in der Karlskaserne in Wien-Kagran seinen Präsenzdienst ableistete. Bei einer Übung in der Lobau versank er bei der Durchquerung eines Tümpels plötzlich im Wasser und konnte durch die Wiederbelebungsversuche seiner Kameraden nicht mehr gerettet werden. Er hatte gerade erst eine Krankheit überstanden und hätte keine Ausbildung mitmachen und schon gar nicht ins Wasser gehen dürfen.

Mitte August wurde in Krems/Mautern der Präsenzdiener Kurt Wandl bei der Gefechtsausbildung zu Tode geschliffen. Bei dieser Übung wurde ein zweiter Präsenzdiener mehrere Stunden bewußtlos im Gelände liegen gelassen.

Über diese Vorfälle ist die Bevölkerung sehr aufgebracht. In Krems traute sich das Bundesheer-Kaderpersonal nicht mehr auf die Straßen, weil es fürchtete, Prügel zu bekommen. Die Kaserne wurde einige Tag von Gendarmerie bewacht. An diesen Ereignissen konnten wir besonders kraß sehen, daß das österreichische Volk mit diesem Heer nichts gemeinsam hat, daß es dieses Heer nicht brauchen kann.

Kronenzeitung und Kurier versuchen diese richtige Meinung des Volkes in ihrem Sinn, im Sinn der herrschenden Klasse, zu verdrehen. Einerseits wollen sie die Todesfälle als unglückliche Zufälle, als Entgleisung einiger weniger, ungeeigneter bzw. sadistischer Ausbildner darstellen. Auf der anderen Seite benutzen sie diese Ereignisse dazu, um die öffentliche Meinung für die Bundesheerreform zu gewinnen. Durch diese Heeresreform soll die bisherige Struktur des Heeres umgewandelt werden. Das neue Heer soll als Kern eine modernst ausgerüstete und gut ausgebildete Bereitschaftstruppe von 15.000 Mann erhalten. Um diesen Kern sollen die allgemein-Wehrpflichtigen in Landwehrverbänden und Grenzschutz zusammengefaßt werden. Diese Reform wird sehr viel Geld kosten und die Werktätigen sollen diese Summen mit ihren Steuern bezahlen. Die Mißstände im Bundesheer werden als Anlaß genommen, um dem Volk einzureden, daß ein "modernes, gut ausgerüstetes und ausgebildetes Heer" für die Bevölkerung am besten sei.

Jeder, der seinen Präsenzdienst geleistet hat oder gerade leistet, weiß, daß Schikanen wie in Mautern nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellen. Getrennt von ihrer gewohnten Umgebung, ihrer Familie, ihren Freunden und durch Drohungen wie Urlaubssperre, Arrest oder Zivilgefängnis eingeschüchtert, haben die jungen Soldaten oft Angst, sich gegen diese Schikanen zu wehren.

Die scheinbar sinnlosen Schikanen im Bundesheer erfüllen in Wirklichkeit aber ein genaues Ziel. Die jungen Präsenzdiener sollen im Heer dazu erzogen werden, jeden Befehl widerspruchslos auszuführen. Sie sollen lernen,

Fortsetzung S 12

Bewaffnete Landarbeiter in Chile

11. September: 1. Jahrestag des Putsches

Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes

Aufruf des Kommunistischen Bundes Wien zu einer breiten Aktionseinheit

Am 11. September jährt sich der Militärputsch in Chile. Es ist dies ein Datum, das die Arbeiter in der ganzen Welt daran erinnert, wozu die bürgerliche Klasse fähig ist, wenn sie ihr Eigentum an den Produktionsmitteln bedroht sieht. Der Sturz der UNIDAD-POPULAR-Regierung durch das chilenische Militär mit Hilfe des CIA richtete sich gegen die revolutionäre Volksbewegung, die während der Regierungszeit Allendes eingesetzt hatte: die Arbeiter besetzten die Fabriken, organisierten die Produktion und Verteilung der Waren selbst, indem sie sich eigene demokratische Machtorgane in den Fabriken und Stadtvierteln aufbauten, die Landarbeiter und armen Bauern begannen, die Herrschaft der Großgrundbesitzer abzuschütteln und das Land gemeinsam und unter eigener Planung zu bebauen.

Auf diese Bedrohung ihrer Herrschaft hat vor nunmehr einem Jahr die bürgerliche Klasse mit einem blutigen Putsch ihres Militärs geantwortet, der zehntausenden Menschen

Fortsetzung S 25

...AK

mer rascher und häufiger kommen, spürt jeder Arbeiter und Angestellte Tag für Tag. Als die Zuckerbarone vor wenigen Wochen einen Antrag auf Erhöhung des Zuckerpreises um 2 Schilling pro Kilogramm einbrachten, wurden sie von der Arbeiterkammer sofort scharf kritisiert. Sie verlangte eine"gerechte" Preiserhöhung von "nur" 70 Groschen. Als der Zuckerpreis dann um 80 Groschen erhöht wurde, zeigten sich die Arbeiterkammern sehr zufrieden.

Führend beteiligt waren die Arbeiterkammern an der Ausarbeitung des neuen Arbeitsverfassungsgesetzes. Ziel dieses Gesetzes ist es, einen Interessensausgleich zwischen Arbeitern und Kapitalisten herbeizuführen, "zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes". Daß ein solcher Ausgleich nicht möglich ist und daß jeder Versuch, ihn herbeizuführen zur Unterordnung der Interessen der Lohnabhängigen unter die Interessen derer, die die Produktionsmittel besitzen und die Macht im Staat haben, führt, zeigt dieses Gesetz sehr deutlich. Die Betriebsräte müssen z.B. ihre Tätigkeit "ohne Störung des Betriebs" vollziehen. Jeder Aufruf des Betriebsrats zur Arbeitsniederlegung kann sofort als "Störung des Betriebes" ausgelegt werden. Das Arbeitsverfassungsgesetz schränkt die Rechte der Arbeiter und Angestellten und ihrer gewählten Vertreter ein und verpflichtet sie, sich in allem und jedem den Profitinteressen der Kapitalisten zu unterwerfen. Für dieses Gesetz zeichnen die Arbeiterkammern mitverantwortlich.

Arbeiter und Angestellte können sich auch an die Arbeiterkammern um Rat wenden. Wenn überhaupt, so haben die meisten nur auf diesem Weg direkten Kontakt mit den Arbeiterkammern bekommen. Der Rat, den viele erhalten, besteht darin, daß ihnen nicht geholfen werden kann - weil der Kapitalist sich ohnehin an die Gesetze gehalten hat. Bei der Durchsetzung der Interessen auf dem einzigen Weg den sie haben, im Kampf gegen die Kapitalisten- ist aber von den Arbeiterkammern keine Hilfe zu erwarten.

Ob es um die Erhaltung der Lebensbedingungen, um die gesetzliche Absicherung gewerkschaftlicher und politischer Rechte, um Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter und Angestellten oder um die Durchsetzung irgendwelcher anderer Interessen geht - immer können nur im Kampf gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat Erfolge erzielt werden. Die Arbeiterkammern sind ihrem ganzen Aufbau und ihrer ganzen Tätigkeit nach genau auf das Gegenteil dieses Kampfes orientiert: auf die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat. Der Gedanke der Klassenzusammenarbeit und der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat ist in Form der Arbeiterkammern zu einer Institution geworden.

Aber die Interessen der Arbeiterklasse und die der Kapitalisten sind einander vollkommen entgegengesetzt. Sie können nicht ausgeglichen werden. Die Arbeiterklasse, die alles in dieser Gesellschaft produziert, während die Kapitalisten nur von fremder Arbeit leben, muß den Kampf gegen diese Klasse von Müßiggängern und Schmarotzern führen, bis zu ihrem Sturz und zum Ende der bürgerlichen Ausbeuterordnung. Der bürgerliche Staat dient der Kapitalistenklasse zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung, zum Niederhalten und zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Deshalb muß die Arbeiterklasse ihn zerschlagen, um eine sozialistische Gesellschaft, eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen.

Die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat ist das Ziel der Arbeiterkammern. Die Arbeiterkammern sind keine Organisationen, die sich die Arbeiterklasse im Kampf geschaffen hat. Nur auf den Auftrag des bürgerlichen Staates vermögen sie sich zu stützen. Von ihm wurden sie eingerichtet und von ihm gehen sie aus. Indem der bürgerliche Staat den Arbeitern und Angestellten diese "Interessensvertretung" anbietet und sie zugleich in diese "Interessensvertretung" zwingt, versucht er, die arbeitenden Menschen an sich und seine Institutionen zu ketten. Die Arbeiterkammern stehen dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat im Wege.

Um diesen Kampf zu führen, muß sich die Arbeiterklasse zusammenschließen. Sie benötigt ihre politische Partei, eine Partei, die nur von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht: eine kommunistische Partei, die diesen Namen wirklich verdient. Eine solche Partei der Arbeiterklasse existiert heute nicht. Es gilt sie aufzubauen. Um ihrem Kampf die breiteste Grundlage zu verschaffen, braucht die Arbeiterklasse starke einheitliche Gewerkschaften. Der Kampf gegen die Kapitalisten und nicht die Zusammenarbeit mit ihnen muß ihr Programm sein. Die Führung des ÖGB verfolgt heute eine Politik der Klassenzusammenarbeit. Gegen diese Politik gilt es im ÖGB den Kampf aufzunehmen.

Die Kommunisten treten für die Auflösung der Arbeiterkammern ein. Trotzdem werden sie sich an den Arbeiterkammerwahlen beteiligen, wenn sie stark genug dazu sind. Sie verfolgen dabei das Ziel, den Wahlkampf und alle Positionen, die sie erringen sollten, für eines zu benützen: die Politik der Klassenzusammenarbeit anzuprangern und die Arbeiter und Angestellten zum Kampf gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat, zum Kampf gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit aufzurufen. Heute sind die Kräfteverhältnisse noch nicht so. Aus diesem Grund kann die Bereitschaft zum Kampf noch nicht durch eine Stimme für die kommunistischen Kandidaten ausgedrückt werden. Aber wir wollen heute schon unsere Ablehnung der Politik der Klassenzusammenarbeit zum Ausdruck bringen, indem wir auf die Stimmzettel schreiben:

KEINE STIMME FÜR DIE BÜRGERLICHEN LISTEN !

Arbeitsverfassungsgesetz

§ 39 - Knebelung der Werktätigen und ihrer gewählten Vertreter

Ein Beispiel aus der Praxis wirft auf das von den Sozialpartnern so gefeierte Arbeitsverfassungsgesetz ein klares Licht. Während der Gehaltsverhandlungen in der Versicherungsbranche sahen sich z.B. die Betriebsräte gezwungen, auf der Betriebsversammlung, wo über die Lohnverhandlungen beraten wurde, deutlich zu betonen, daß die Kollegenschaft unbedingt Ruhe zu bewahren habe und jede Aktion vermeiden müsse. Das paßte aber nicht zu den Interessen und Wünschen der Kollegen, denn sie sind es ja, die die Verschlechterung der Lebenshaltung durch die ständig steigenden Preise treffen. Daher waren viele bereit, für eine ausreichende Gehaltserhöhung zu kämpfen; umso mehr, wo auch die Herren aus der Gewerkschaftsführung von Aktionen sprachen.

Es war naheliegend, daß Kollegen von Betriebsräten wissen wollten, wie das nun zu vereinen sei, die berechtigten Interessen der Kollegenschaft voll zu vertreten und als gewählter Vertreter an ihrer Spitze zu stehen und gleichzeitig Ruhe und Ordnung zu predigen.

Der § 39 des Arbeitsverfassungsgesetzes zwinge sie dazu, betonten einige Betriebsräte, denn dort heißt es ja, daß es Aufgabe des Betriebsrates wäre, Ruhe und Ordnung zu halten und einen Interessensausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern herzustellen. Diese Betriebsräte mußten zugeben, daß dieses Arbeitsverfassungsgesetz eine Knebelung bedeutet. Für viele Kollegen wurde mit einem Schlag klar, daß das Arbeitsverfassungsgesetz die Rechtlosigkeit ausbaut und nur die Profitinteressen der Kapitalisten zum Ziel hat. Indem die gewählten Vertreter mit so einem Gesetz gegen die Arbeiter und Angestellten ausgespielt werden, sollen die berechtigten Forderungen und Aktionen zu deren Durchsetzung erschwert und verhindert werden.

Mit einem Mal war vielen klar, daß die Sozialpartner hier bewußt ein Gesetz gegen die Werktätigen beschlossen haben. Und daß es nur für die Kapitalisten und ihre Handlanger einen Grund gibt, dieses Gesetz als Erfolg zu feiern.

Vielen Kollegen ist aber auch klar geworden, daß im Kapitalismus immer solche Gesetze beschlossen werden, die die Rechtlosigkeit der arbeitenden Menschen festigen. Daß es nur einen Weg gibt, die eigenen Interessen durchzusetzen: alle müssen sich zusammenschließen, und sich die Rechte, die sie brauchen, einfach nehmen!

Das bedeutet, jederzeit für die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb einzutreten.

Das bedeutet: weg mit dem Vertrauen in jene Leute, die solche Gesetze beschließen und bejubeln, und Vertrauen in die eigene Kraft gewinnen!

P.F.

Viel Lärm um die Preisregelung

Von den bürgerlichen Parteien hat die Arbeiterklasse nichts zu erwarten

In der ersten Augusthälfte leiteten Handelsminister Staribacher und der ÖGB-"Wirtschaftsexperte" Lachs in einer spektakulären Weise einen neuen Vorstoß der SPÖ in Richtung eines "schärferen" Preisregelungsgesetzes ein. Nach dem anfänglichen Theaterdonner und einer"militanten" Erklärung Benyas ("Wir holen uns, was wir brauchen") hat ein intensives Tauziehen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Kräften eingesetzt. Und natürlich ist jeder von ihnen mehr als der andere auf das Volkswohl bedacht.

Die SP-Regierung strebt schon länger eine "Verschärfung" des Preisregelungsgesetzes an. Z.B. soll der Handelsminister bei der "Festsetzung volkswirtschaftlich gerechtfertigter Preise für die Dauer von höchstens 6 Monaten (§ 3a) nicht mehr von einer übereinstimmenden Stellungnahme der Unternehmer-Landwirtschafts- und Arbeiterkammer und dem ÖGB abhängig sein.

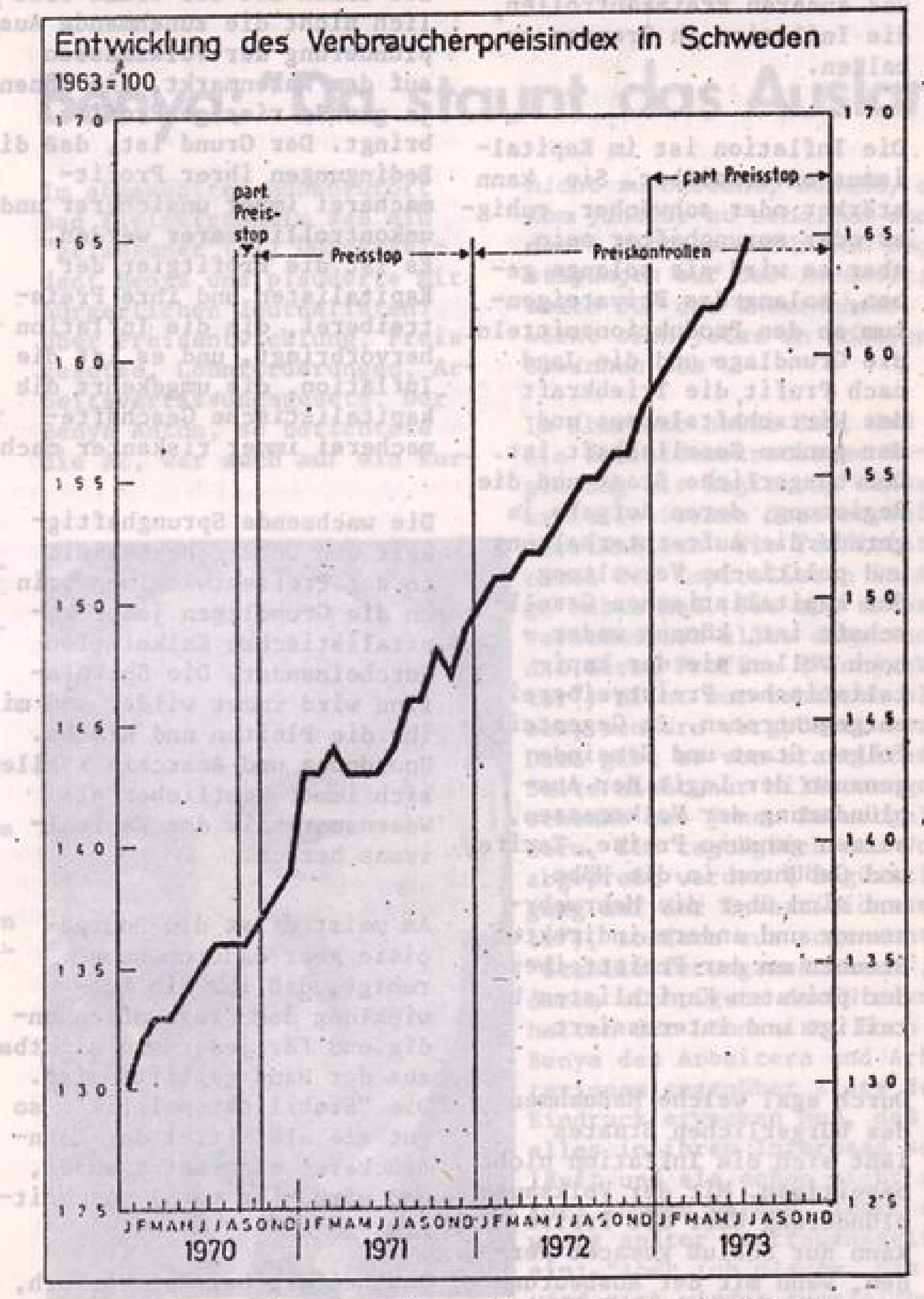
Da für solche Änderungen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig ist, kam die SPÖ im Frühjahr damit nicht durch. Das Preisregelungsgesetz läuft jetzt im Herbst aus, es muß jedes Jahr erneut verlängert werden. Genauso ist es bei den anderen sogenannten "Wirtschaftsgesetzen",v.a. dem Marktordnungsgesetz. Die SP-Regierung versucht, diese Situation auszunützen: Das jetzige Preisregelungsgesetz sei eine "Stumpfe Waffe", eine Novellierung sei notwendig. Statt es jedenfalls in der alten Form zu verlängern, sollte man es lieber gleich auslaufen lassen. Durch die Drohung, in diesem Falle aber auch das Marktordnungsgesetz, das den Markt für landwirtschaftliche Produkte im Interesse der Agrarkapitalisten reguliert, ersatzlos auslaufen zu lassen, setzt sie die ÖVP unter Druck und versucht, ihr Zugeständnisse abzuringen.

Dem Volk gegenüber wird dieser Schacher als Ringen zwischen den Interessen der "Konsumenten", vor allem der Arbeiter und Angestellten, und denen der landwirtschaftlichen Produzenten, v.a. der kleinen Bauern ausgegeben.

In Wahrheit dient das Marktordnungsgesetz ebensowenig den Interessen der kleinen Bauern, wie das Preisregelungsgesetz den Interessen der Volksmassen dient. Wie das eine die Preistreiberei der Kapitalisten auch nicht im Geringsten angreift, so macht die Sicherung stabiler Profite für die Großagrarier und die kapitalistischen Spitzen der landwirtschaftlichen Genossenschaften die Lage der kleinen Bauern nicht besser, die von eben diesen Agrarkapitalisten ausgeplündert werden.

Die Arbeiter und kleinen Bauern sollen gegeneinander auf-

nicht einmal die Kapitalisten mit den wahnwitzigsten Preissteigerungen (wie bei Reis, Heizöl und Benzin usw.) mit diesem Gesetzen in Konflikt geraten. "Die bloße Tatsache, daß eine Ware ins Preisregelungsverfahren einbezogen werden kann,bedeutet, daß sich die Firmen in ihrer Preisgestaltung anders verhalten." Diese Worte gab Arbeiterkammerpräsident Hrdlitschka von sich kurz nachdem die "dem Preisregelungsverfahren unterworfenen" Zuckerbarone mit Hilfe wirtschaftlicher Erpressung wieder eine Zuckerpreiserhöhung einfach



gehetzt werden, während es in Wahrheit um die Interessen verschiedener Teile der besitzenden Klassen geht. Das Volk soll gespalten werden, um der herrschenden Klasse, seinem gemeinsamen Feind, wehrlos ausgeliefert zu sein.

DIE PREISGEREGELTEN WAREN VERTEUERN SICH STÄRKER ALS DIE ANDEREN

Was vom "Preisregelungsgesetz", vom "Preistreibereigesetz"zu halten ist, sieht und spürt jeder kleine Angestellte, jeder Arbeiter Tag für Tag. Offensichtlich sind

durchgesetzt hatten. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Während die "nicht amtlich preisgeregelten Waren" im Mai 1974 um 10 % höher lagen als im gleichen Monat des Vorjahres, haben sich die "amtlich preisgeregelten Waren"in diesem Jahr um 16,1 % verteuert.Der Grund dafür ist nicht, wie ÖVP, FPÖ und auch die KPÖ glauben, daß der Staat ein besonders arger Preistreiber ist. Der Grund ist, daß vor allem die Massenkonsumgüter "dem Preisregelungsverfahren unterworfen" sind und diese sich bekanntlich mit oder ohne Preisre-

Zuckerpreis erhöht - AK spielte brav mit

Seit 1.August sind die Preise für Kristall-und Staubzucker pro Kilogramm um 80 Groschen erhöht. Über die Anhebung des Würfelzuckerpreises wird am 11.September in der Großen Paritätischen Kommission verhandelt. Bis dahin hat die Zuckerindustrie eine Liefersperre über Würfelzucker verhängt.

Dieser Preiserhöhung war das übliche Feilschen vorausgegangen: zuerst verlangten die Zuckerbarone 2.-S, dann 1,45 und schließlich 85g. Geeinigt haben sich die Herren in der Paritätischen Kommission dann auf 80 Groschen, wobei "um die letzten 5 Groschen sehr hart und sehr lange gerungen wurde" (AZ), womit wohl gezeigt werden sollte, wie sehr sich ÖGB und SP-Staribacher für die Lohnabhängigen einsetzen. Sehr lautstark und wortradikal ist auch die Arbeiterkammer aufgetreten. Sie hat die Zuckerbarone sehr scharf kritisiert - und dann der Preiserhöhung zugestimmt, weil sie ihr "gerecht" erschien, was heißen soll, daß nach Meinung der AK die Lohnabhängigen die jetzige Preiserhöhung gerade noch schlucken werden, ohne besonders empört zu sein.

Auf dem Papier sind die Arbeiterkammern eine Einrichtung, die unsere Interessen gegenüber dem bürgerlichen Staat, den Kapitalisten und ihrer Regierung vertritt. Ihre ganze Politik zeigt aber den Lohnabhängigen sehr deutlich, daß, woimmer die Arbeiterkammern ihre Hände im Spiel haben, nichts herauskommt, was wirklich in unserem Interesse wäre.

Koks verteuert

Seit dem 1. August ist der Koks um etliches teurer geworden. Kosteten früher 100 kg Koks 191 S, so zahlt man nun 216 S. Das ist eine Teuerung um 13 %. Ab 15. September fällt der Sommerrabatt weg und der Preis erhöht sich auf 220 S. Spätestens 1. Oktober aber, so weiß man in den Büros der Großfirmen, ist eine neuerliche beträchtliche Erhöhung der Kokspreise zu erwarten.

Die bürgerliche Presse schweigt beharrlich zu dieser Erhöhung, an der auch die unter "KPÖ"-Patronanz stehenden Importeure von Ostblock-Koks kräftig mitnaschen. Den Rahm schöpfen die gemeindeeigenen Firmen "Gaskoks" und "Kolkoks" ab.

. . .Preisregelung

gelung immer weit stärker verteuern als Luxusgüter.

DIE INFLATION IST EIN WESENSMERKMAL DES KAPITALISMUS

Den Arbeitern und dem ganzen Volk zeigt das deutlich, was von einer staatlichen Preisregelung zu halten ist. Durch eine "Verschärfung" der Preisregelung oder selbst durch den von der KPÖ vorgeschlagenen "Preisstopp" würde sich daran nichts ändern. Vor einigen Tagen veröffentlichte ein bürgerliches "Wirtschaftsmagazin" eine Untersuchung über die Politik der schwedischen Regierung, mit Preisstopps, teilweisen Preisstopps und anderen Preiskontrollen, die Inflation in Grenzen zu halten.

Die Inflation ist im Kapitalismus unvermeidbar. Sie kann stärker oder schwächer, ruhiger oder sprunghafter sein, aber es wird sie solange geben, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage und die Jagd nach Profit die Triebkraft des Wirtschaftslebens und der ganzen Gesellschaft ist. Der bürgerliche Staat und die Regierung, deren Aufgabe ja gerade die Aufrechterhaltung und politische Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft ist, können weder - noch wollen sie der kapitalistischen Preistreiberei entgegentreten. Im Gegenteil folgen Staat und Gemeinde genauso der Logik der Ausplünderung der Volksmassen, setzen genauso Preise, Tarife und Gebühren in die Höhe, und sind über die Mehrwehrsteuer und andere indirekte Steuern an der Preistreiberei der privaten Kapitalisten beteiligt und interessiert.

Durch egal welche Maßnahmen des bürgerlichen Staates läßt sich die Inflation nicht beseitigen. Mit der Volksausplünderung über die Preise kann nur Schluß gemacht werden, wenn mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse überhaupt Schluß gemacht wird. Wenn die Arbeiterklasse die Macht im Staat ergreift und an den Aufbau des Sozialismus geht. Um das zu erreichen, muß die Arbeiterklasse Kräfte sammeln, sie braucht Kampferfahrenheit und Organisation. Sie sammelt diese Kräfte im Kampf um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und um politische Rechte, den sie heute bereits in immer stärkerem Maß zu führen gezwungen ist. Die Arbeiterklasse kann es sich nicht aussuchen, ob sie den Klassenkampf führt. Die kapitalistischen Verhältnisse selbst zwingen sie dazu. Unordnung und Anarchie des Kapitalismus treten an den Tag, die "Stabilisierungspolitik" hat Bankrott gemacht. Daß das ganze Bündel der sogenannten "Wirtschaftsgesetze" heuer erstmals nicht mehr verlängert wird und die Auseinandersetzungen um Preisregelung und Marktordnung widerspiegeln die sich zuspitzenden Widersprüche und die wachsende Unkontrollierbarkeit der kapitalistischen Verhältnisse.

Bei den bürgerlichen Politikern wachsen angesichts der immer stärker werdenden Inflation Unruhe und Besorgnis. Bei ihnen ist der Grund freilich nicht die zunehmende Ausplünderung der Volksmassen auf dem Warenmarkt, die ihnen ja gerade riesige Profite bringt. Der Grund ist, daß die Bedingungen ihrer Profitmacherei immer unsicherer und unkontrollierbarer werden. Es ist die Profitgier der Kapitalisten und ihre Preistreiberei, die die Inflation hervorbringt, und es ist die Inflation, die umgekehrt die kapitalistische Geschäftemacherei immer riskanter macht.

Die wachsende Sprunghaftigkeit und Unberechenbarkeit in der Preisentwicklung bringen die Grundlagen jeder kapitalistischen Kalkulation durcheinander. Die Spekulation wird immer wilder und mit ihr die Pleiten und Krachs. Unordnung und Anarchie stellen sich immer deutlicher als Wesensmerkmale des Kapitalismus heraus.

Am meisten ist die Bourgeoisie aber dadurch beunruhigt, daß ihr die Entwicklung der Dinge offenkundig und für jedermann sichtbar aus der Hand geglitten ist. Die "Stabilitätspolitik", so gut sie als Mittel der Lohndrückerei eingesetzt wurde, und wird, ist total gescheitert.

Gescheitert bei dem Versuch, die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft unter Kontrolle zu halten. Die Unbeherrschbarkeit der Gesetze der Konkurrenz und des Profits tritt an den Tag. Mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit bringt ein System, das als Ziel und Triebkraft ausschließlich den Profit kennt, immer wieder Störungen und Fehlentwicklungen mit sich. Mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit müssen sich die Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung, zwischen unbegrenzter Ausdehnungsfähigkeit der Produktion und beschränkter, ja sinkender Konsumtionskraft der Massen letztlich immer wieder in Krisen entladen. Der Unmut des Volks gegen die Preistreiberei steigt und die Unfähigkeit der Bourgeoisie, eine geordnete und sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten, ernüchtert sie. Der Kapitalismus beginnt, sein wahres Gesicht zu zeigen.

Der Ruf der SPÖ nach der "Verschärfung" des Preisregelungsgesetzes ist nicht nur ein vergeblicher Versuch des bürgerlichen Staates, die Kontrolle über die Inflation wiederzugewinnen. Er dient auch dazu, die Arbeiter- und Volksmassen zu täuschen und vom Kampf abzuhalten. Das Vertrauen des Volkes in die bürgerlichen Verhältnisse, in den Staat, in die SPÖ soll wieder gefestigt werden, während zur gleichen Zeit die SPÖ-Politiker, sei es als Vertreter der Regierung, der Arbeiterkammer oder des ÖGB, in der Paritätischen Kommission praktisch jeder Preiserhöhung zustimmen.

VON DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN HABEN DIE ARBEITER NICHTS ZU ERWARTEN

Die Arbeiter und die anderen Werktätigen müssen sich gegen die Angriffe auf ihre Lebenshaltung zur Wehr setzen. Von den bürgerlichen Parteien haben sie nichts zu erwarten, wie immer deren Gerangel um die Preisregelung ausgehen wird. Die Arbeiter dürfen den Kampf um ihre Interessen nicht von den Streitereien der verschiedenen bürgerlichen Kräfte abhängig machen, wie es ÖGB-Präsident Benya tut: "Dann (für den Fall des Auslaufens des Preisregelungsgesetzes) werden eben die einen jene Preise verlangen, die sie haben wollen, und die anderen die entsprechenden Löhne. Wir holen uns schon, was wir brauchen." Die Kapitalisten haben mit oder ohne Preisregelung noch jedesmal die Preise verlangt, die der Markt hergibt, und die sozialdemokratischen Bonzen in der Paritätischen haben noch jedesmal zugestimmt. Und umgekehrt hätte die ÖGB-Führung schon die längste Zeit die Möglichkeit gehabt, die Arbeiter dabei zu unterstützen, wenn sie sich holen, was sie brauchen. Sie hat im Gegenteil alles getan, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Aber mögen die Benya und Konsorten noch so "militant" und scheinradikal daherreden, es wird ihnen nicht gelingen, die Arbeiter zum Hinnehmen von Lohnraub, Arbeitshetze, Steuerausplünderung zu bewegen. Der Klassenkampf ist der einzig erfolgversprechende Weg, wie die Arbeiter ihre Lage und ihre Kampfbedingungen verbessern können.

Die anarchische Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse und das Fiasko der "Stabilisierungspolitik" zeigen den volksfeindlichen Charakter und die Überholtheit des kapitalistischen Systems. Sie zeigen die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus.

W.L.

BRD

Fast 500.000 Arbeitslose - Konkurse um 40% gestiegen

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist im Juli stark gestiegen. Fast 500 000 Lohnabhängige haben keine Arbeit, das sind doppelt soviele wie vor einem Jahr. Am stärksten sind die Frauen betroffen: mehr als 3% aller arbeitenden Frauen sind derzeit arbeitslos. Auch die Kurzarbeit nimmt ständig zu, 141 000 Arbeiter und Arbeiterinnen müssen derzeit kurzarbeiten, davon fast 60 000 in der Automobilindustrie.

Im ersten Halbjahr 1974 haben auch die Konkurse stark zugenommen. Insgesamt waren es in diesem Zeitraum über 3 500 Konkurs - und Ausgleichsverfahren, 40% mehr als im vergangenen Jahr. Der Anteil von Millionenpleiten nimmt dabei laufend zu.

Die Kapitalisten mögen sich freuen, wenn sie lästige Konkurrenz loswerden, für die Arbeiterklasse sieht die Lage aber anders aus. Das Arbeitslosengeld reicht kaum zum Leben, die Wege zu den Arbeitsämtern sind erniedrigend. Dieses Elend trifft aber nicht die Arbeitslosen alleine, sondern die gesamte Arbeiterklasse. Denn die Rechtlosigkeit der Arbeiter im Betrieb wird unter der ständigen Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, doppelt spürbar, und die Kapitalisten nutzen diese Situation, um die Arbeitshetze zu steigern und die Löhne zu drücken.

Kollektivvertragsverhandlungen

Die Kapitalisten bereiten Lohnraubabschlüsse vor

Am 11.September befindet die Paritätische Kommision darüber ob die Gewerkschaften der Metall-, Berg- und Erdölarbeiter und der Industrie und Handelsangestellten mit den entsprechenden Unternehmerverbänden Lohnverhandlungen aufnehmen dürfen. Die Interessen der Arbeiter und Angestellten werden von der ÖGB-Führung dem Spruch einer staatlichen Kommission unterworfen. Das wirft von allem Anfang an ein bezeichnendes Licht auf die Lohnpolitik der ÖGB-Führung. Die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die "wirtschaftlichen (Profit)erfordernisse" der Kapitalisten und unter die staatliche "Stabilitätspolitik" ist ihre Leitlinie.

Mitte Juli haben die Gewerkschaften ihre Anträge in der Paritätischen gestellt. Seither sind über eineinhalb Monate vergangen. Statt in den Betrieben die Meinung der Arbeiter und kleinen Angestellten einzuholen, welche Forderungen notwendig und mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen wären, statt den Kampf vorzubereiten, der unvermeidlich ist, wenn die Arbeiter Lohnraubabschlüsse abwehren wollen, verhandelt die ÖGB-Führung streng geheim mit den Unternehmern darüber, was diese hergeben können, ohne daß es ihnen weh tut, und was das Minimum ist, das man den Werktätigen noch zumuten kann, ohne daß eine Welle der Empörung die "Sozialpartnerschaftspolitik" über den Haufen wirft. All das rückt die Tatsache in ein grelles Licht, daß die Kollektivvertragsverhandlungen heute keine Waffe der Arbeiter sind.

Die Kapitalisten bereiten planmäßig Lohnraubabschlüsse vor. Seit Monaten betreiben sie dafür schon ihre Hetzpropaganda gegen die Lebeninteressen der Werktätigen: die "hohen Löhne" sind schuld an der Inflation, Lohnforderungen gefährden die Arbeitsplätze, das Volk muß "für die Stabilisierung Opfer bringen". In ihrer schrankenlosen Jagd nach Profit manövrieren die Kapitalisten die Wirtschaft immer wieder in Krisen und Schwierigkeiten, die Werktätigen sollen sie dann ausbaden. Seit Monaten betreiben die Kapitalisten eine hemmungslose Demagogie: die Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden ab 1.1.75 muß bei der Höhe der Lohnforderungen mit 4,6% in Rechnung gestellt werden, die Steuerreform mit 3%. Außerdem ist noch dieses zu berücksichtigen und jenes...

Vom Arbeiterstandpunkt aus ist die Sache einfach. Um mindestens um S 1.000,- ist der durchschnittliche Lohn einer Arbeiterfamilie heute weniger wert als am Jahresanfang. Ein Metallarbeiterkollektivvertrag z.B. der nicht wenigstens 1.500 bis 2.000,- mehr bringt, bedeutet einfach Lohnabbau. Diese einfachen Tatsachen muß man sich überlegen , wenn über die Höhe der Lohnforderungen beraten wird.

Stattdessen macht die ÖGB-Führung sich voll die "Argumente" der Unternehmer zu eigen. Vor einigen Monaten haben die SP-Bonzen die Steuerreform als "große Errungenschaft" hingestellt und es war der Bundeswirtschaftskammer und der ÖVP vorbehalten, aus der Roßtäuscherei der Steuerreform ein "Argument" gegen Lohnerhöhungen zu machen. Heute sind die Benya, Sekanina und Konsorten die Hauptvertreter dieser "Logik".

Die ÖGB-Führer begeben sich manchmal sogar in die Betriebe um die Werktätigen auf die drohenden Lohnraubabschlüsse "vorzubereiten". Sie schwätzen den Arbeitern etwas über "Probleme" und "Schwierigkeiten" vor. Aber nicht von den Problemen der Arbeiter ist dabei die Rede, sondern von den "Problemen" der ÖGB-Führer, zugleich den Kapitalisten nicht auf die Zehen zu steigen und doch vor den Arbeitern nicht offen als Kapitalistenbüttel dazustehen. Es gibt keinen Grund für die Arbeiter , sich mit der Sanktionierung der Lohnraubpolitik der Unternehmer durch die SP-Führer in der Gewerkschaft abzufinden. Zwar gibt es für sie heute keine Möglichkeit, den Kollektivvertrag als Instrument gegen die Kapitalisten einzusetzen. Umso notwendiger ist es, daß die Arbeiter sich im Betrieb zusammenschließen zur Durchsetzung ihrer Interessen im Kampf. Das heißt: keine Rücksicht auf die Profitsorgen der Unternehmer und auf die staatliche "Stabilisierungspolitik"! Nur die eigenen Klasseninteressen können der Ausgangspunkt einer wirklichen Arbeiterpolitik sein, nur auf sich selbst kann die Arbeiterklasse sich verlassen. Der Weg des selbständigen Kampfes im Betrieb ist der einzige Weg, den die Arbeiter heute zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen gehen können. Zugleich durchkreuzen sie damit die Pläne der Kapitalisten und der bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft, Lohnraubabschlüsse reibungslos und ohne Widerstand über die Bühne zu bringen. Denn die Arbeiter können nicht akzeptieren, daß die Klassenversöhnler uneingeschränkt über so wichtige gewerkschaftliche und Arbeiterangelegenheiten, wie Kollektivverträge schalten und walten können, wie sie wollen. Das müssen sie auch den Benya, Sekanina und Konsorten klar und deutlich zu verstehen geben, wenn diese sich - durch die wachsende Empörung dazu gezwungen - in den Fabriken denen stellen, deren Vertreter sie angeblich sind.

W.L.

Benya: "Da staunt das Ausland"

Im abgekühlten Höhenkurort Bad Kleinkirchheim saß ein "gelassener"(AZ) ÖGB-Präsident Benya und plauderte mit bürgerlichen Journalisten: über Preisentwicklung, Preisgesetze, Lohnforderungen, Arbeitsverfassungsgesetz. Der Benya Anton, so berichtete die AZ, war auch auf ein kurzes "Stelldichein in den Kärntner Bergen" - mit Bundeskammerchef Sallinger und ÖVP-Obmann Schleinzer gefahren.



"Alles war sehr privat" berichtete Benya über dieses Plauscherl, mehr nicht. Dafür gab er dem AZ-Reporter gegenüber einige Aussagen zum Besten, die keinen Zweifel darüber offen lassen, auf welcher Seite der Präsident des Gewerkschaftsbundes steht. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er den Kapitalistengewinnen: *"Die Regierung hat sich, ich glaube nicht zu Unrecht, bemüht, die Kon junktur zu erhalten und damit gibt es natürlich Begünstigungen auf der Investitionsseite für die Unternehmer. Das wirkt sich jetzt in höheren Gewinnen aus".*

Im Klartext heißt das, daß die sozialdemokratische Regierung als Regierung eines kapitalistischen Staates selbstverständlich die Profitinteressen der Kapitalisten im Auge haben muß. Sie muß selbstverständlich alles dazu tun, daß deren Profite ("Konjunktur") nicht nur erhalten bleiben, sondern vergrößert werden. Dazu gibt es von staatlicher Seite nicht nur Millionengeschenke aus jenen Steuergeldern, die tagtäglich dem Volk abgepreßt werden ("Begünstigung auf der Investitionsseite"), sondern aus sogenannte "Stabilisierungsmaßnahmen", deren wichtigste das Niederhalten der Löhne ist. Doch da Benya den Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber stets den Eindruck erwecken muß, daß das alles in ihrem Interesse so läuft und sie schon nicht zu kurz kommen werden, lenkt er wenig später vertrauensselig ein: *"Aber ich glaube, das wird sich wieder ausgleichen, denn die Lohnbewegungen, die angesetzt werden, gehen in Richtung des Ausgleichs".*

Was meint hier Benya wohl mit Ausgleich? Vielleicht die Ankündigung von Finanzminister Androsch, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen eine "Abgeltung der Teuerung nicht drin ist"? Oder die Ankündigung des Finanzministers und des ÖGB-Sekaninas, daß man bei den Lohnrunden unbedingt jene 3 % berücksichtigen müsse, die die Lohnabhängigen ab 1.1.75 angeblich weniger Steuer zah-

len? Oder gar jene 12 %, die die ÖGB-Führung für die Metall- und Bergarbeiter als "gerechtfertigte" Lohnerhöhung fordert? Alle Ausgleiche, mit denen Benya so prahlerisch herumwirft, kommen immer auf dasselbe hinaus: den Kapitalisten bei den kommenden Lohnverhandlungen dabei behilflich zu sein, Lohnraubabschlüsse wie noch nie durchzusetzen. Die heutigen Inflationsraten machen Lohnforderungen von 1.500,- bis 2.000,- notwendig, wollen die Werktätigen nur die Teuerungsrate abgegolten sehen. Diese Forderung müssen sie selbständig aufstellen, ohne Rücksicht auf das Geplausche der ÖGB-Spitze und die "volkswirtschaftlichen Interessen", um die es angeblich geht und auf die die Betriebsräte in den kommenden Monaten verstärkt "ausgerichtet" werden sollen - durch intensive Schulungen in der für die Kapitalisten richtigen Anwendung und Durchführung des Arbeitsverfassungsgesetzes. Benya: *"Unsere Bildungspolitik hat es mit sich gebracht, daß wir in Österreich - und da staunt das Ausland - verhältnismäßig wirkliche Ruhe haben. denn die Kollegen, die von der Belegschaft gewählt wurden, sind mit Betriebs- und Volkswirtschaft vertraut gemacht worden - so daß sie eben mitdenken."*

Da ist der Benya so richtig stolz und läßt sich vom Sallinger anerkennend auf die Schulter klopfen: manche jener Betriebsräte, die doch die Interessen der Werktätigen vertreten sollten, büffeln fleissig Betriebskunde - um besser im Sinne der Kapitalisten mitdenken zu können. Da staunen die ausländischen Kapitalisten aber, wie ihre österreichischen Kollegen sich die Gewerkschaftsführung zurechtkorrumpiert haben, und wie freudig bei uns ein Gewerkschaftspräsident seine Bütteldienste anpreist. *"Und jetzt mit der Arbeitsverfassung"*, freut sich Benya, *wo die Information noch stärker sein wird, schätze ich, daß sich die Mitwirkung auf betrieblicher Ebene noch günstiger für die Gesamtbelegschaft auswirken wird".*

Hat er sich da nicht vielleicht doch versprochen, der Herr Präsident? Wollte er nicht vielleicht sagen: günstiger für die Kapitalisten? Gemeint ist das jedenfalls damit: wo immer die Kapitalisten die Arbeitshetze verstärken, sollen die Betriebsräte mit ihrem neuen Wissen glänzen und allen Neustoppungen, Kündigungen und Entlassungen zustimmen. Sie sollen mitbestimmen, wie die Ausbeutung im Betrieb im Interesse höherer Profite verstärkt werden kann - unter den wohlwollenden Augen ihres Präsidenten, der sich dann zufrieden zum nächsten Stelldichein mit Sallinger und Schleinzer begeben kann, um über die "Erfolgspolitik" des ÖGB zu berichten.

W.F.

SCHRACK

Schwieriger Gewerkschaftsbeitritt

Als ich bei Schrack zu arbeiten anfing, fragte ich meine Arbeitskolleginnen, wo ich mich anmelden müsse, um in die Gewerkschaft einzutreten. Eine sagte, daß das automatisch ginge, sie hätte jetzt noch eine Wut, von selbst wäre sie nie eingetreten. Eine andere riet mir, zum Betriebsrat zu gehen. In der nächsten Pause ging ich also zum Betriebsrat und sagte ihm, daß ich in die Gewerkschaft eintreten möchte. Er meinte, ich soll mir das noch überlegen, vielleicht bleib ich nicht bei Schrack - so toll ist die Firma nicht - und es gäbe nur unnötige Schreibereien. Ich solle in drei Wochen wiederkommen. Ich sagte, wenn die Firma so arg ist, warum tue der Betriebsrat nichts dagegen? Wofür ist er denn zuständig und wofür zahlen wir den Gewerkschaftsbeitrag? Er machte große Augen und erklärte nach einer Weile, warum es besser sei, in die Gewerkschaft einzutreten: Wenn man einmal persönliche Schwierigkeiten oder Probleme hat, kann einem die Gewerkschaft helfen; oder wenn man z.B. heiratet, bekommt man eine kleine Unterstützung, usw. Außerdem könne man wöchentlich bei der Abteilungsbetriebsrätin Kaffee bestellen, der wesentlich billiger sei......

Eine Aufgabe hatte er allerdings vergessen: Jede Bewegung der Arbeiter abzuwürgen. Das erlebten wir einige Wochen später, als in einigen Abteilungen Lohnforderungen gestellt wurden, auch bei uns im 4.Stock. Große Teile der Belegschaft waren bereit, auch für die Forderungen zu streiken. Der Werkzeugbau streikte als erster. Der Betriebsrat, anstatt uns zu unterstützen, ging so vor: Zuerst riß er groß das Maul auf, wie berechtigt unsere Forderungen seien, dann fiel er uns in den Rücken und zerschlug gemeinsam mit der Betriebsleitung den Streik. Eines wurde uns dabei klar: die Gewerkschaft muß wieder in die Hand der Arbeiter, die Klassenversöhnler haben hier nichts verloren.

E.R.

Steuerraub nimmt weiter zu

Das Finanzministerium hat die Steuereinnahmen des ersten Halbjahres 1974 bekannt gegeben. Danach hat Androsch aus den Lohnabhängigen und Pensionisten fast 12 Milliarden Schilling Lohnsteuer und fast 22 Milliarden Mehrwertsteuer herausgepreßt, das ist eine Steigerung gegenüber dem ersten Halbjahr 1973 von 37 %, bzw. 42 %! Die Lohnabhängigen haben demnach in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits um rund 10 Milliarden mehr Steuern bezahlt, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Steuerraub hat also weiter zugenommen und die beschlossene "Lohnsteuerreform" wird daran nichts ändern. Im Gegenteil: durch jede Lohnerhöhung ändert sich die Progressionsstufe und man zahlt mehr Steuern, als vorher.

Die ÖGB-Führung hat inzwischen angekündigt, daß die "Lohnsteuerreform" bei den bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen berücksichtigt werden muß. Konkret heißt das, daß die ÖGB-Führung von vornherein um rund 3 % weniger Lohnerhöhung fordern wird - das sind jene 3 %, um die die Steuerbelastung ab 1. Jänner 1975 angeblich geringer sein wird und die den Staat rund 10 Milliarden "kosten" wird. In Wirklichkeit hat der Finanzminister diese 10 Milliarden schon jetzt aus den Lohnabhängigen herausgepreßt, die Lohnabhängigen ersparen sich in den ersten Monaten des kommenden Jahres im besten Fall also jenen Betrag, der ihnen heuer bereits aus der Tasche gezogen wurde. Und das auch nur dann, wenn sie die geplanten Lohnraubabschlüsse hinnehmen, die von der ÖGB-Führung angekündigt wurden (... so will Sekanina 12 % Lohnerhöhung fordern!). Holen sich die Werktätigen aber in selbständigen Lohnkämpfen, was sie tatsächlich zum Leben brauchen, so geraten sie sofort in die Mühlen der Progressionssteigerung und werden auch kommendes Jahr zig-Milliarden allein an Lohnsteuer zahlen müssen. Dazu kommen die indirekten Steuern, die sich auf Grund der ständigen Preissteigerungen laufend erhöhen. Die ganze Lohnsteuerreform hat demnach nur den Zweck, einerseits den Unmut des Volkes über die wachsende Steuerausplünderung einige Monate zu dämpfen, und andererseits es den Kapitalisten zu ermöglichen, Lohnraubabschlüsse durchzusetzen, wie es sie noch nicht gegeben hat.

W.F.

Erste Allgemeine Versicherung

Das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten - Kollege fristlos entlassen

Bei einer Betriebsversammlung am 30.7.1974 anläßlich der Kollektivvertragsverhandlungen hat Kollege P.F. vor ca. 400 Kollegen einen Abteilungsleiter deshalb kritisiert, weil ihn dieser häufig wegen seines Eintretens für die Interessen und Rechte der Kollegenschaft mit der Beendigung seiner Karriere, mit der Lage seiner Familie usw. unter Druck gesetzt hat.

So wurde ihm gedroht, als er anläßlich der Gehaltsverhandlungen im Frühjahr 1973 eine Resolution für eine ausreichende Gehaltserhöhung auf der Betriebsversammlung einbrachte und diese von ca.450 Kollegen einstimmig angenommen worden war.

So wurde ihm gedroht, als er im Frühjahr 1974 ebenfalls auf einer Betriebsversammlung eine Resolution für eine Teuerungsabgeltung von 3000.-S für alle gleich einbrachte,diese einstimmig angenommen worden war und die Direktion unter dem Druck der Kollegenschaft einen Teil dieser Forderungen erfüllen mußte.

Der auf der Betriebsversammlung gestellte Antrag, 1500.- linear für alle gleich im Hinblick auf die Gehaltsverhandlungen, vom überwiegenden Teil der Kollegenschaft angenommen, war neuerlicher Anlaß zu Drohungen.

Ganz besonders ein Dorn im Auge war den Herrn Unternehmern aber die politische Einstellung des Kollegen P.F. Er war als Kommunist bekannt, hat Kollegen die Zeitung "Klassenkampf" verkauft und mit vielen Diskussionen über gewerkschaftliche und politische Fragen geführt. Eine politische Haltung, die von der Sache der Arbeiter und Angestellten ausgeht und den Sozialismus zum Ziel hat, wurde von einem Abteilungsdirektor als "atypisch" bezeichnet. Für die Unternehmer ist das aty-

pisch, weil es ihre Profit- und Machtpläne durchkreuzt; für viele Angestellte aber war sie richtig.

Solche Kollegen aber wollen die Kapitalisten nicht haben und suchen ständig nach einem Anlaß, sie zu feuern.

Die Kritik auf der Betriebsversammlung am 30.7.74 haben sie zum Anlaß genommen. Sie leiteten ein Disziplinarverfahren ein, bestritten, je gedroht zu haben und gaben so der Disziplinarkommission - sie bestand aus 3 Unternehmervertretern und 2 Kollegen des Betriebsrates - mit einfacher Stimmenmehrheit den Anlaß, die strafweise Entlassung zu empfehlen. Diese Empfehlung wurde von der Direktion wahrgemacht und der Kollege wurde am 12.8.74 fristlos entlassen.

Damit hat die Direktion mehrere Probleme gelöst:

- o die Vertrauensleute haben ihren selbstgewählten Obmann verloren und sollten damit eingeschüchtert werden,
- o die kommende Betriebsrätewahl, für die dem Kollegen P.F. viele Kollegen ihre Unterstützung zugesagt haben, wird glatt und im Interesse der Kapitalherren über die Bühne gehen,
- o man hat ein Exempel statuiert, um die Kollegenschaft einzuschüchtern und die aufkeimende Einheit und Geschlossenheit beim Eintreten für die eigenen Interessen zu unterlaufen,
- o man hat den Betriebsräten - die weitgehend richtig gehandelt haben - und der Belegschaft zeigen wollen, wer die Macht hat und wie sie ausgeübt wird.

Aber der Großteil der Kollegenschaft hat das wahre Gesicht der Kapitalisten erkannt. Ihr Gerede von Meinungsfreiheit und von der Freiheit der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung im Betrieb ist nur so lange zu hören, solange sie ohne Widerstand ihre Profitinteressen durchsetzen können. Beginnen sich die Kollegen zusammenzuschließen und ihre eigenen Interessen zu vertreten, setzen sie alle Hebel in Gang, um das zu verhindern.

War die Kollegenschaft und der Betriebsrat auch jetzt noch zu schwach, um geschlossen gegen diese Angriffe aufzutreten und die Entlassung zu verhindern, so haben die meisten ein Stück dazugelernt. Sie werden wie alle Arbeiter und Angestellten für die Forderung der Kommunisten nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb eintreten müssen, um für die eigenen Interessen kämpfen zu können. P.F.

ÖGJ-Führung fordert Ausbildungsreform im Interesse der Kapitalisten

Am 13.Jugendkongreß des ÖGB, der im Oktober 73 stattfand, unterbreitete der Jugendvorstand einen Antrag zur Berufsausbildung. Der Antrag stand zugleich im Mittelpunkt des Kongresses und wurde angenommen. Seither ist die Gewerkschaftsjugend mehrmals mit dieser Resolution an die Öffentlichkeit getreten und die Gewerkschaftsführung plant eine Reihe weiterer Aktionen um vor allem vor den Parlamentswahlen 75 die "großartigen" Reformvorschläge der Regierung zu unterbreiten. Geplant ist unter anderem eine Fragebogenaktion unter den Lehrlingen, und schließlich soll der weitverbreitete Unmut der Bevölkerung und vor allem der Lehrlinge über das Ausbildungssystem in einer großangelegten "Sterndemonstration" auf die Mühlen der reformistischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie gelenkt werden. Diese Politik hat mit dem Wunsch der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und der Bevölkerung nach einem echten Volksbildungswesen nichts zu tun.

Der Antrag des Jugendkongresses besteht aus folgenden Punkten:

"Berufskunde ab der 2.Haupt und Mittelschule"

Die Haupt- und Mittelschulen zeichnen sich in ihrer Volksfeindlichkeit unter anderem dadurch aus, daß sie der Jugend, fernab des tatsächlichen Lebens wie es in der Produktion aussieht, weltfremden, theoretischen und unverständlichen Lehrstoff vorsetzt. Diese Tatsache hat bisher immer dazu geführt, daß Jugendliche, die aus der Schule "entlassen" wurden, erst anfangen mußten, zu lernen, wie man sich im tatsächlichen Leben zurechtfindet. Die einzige Forderung, die diesem krassen Mißstand tatsächlich etwas entgegenhält ist die Forderung nach Verbindung von theoretischem und praktischem Unterricht. Sie ist recht und billig und der Kampf dafür ist die einzige Möglichkeit der Umgestaltung. Was fordert statt dessen der Jugenvorstand? Berufskunde! Das soll offensichtlich heißen, zum alten Dreck ein neuer Verputz. In Wahrheit heißt das Berufsberatung schon in der 2.Hauptschule. Das kennen wir schon, der Lehrer sagt dann, in welcher Berufssparte besonders viele Arbeitskräfte gebraucht werden und dieser Beruf wird dann den Schülern besonders ans Herz gelegt. Die Kapitalisten stehen schmunzelnd dabei und freuen sich, daß die Planung nach ihren Bedürfnissen nun auch in den Hauptschulen Fuß gefaßt hat.

"Durchlässigkeit der Berufsausbildung zur höheren Schulbildung"

Welch ein Hohn! Anstatt den Kampf gegen die Klassenerziehung aufzunehmen tritt die Gewerkschaftsführung nun dafür ein, daß einzelne aus der Arbeiterjugend herausgegriffen werden und zur "höheren Schulbildung" zugelassen werden. Der Rest der Jugendlichen soll natürlich "unten" bleiben. Was hat das mit den Interessen des werktätigen Volkes zu tun? Nichts! Im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes liegt nur die Einheitsschule, die durch Vermittlung von umfassender Bildung jeden zum "Besten" macht. Doch daran hat der Staat der Unternehmer und Finanzgewaltigen kein Interesse. Offensichtlich auch nicht die Bonzen der Gewerkschaft.

"Reduzierung der Lehrberufsliste"

Die Anzahl von 3o4 Lehrberufen ist tatsächlich lächerlich, doch eine Reduzierung darf nicht gleichbedeutend sein mit einer Senkung des Niveaus der Fachar-

Waagner-Biro

Einführung der Schichtarbeit verschlechtertert weiter die Lage der Arbeiter

Daß mit dem Lohn für eine normale Arbeitswoche kein Auskommen ist, spüren auch die Kollegen von Waagner-Biro. Es werden Überstunden noch und noch gemacht- jeden Tag bis zum Abend, samstags und sonntags. Manche Kollegen sagen: "Wir arbeiten in einem Monat nicht vier, sondern fünf Wochen!" Das heißt für viele, daß ein Arbeitsjahr nicht 12 Monate hat, sondern 15. Der Firmenleitung ist das nur recht, denn durch die Überstunden kann die Produktion erhöht werden ohne neue Arbeitskräfte einzustellen und neue Maschinen anzuschaffen.

Eien weitere Verlängerung der Arbeitswoche ist nicht mehr möglich, da viele Kollegen in einigen Abteilungen schon bis 80 Stunden wöchentlich arbeiten. Die Firmenleitung will aber den Produktionsausstoß noch mehr steigern, und wenn möglich, dabei auch noch Überstundenprämien sparen. Ab September will sie in einigen Abteilungen mit einem 3-Schicht-Betrieb rund um die Uhr arbeiten lassen.

Den drohenden Lohnverlust durch den Wegfall der Überstunden konnten die Kollegen nicht hinnehmen. Sie erkannten, daß nur mit einer kräftigen Lohnerhöhung die einschneidende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage verhindert werden kann! - Unter dem Druck der Kollegen machte die Firmenleitung Zugeständnisse: sie bot monatlich einigen Arbeitsgruppen 1000.- Schilling "Ersatzprämie", für andere sind 500.- Schilling im Gespräch, andere sollen überhaupt nichts bekommen.

Dem Wunsch nach einer einheitlichen Lohnerhöhung begegneten die Waagner-Biro Kapitalisten mit diesem "Ersatzprämien"-Schacher, mit dem sie die Kollegen zu spalten versuchen.

Den Kollegen wird aber immer klarer: Jetzt geht es um eine einheitliche Lohnerhöhung in Schilling und Groschen, so daß sie mit einem Lohn ohne Überstunden auskommen. Solange die Kollegen sich nicht auf eine einheitliche Lohnforderung zusammenreden, wird die Betriebsleitung versuchen, sie mit allen Mitteln zu spalten, was für die Kollegen nichts anderes bedeutet, als weitere Lohnbußen hinzunehmen.

Wir dürfen die Initiative im Lohnkampf nicht der Firmenleitung überlassen, auch nicht den Klassenversöhnlern im ÖGB und Betriebsrat, sondern müssen im Betrieb die Forderung nach einer einheitlichen Lohnerhöhung für alle aufstellen. So kann die bestehende Empörung gegen den drohenden Lohnverlust für die Kollegen zu einem Schritt werden, Einigkeit herzustellen und ihre Interessen durchzusetzen.

J.K. Waagner-Biro-Kollektiv

beit. Doch der Jugendvorstand erteilt dem seine lautlose Zustimmung: "Die Berufsausbildung muß sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule...nach zeitgemäßen Bildungsinhalten... durchgeführt werden".(§ 4) Was heute zeitgemäß ist, bestimmt nämlich ausschließlich die Bourgeoisie. Für die Heranbildung "qualifizierter Arbeiter ist für sie heute folgendes zeitgemäß: Das Beibringen von geringen technischen Grundgesetzen und in der Fabrik die Einschulung auf eine spezielle Maschinerie. Diese ganzen "zeitgemäßen Bildungsinhalte" und auch die Reduzierung der Lehrberufsliste ist also nur nach den Interessen der Kapitalisten gezimmert! Die Kommunisten halten dem die Forderung nach der Vermittlung von Kenntnissen über alle Grundlagen der hauptsächlichen Produktionsweisen entgegen und zwar nicht in einzelnen Lehrberufen, sondern in einer Einheitsschule. Das heißt Streichung der gesamten Lehrberufsliste.

"Überprüfung der Lehrbetriebe durch Berufsbildungsinspektoren"

Solange diese Inspektoren von staatlicher Seite her eingesetzt werden, werden die Machenschaften der Kapitalisten und Lehrherren und die Unzulänglichkeiten der Berufsausbildung nur von diesen Inspektoren gedeckt werden. Diese Inspektoren werden höchstens noch dazu dienen, das Interesse der Großindustrie gegenüber den kleinen veralterten Gewerbebetrieben durchzusetzen. Stehen solche Inspektoren aber unter der Kontrolle des Volkes, so können sie ein ausgezeichnetes Mittel sein, um die Zustände ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Doch von Volkskontrolle will der Jugendvorstand noch nie etwas gehört haben.

"Maßnahmen zur Weiterbildung auch für jugendliche Arbeitnehmer ohne Lehrberuf"

Hinter dieser Forderung versteckt sich eine besondere Schamlosigkeit. Unumwunden erklärt man sich damit einverstanden, daß Teile der Arbeiterklasse überhaupt keine Ausbildung erhalten. Mit seichten Formulierungen wie "Für sie sind besondere Bildungsmaßnahmen notwendig" (§ 9) zeigt der Jugendvorstand nur in welch übler Weise er auf der Seite der Unternehmer und ihrer Klassenerziehung steht.

"Höchstens 3 Jahre Lehrzeit"

Was soll dieseReform? Die Frage ist nicht, ob der Lehrling 3 Jahre oder 4 Jahre im Lehrverhältnis steht. Jedes besondere Lehrverhältnis oder "Ausbildungsverhältnis" ist Humbug. Gerade unter dem Vorwand, daß Lehrlinge in der Ausbildung stehen, werden sie besonders unverschämt ausgebeutet und sind in besonderem Maße rechtlos. Deshalb gilt es nur zu fordern: Schluß mit den besonderen Ausbildungsverhältnissen!

DEM REFORMISMUS EINE NIEDERLAGE ZUFÜGEN!
BILDUNGSWESEN IN DIE HÄNDE DES VOLKES!

Worauf es jetzt ankommt, ist: bei jedem Auftritt von Jugendgewerkschaftlern die Schädlichkeit der Forderungen zu entlarven und so eine breite Stimmung und ein tiefes Verständnis für die Notwendigkeit eines Volksbildungswesens in den Händen des Volkes zu erwecken. Den reformistischen Scheinverbesserungsvorschlägen des Jugendvorstandes muß ein Bein gestellt werden. Der geplante Fragenkatalog von 40 Fragen, mit dem die Gewerkschaftsjugend die Probleme der Lehrlinge herausfinden will, muß zu einem Instrument der Enthüllung der tatsächlichen Zustände in Betrieb und Berufsschule werden. Der Kampf ums Volksbildungswesen muß die Antwort auf die gestellten Fragen sein. Gerade auch an der geplanten "Sterndemonstration" wird man unter den richtigen Forderungen mitmarschieren müssen.

b.b.

Kündigungen bei Elin

Weitere Arbeiter auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze versetzt

Kürzlich haben 10 Kollegen bei Elin in Wien die Kündigung bekommen: 15 weitere sind auf Arbeitsplätze versetzt worden, auf denen sie wesentlich weniger verdienen werden als bisher. Ursprünglich war das Gerücht umgegangen, daß 30 Kollegen gekündigt werden sollen. Die Direktion rechnet damit, daß die versetzten Kollegen in den nächsten Wochen von selbst gehen werden, weil sie mit ihrem neuen Lohn nicht mehr auskommen. Sie erspart sich dadurch nicht nur die Abfertigungen, sondern vermeidet vor allem, daß es "schlecht ausschaut", wenn 25 Kollegen auf einmal gekündigt werden. Die meisten der gekündigten Kollegen sind Jugoslawen.

Der offizielle Grund für die Kündigungen war "Auftragsmangel", aber gleichzeitig annoncierte Elin z.B. in der jugoslawischen Zeitung "Danas" daß Arbeiter gesucht werden. Außerdem wurden kurz vorher 3 Kollegen neu eingestellt - ihr Lohn ist allerdings um vieles niedriger als der Lohn der gekündigten Kollegen, die zum Teil schon 2 bis 3 Jahre bei der Elin gearbeitet haben. Gleichzeitig laufen in vielen Hallen Neustoppungen, steigt die Arbeitshetze weiter. Von 1968 bis 1974 stieg die Prokopfleistung der Wiener Elin-Arbeiter um 77%. Es gibt Kollegen, die 12 Stunden und mehr am Tag schuften. In einer Bilanz-Pressekonferenz Mitte Juli informierte der Elin-Vorstand, daß im ersten Halbjahr 1974 die Aufträge um 21% gegenüber dem 1.Halbjahr 1973 angestiegen sind. So sieht der Auftragsmangel bei Elin aus. Die 25 von den Maßnahmen der Direktion betroffenen Kollegen waren nicht solche, die sich in Doppelschicht ruinieren und vor lauter Angst den Mund nicht aufmachen; statt dessen verlangten sie mehr Lohn. Das ist der wirkliche Grund dafür, daß sie gekündigt und hinausgekelt wurden. Das Vorgehen der Direktion richtet sich nicht nur gegen die jugoslawischen Kollegen; das ist ein Angriff auf die ganze Belegschaft.

Manche Kollegen hoffen, daß ihre Arbeitsplätze vielleicht sicherer werden, wenn einige von ihnen abgebaut werden; manche hoffen vielleicht auch, daß für sie mehr Arbeit da ist. Aber die ganzen Begleitumstände zeigen, wie sich das weiter entwickeln wird. Neue Kollegen werden eingestellt werden, die zumindest eine zeitlang um billiges Geld arbeiten. In einer Situation, in der es immer offensichtlicher wird, daß die Lebenslage der Arbeiter sich zusehends verschlechtert, damit der Profit der Kapitalisten steigt, sollen die Kündigungen und Versetzungen eine Drohung gegenüber dem wachsenden Kampfwillen der Kollegen sein. Doch unsere materielle Lage zwingt uns zum Kampf, deswegen werden die Einschüchterungsmaßnahmen der Elin-Kapitalisten nichts nützen.

Die Hitze macht uns alle fertig

Die Hitze macht uns bei Horny unwahrscheinlich zu schaffen. Dazu kommt noch die schlechte Luft, da es an Durchlüftungsvorrichtungen schwer mangelt. Das ist ein unerträglicher Zustand. Viele Frauen werden krank. Mir wurde z.B. vor einigen Tagen von der Hitze so schlecht, daß ich bald umgefallen wäre. Das war in diesem Sommer nicht das erste Mal. Als ich aus der Abteilung zur Schwester ging, um mir etwas geben zu lassen, hörte ich den Meister hinter mir sagen: "die jungen Leute von heute halten auch nichts mehr aus".

Die Schwester gab mir irgendwelche Tabletten zur Beruhigung. Danach mußte ich wieder an die Arbeit gehen, denn "die Stückzahl muß erbracht werden". Wie die Stückzahl erbracht wird, das interessiert niemanden. Das, was mir passiert ist, ist aber kein Einzelfall, sondern eine tägliche Erscheinung - man gibt sich bei der Schwester die Tür in die Hand.

Bei uns gibt es auch Hitzeferien. Das heißt, wenn es auf einem bestimmten Thermometer in einer bestimmten Abteilung um 12.00 Uhr mittags 30° hat, können wir um 1/2 4 nach Hause gehen. Über der Halle, wo das Thermometer hängt, gibt es ein spezielles Dach, das mit Wasser "berieselt" werden kann, um die Halle etwas abzukühlen. Über diese großartige Errungenschaft war die Direktion unheimlich stolz (wie fortschrittlich!). Es gibt bei uns aber noch viele andere Hallen, denen dieser "Fortschritt" nicht zugute kommt. Aber sie haben ja auch kein "wichtiges" Thermometer dort hängen.

Hitzeferien sind schon gut, aber um wirklich unter leichteren Bedingungen zu arbeiten, brauchen wir eine ausreichende Entlüftung in allen Abteilungen.

Eine Kollegin von Horny

Kommunistische Organisation werktätiger Intellektueller gegründet

Auf Initiative des KB-Wien wurde im August von ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Studentenorganisation MLS die "Vereinigung zur Unterstützung der Volkskämpfe" (VUV), eine kommunistische Massenorganisation werktätiger Intellektueller, gegründet. Seit mehreren Jahren schon zeigt sich auch bei uns in Österreich, daß eine wachsende Zahl Intellektueller aufgrund der umfassenden politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Krise, in der sich der Imperialismus immer mehr verstrickt, in Bewegung gerät und sich von ihrem "Dienstherrn", der Bourgeoisie, politisch löst. Teile davon sind heute schon bereit, sich bewußt auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen. Um die politische Erziehung dieser Intellektuellen voranzutreiben und auch aus dieser Schicht kommunistische Kader heranzuziehen, ist es notwendig, sie in organisierter Weise auf der Seite der Arbeiterklasse in die Kämpfe des gesamten Volkes einzureihen. Zu diesem Zweck wurde die VUV gegründet.

"Die VUV versteht sich als Massenorganisation des KB-Wien. Als selbständige kommunistische Organisation von werktätigen Intellektuellen ordnet sie sich der politischen Linie, die der KB-Wien vertritt, unter und nimmt unter seiner politischen Anleitung die praktische Unterstützungsarbeit auf...
Die werktätigen Intellektuellen sind aufgrund ihrer besonderen Ausbildung und ihrer beruflichen Tätigkeit als direkte Handlanger der Bourgeoisie bei der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes (z.B. als Richter, Verwaltungsbeamte, Lehrer und leitende Angestellte in den Betrieben) eine von den übrigen Teilen des Volkes abgehobene Schicht. Die kommunistischen Intellektuellen bekämpfen diese Rolle der Intelligenz aufs schärfste und stellen ihre besonderen Fähigkeiten und Qualifikationen in den Dienst des kämpfenden Volkes. Durch ihre Unterstützungsarbeit tragen sie zur Stärkung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse bei und gewinnen gleichzeitig weitere Kräfte, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zur Eroberung der politischen Macht und um die soziale Revolution unterstützen." (aus der Gründungserklärung der VUV)

Leserbrief aus einem Kleinbetrieb

Auf die "Freundschaft" des Chefs verzichten - seine Rechte fordern

In der Zeitung KLASSENKAMPF liest man viel über die Mißstände in Industriebetrieben, ich möchte auf die Mißstände in Klein- und Mittelbetrieben hinweisen.

Besonders in diesen Betrieben, wo der Chef sich bemüht, engen Kontakt mit den Arbeitnehmern herzustellen, wagen es diese nicht, ihre Rechte zu fordern, aus Angst, das gute Einvernehmen zu stören.

Ich habe selbst schon in den verschiedensten Branchen gearbeitet, und es fielen mir immer wieder solche Mißstände auf. z.B. Steuerberaterkanzlei mit ca. 20 Angestellten:
Die Angestellten mußten Überstunden machen, bekamen diese aber nicht ausbezahlt, sondern die Gutstunden mußten verrechnet werden, wenn jemand einmal zum Arzt gehen wollte.
Steuerberaterkanzlei mit 2 Angestellten:
Arztbesuche waren auch hier unmöglich. Es war keine Möglichkeit, sich Essen zu wärmen. Die Chefin gab sich sehr freundschaftlich, brachte einmal in der Woche einen Krapfen, und als ich nach 2 Jahren eine Gehaltserhöhung forderte, war sie entsetzt und betonte, daß sie doch immer sehr großzügig war.

Hutbranche mit 10 Dienstnehmern (Arbeiter und Angestellte):
Der Chef gab sich äußerst großzügig, indem er den Leuten einen Großteil der ihnen zustehenden Bezüge "schwarz" ausbezahlte. Er gab ihnen vielleicht um S 50.- mehr, er selbst ersparte sich aber bis zu 30%, wenn man seine Abgaben berechnet. Abgesehen davon, daß es besonders für Arbeiter schlecht ist, wenn sie mit weniger angemeldet sind, da ja ihr Krankengeld danach berechnet wird. Mit diesen Schwarzzahlungen kauft der Chef seine Leute, sie müssen sich für etwas bedanken, was ihnen sowieso zusteht und fühlen sich ihm verpflichtet. Bei Überstunden wagen sie es nicht, diese zu verrechnen, weil der Chef ja auch immer so großzügig ist.

Aus meiner persönlichen Erfahrung möchte ich nun raten, daß es besser ist, auf die "Freundschaft" des Chefs zu verzichten und dafür seine Rechte zu fordern.

In den meisten dieser Betriebe gibt es keine Kollektivverträge, und die Arbeiter kennen ihre Rechte nicht. Es wäre also notwendig, daß sich die Leute gewerkschaftlich organisieren, weil das der einzige Weg ist, einen Kollektivvertrag zu erhalten und über seine Rechte aufgeklärt zu werden. Die Arbeiter und Angestellten schrekken aber immer wieder davor zurück, weil die Chefs dagegen hetzen oder Druck anwenden, um eine gewerkschaftliche Organisation zu verhindern.

Ich bin der Gewerkschaft beigetreten, um meine Rechte durchzusetzen und habe das auch in allen Betrieben meinen Kollegen geraten. Trotzdem ist es schwer, damit zu argumentieren, da viele Dienstnehmer - ich mit eingeschlossen - kein Vertrauen in unsere derzeitige Gewerkschaft haben. Aber wie soll man einer Gewerkschaft vertrauen, die immer von "Sozialpartnerschaft" spricht und auf der Seite der Unternehmer steht - und einer Gewerkschaft, die so große Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten zuläßt (z.B. bei Abfertigungen und Urlaubsgeldern).

Name der Redaktion bekannt

Tatsächlich haben die Kollektivverträge auch für die meisten Klein- und Mittelbetriebe Geltung; weil die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe das oft nicht wissen und selbst nicht gewerkschaftlich organisiert sind, schlagen die Chefs daraus Kapital, indem sie über die Kollektivverträge einfach hinweggehen. Es ist schon gut, wenn alle Kollegen aus diesen Betrieben der Gewerkschaft beitreten - aber darüber hinaus müssen sie sich im Betrieb zusammenschließen, um ihre Interessen durchzusetzen. Nicht die Gewerkschafter, sondern die gegenwärtigen Gewerkschaftsführer sind schlecht. Gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der bürgerlichen Gewerkschaftsführer - eine Politik, die sich Tag für Tag neu zeigt - müssen die Gewerkschaftsmitglieder den Kampf aufnehmen.

Red.

Gleitende Arbeitszeit

Besonders unter den Angestellten gab und gibt es geteilte Meinungen zur "gleitenden Arbeitszeit". Viele haben den wahren Charakter dieser Arbeitszeitregelung bereits erkannt. Sie haben gemerkt, daß man zwar etwas länger schlafen darf und man sich die Bürobeginnzeiten in einem gewissen Rahmen selbst einteilen kann, aber die Unternehmer sich dafür mehr Arbeitsfreude erwarten können.

Eine Umfrage der Arbeiterkammer hat ergeben, daß 46% der Betroffenen festgestellt haben, daß die Unternehmer seit Einführung der gleitenden Arbeitszeit Arztbesuche, Behördenwege und Arbeitsunterbrechungen wegen Übelkeit auf den Zeitausgleich anrechnen, obwohl der Angestellte für diese Arbeitszeitausfälle aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Entgelt zu bekommen hat.
Ein beträchtlicher Teil der befragten Kollegen hat durch eigene Erfahrungen bereits gemerkt, "daß die Unternehmer jetzt die Chance haben, die Gleitzeiten je nach Arbeitsanfall zu steuern und dadurch die Überstundenzahlung zu vermeiden. Ist eine Woche weniger zu tun, gehen die Beschäftigten eben täglich früher nach Hause. Wenn es in der darauffolgenden Woche mehr Arbeit gibt, holen sie ihren Zeitrückstand auf, aber ohne Überstundenzahlung." (Lt. Presse vom 8.8.74)

Die Situation der Kollegen, die von der "gleitenden Arbeitszeit" betroffen sind, läßt sich zusammenfassend und den eigenen Angaben entsprechend so darstellen:

- durch die sogenannte freie Wahl des Arbeitsbeginns erwarten sich die Unternehmer mehr Freude an der Arbeit und damit mehr Leistung. Jeder einzelne soll vor Freude über eine Viertelstunde früher oder später Aufstehen die ständig steigende Antreiberei und Ausbeutung vergessen, um sich so mit den Profitinteressen der Kapitalherren zu identifizieren.

- das Recht auf Entgeltfortzahlung bei Arzt- oder Behördenwegen wird einfach

mit dem Hinweis auf die "gleitende Arbeitszeit" unterlaufen und abgebaut. In Worten wird von den Unternehmern selbst daraufhingewiesen, daß es dieses Recht gibt, in der Praxis wird jeder einzelne gezwungen, darauf zu verzichten. So überlegt sich jeder dreimal mehr, ob er zum Arzt gehen soll, da wieder ein Stück seiner Freizeit draufgeht. Die Kapitalisten stellten fest, daß die "sogenannten Fehlzeiten (d.s. Arzt- und Behördenwege) dort schwinden, wo es die 'gleitende Arbeitszeit' gibt" (Presse, 8.8.74),

o Über die Kollegen wird einfach je nach Bedarf verfügt. Bei viel Arbeit heißt es Plusstunden machen, die dann bei weniger Arbeit einfach durch Zeitausgleich ausgeglichen werden. So wird je nach Unternehmerbedarf Arbeits- und Freizeit geregelt, ob es nun den Kollegen paßt oder nicht. Außerdem werden die Kollegen so zu Überstunden gezwungen, die nicht als solche gelten und daher auch nicht bezahlt werden.

Die meisten Kollegen erkennen immer deutlicher, daß die angeblichen Vorteile der "gleitenden Arbeitszeitregelung" bedeutende Nachteile bringen. Gegen die steigende Arbeitshetze hilft die Wahl, ob eine halbe Stunde früher oder später anfangen, nichts. Hier hilft nur die Herabsetzung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen, sowie völliges Verbot von Überstunden.

Die "gleitende Arbeitszeit" unterhöhlt die Rechte der Kollegen auf Arzt- und Behördenbesuch während der bezahlten Arbeitszeit. Die Kapitalisten können über Arbeits- und Freizeit schalten und walten, wie es ihrem Bedarf entspricht. Daher müßten alle Kollegen die Forderung nach sofortiger Abschaffung der "gleitenden Arbeitszeit" aufstellen. Die Forderung nach Abschaffung bricht mit den Erwartungen der Kapitalisten, daß sich die Werktätigen mit ihren Ausbeuterzielen identifizieren.

WEG MIT DER GLEITENDEN ARBEITSZEIT!

FÜR EINEN ARBEITSTAG VON 7 STUNDEN AN 5 WOCHENTAGEN!

P.F.

Wir brauchen einen Kindergarten im Wilhelminenspital

Der Betrieb im Wilhelminenspital muß Tag und Nacht aufrechterhalten werden. Das bedeutet für das Personal Schichtdienst und durch den großen Personalmangel bedingt, einen Dienst von 50 Wochenstunden und mehr. Unter diesen Arbeitsverhältnissen ist es besonders schwer, Familie zu haben, denn auch Kinder müssen Tag und Nacht versorgt werden. Das bedeutet für die meisten, daß sie auf Kinder verzichten müssen, weil die Möglichkeiten für eine Versorgung der Kinder während der unregelmäßigen Arbeitszeit fehlen und die Versetzung auf schlechter bezahlte Tagesposten ihre Lebensbedingungen auf ein unerträgliches Ausmaß verschlechtern würde - die Nachtdienstzulagen und der Verdienst durch Überstunden machen ja ca. ein Drittel des Nettogehaltes aus.

Die wenigen, die Kindergartenplätze gefunden haben, sehen deutlich, daß das keine Lösung für sie ist. Neben dem Zeitverlust durch den täglichen Umweg und die zusätzlichen Kosten, kommt noch die Schwierigkeit, wo man die Kinder in der restlichen Zeit unterbringen soll, dazu, da die Öffnungszeiten keinesfalls mit den Dienstzeiten übereinstimmen, auch die Kolleginnen, die nur tagsüber arbeiten, wissen nicht, wo sie während der Arbeitszeit ihre Kinder versorgen sollen (Überstunden, Wochenenddienst!). Da Kinder unter zwei Jahren nur in den wenigen Kinderkrippen genommen werden, sind die meisten dazu gezwungen, ihre Arbeit zumindest vorübergehend aufzugeben.

Es hat zwar vor längerer Zeit geheißen, daß ein Kindergarten im Spital eingerichtet werden soll, aber geschehen ist bisher nichts. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß unsere Angelegenheiten von unserem Dienstgeber unseren Bedürfnissen entsprechend geregelt werden, denn die Interessen von Personal und Dienstgeber sind immer in Widerspruch zueinander.

Wir brauchen einen Kindergarten, der Tag und Nacht allen Spitalsbediensteten zur Verfügung steht. Die Kosten müssen vom Dienstgeber getragen werden, der für jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufkommen muß. Hinter diese Forderungen kann sich das gesamte Personal stellen, denn niemand ist daran interessiert, daß ein Teil der Kollegen eine wirtschaftliche Schwächung in Kauf nehmen muß, weil Kinder und Beruf unter diesen Verhältnissen nicht zu vereinbaren sind. Bedeutet doch jede Schwächung eines Teils eine Schwächung des gesamten Personals in seiner Kampffähigkeit. Von der Erziehung unserer Kinder hängt es ab, ob sie die Fähigkeiten entwickeln, ihre Interessen entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit wahrzunehmen, oder ob sie zu willenlosen Arbeitskräften erzogen werden. Deshalb muß der Kindergarten unter der Kontrolle des gewählten Betriebsrates stehen, damit wir selber und nicht unsere Dienstgeber die Erziehung und Versorgung unserer Kinder bestimmen können.

Betriebskollektiv
Wilheminenspital

In drei Monaten 101 Tote bei Arbeitsunfällen

Die ständig steigende Arbeitshetze verschlechtert nicht nur den Gesundheitszustand der Werktätigen und ihre psychische Lage, sondern führt auch zu einer immer höheren Zahl von Arbeitsunfällen: in den Monaten Juni, Juli und August kam es in Österreich zu fast 44.000 Arbeitsunfällen, von denen 101 tödlich endeten! Mehr als die Hälfte dieser tödlichen Arbeitsunfälle ereigneten sich direkt am Arbeitsplatz, die andere Hälfte ist auf Verkehrsunfälle zurückzuführen, die auf dem Weg zum oder vom Arbeitsplatz oder während der Arbeitszeit passierten.

Zu dieser enormen Zahl von Arbeitsunfällen kommt es nicht, weil die Arbeiter besonders unvorsichtig und ungeschickt sind, sondern weil durch ständigen Arbeitsdruck die Konzentrationsfähigkeit nach einigen Stunden arbeiten derart nachläßt, daß man bei Gefahr einfach nicht mehr entsprechend reagiert. Viele Unfälle passieren auch, weil die Akkordhetze viele Arbeiter und Arbeiterinnen dazu verleitet, manche Sicherheitseinrichtungen nicht ständig zu beachten. Die Verschlechterung der Lebenslage zwingt die Lohnabhängigen oft zu Überstunden, die Antreiberei in Form von laufenden Akkorderhöhungen tut ein übriges. Die Lohnabhängigen, für die der Arbeitsunfall tödlich ausging, sind ein Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft, für die die Menschen nur Arbeitsvieh sind, das, so lange es eben geht, so billig wie möglich eingekauft wird - und nicht ein Opfer ihrer eigenen Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit, wie das in einschlägigen Berichten der Versicherungsanstalten gerne behauptet wird.

Mit Staublunge gekündigt - Gericht wies Klage ab

Vier Jahre war ein Schweißer bei einer Firma für Dampfkesselbau im 10. Bezirk beschäftigt. Er mußte Rohre bearbeiten, die einen Rostschutzbelag hatten, der aus Asphalt, Blei und Zyankali (!) bestand. Durch die Dämpfe dieser gifthaltigen Mischung wurde der Arbeiter lungenkrank. Seine Staublunge zwang ihn, alle paar Monate einige Zeit in Krankenstand zu gehen. Nach jeder Krankmeldung wurde er vom Unternehmer sofort entlassen und nach der "Gesundmeldung" wieder eingestellt. Diese Praxis spielte der Unternehmer acht mal durch und ersparte sich so jedesmal das Krankengeld. Bei der letzten Krankmeldung wurde der Arbeiter gekündigt, weil der Unternehmer einen gesünderen Schweißer gefunden hatte. Die Klage des Arbeiters nach den nichtbezahlten Krankengeldern wurde nun vom Arbeitsgericht abgewiesen - aus "formaljuristischen" Gründen.

Obwohl die Frau des Unternehmers zugeben mußte, daß der Arbeiter wegen der vorenthaltenen Krankengelder und ungerechtfertigten Entlassungen mehrmals und nachdrücklich vorgesprochen hatte, entschied das Gericht, daß der Arbeiter "kein nachdrückliches Interesse gezeigt und daher keinen Anspruch auf Bezahlung der ihm entgangenen Krankengelder habe". Begründet wird das vom Gericht damit, daß "nachdrücklich" im juristischen Sinn heißt, daß der Arbeiter, sofort zu Gericht geht und klagt. Davor hatte der Arbeiter, wie er sagte Angst, weil er fürchtete, dann sofort gekündigt zu werden. Deshalb habe er versucht, durch mehrmaliges Vorsprechen bei der Betriebsleitung zu seinem Geld zu kommen.

Durch dieses Urteil hat der Arbeiter rund 50.000,-- S verloren. Nachdem er sich jahrelang für die Profite dieses Kapitalisten die Gesundheit ruiniert hat, sitzt er nun auf auf der Straße - ohne Geld, mit einer Staublunge, die sich nicht mehr bessern wird.

W.F.

Leserbrief

Skandalöse Vorfälle in der 1. Medizinischen Universitätsklinik

Ich bin eine Angestellte in der Ambulanz der I.Medizinischen Universitätsklinik und habe den Artikel "Skandal im Floridsdorfer Krankenhaus" in der Augustnummer ihrer Zeitung gelesen. Dazu möchte ich nur sagen, daß der Vorfall, von dem sie da berichtet haben, in unserem Klinikbetrieb gar nichts Seltenes ist. Daß Patienten am Gang oder in den Krankensälen sterben und oft stundenlang dort in ihren Betten zwischen den anderen Kranken liegenbleiben, bis sie abgeholt werden, ist hier etwas ganz Alltägliches, denn ein Sterbezimmer oder gar eine Aufbahrungshalle gibt es erst gar nicht.

Da kann ich schon von viel skandalöseren Vorkommnissen berichten. So z.B. kam vor gar nicht so langer Zeit ein alter Mann zu uns auf die Ambulanz, weil ihm ganz schrecklich schlecht war, sodaß er kaum noch sprechen konnte. Ich machte die vorbeikommenden Ärzte auf den schlechten Zustand dieses Mannes aufmerksam, aber sie meinten alle,sie wären nicht zuständig oder er solle nur warten bis er dran komme, er wird es schon aushalten. Als der Mann auf einmal ganz blau im Gesicht wurde und ohnmächtig umfiel, kam schließlich ein Arzt zu ihm. Aber da stellte sich heraus, daß keine Vorbereitung für einen "Herzalarm" getroffen worden waren, wie es für solche Fälle vorgeschrieben ist. Als man dann so weit war, dem armen Mann zu helfen, war es für ihn schon zu spät, er war tot! Seine Leiche wurde abgeholt - akutes Herzversagen - kein Wort wurde mehr darüber verloren.

Dieses Beispiel soll ihnen nur zeigen, daß es unseren Ärzten nicht wichtig ist, den Patienten zu helfen, sondern ihnen geht es nur um ein wissenschaftliches Interesse an Krankheiten und deren Behandlung und natürlich um das viele Geld, daß wir ihnen auch für solche Schandtaten noch bezahlen müssen! Ich glaube, da hilft nur noch eine radikale Änderung!

N.G.

Tomaten tonnenweise vernichtet

Tonnenweise wurden im Burgenland reife Paradeiser in eine Schottergrube geworfen. Die mühevolle Arbeit der Bauern war umsonst; ebenso ergeht es den Wachauer Marillenbauern, die mit loo t geernteten Früchten und mit der anstehenden täglichen Ernte von 3o-35t ohne Abnehmer dastehn. Aber wer nimmt ihnen nichts ab, und warum nicht? Der "Kurier" verschleiert in üblicher Weise die Dinge, indem er berichtet, auf dem Markt fänden die Waren keine Käufer, weshalb "große Firmen und Handelsketten" sich weigerten, die Früchte anzunehmen.Mögen die Österreicher die Marillen nicht mehr, haben sie sich heuer an den Paradeisern schon sattgegessen? Wenn man sich die durchschnittlichen Preise auf den Verbrauchermärkten ansieht, kommt man nicht auf die Idee. Sie lagen am Samstag,den 17.8. - und am Samstag sind die Waren in der Regel eher billiger - für Paradeiser zwischen 8 und 15 Schilling, zergatschte und verfaulte bekam man um 6.-. Also muß jede Hausfrau bei diesem Gemüse genauso sparen wie bei allen anderen teuren Sorten. Die Preise für Marillen waren noch ärger (9-16S) und reihen sich würdig ein in die Kette von "Luxusgütern", als die man heute inländisches Obst schon bezeichnen kann. Der Appell von der niederösterr. Landeswirtschaftskammeran die Hausfrauen, doch die"günstige Gelegenheit " beim Schopf zu packen und Marillen einzukochen, ist einfach eine Frechheit! Wer stellt sich schon hin und schwitzt sich ab, damit er in stundenlanger Arbeit Kompott oder Marmelade einkocht, die man in Dosen immer noch billiger kriegt, von den unverschämten Zuckerpreiserhöhungen ganz abgesehen! Die 5o.ooo Kilo Tomaten und die loo.ooo Kilo Marillen hätten zu niedrigeren Preisen sehr wohl Absatz gefunden, denn welcher Arbeiter und kleine Angestellte muß heute nicht auf die Preise schauen und hinten und vorne sparen? Dann würden aber eben erwähnte "große Firmen und Handelsketten" , dann würde der ganze Zwischenhandel keine großen Profite machen können, dann

Fortsetzung S 12

Badefreuden in Jauchegruben



Die Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung hat mit einer Untersuchung der Badegewässer in und rund um Wien begonnen. Bisher wurden der Donau, der Alten Donau, den Becken der im Freien gelegenen Schwimmbäder in Niederösterreich und im Burgenland Wasserproben entnommen. Die ersten Ergebnisse sind nun bekannt geworden. Danach ist die Donau von der Einmündung des Donaukanals bis zur ungarischen Grenze vergiftet!

Der Donaukanal selbst wird als die "größte Jauchengrube Wiens" bezeichnet! Der Wiener Magistrat hat für die Erholungsuchenden einen "guten Rat": an der Alten Donau sollen die Badenden nur die öffentlichen Bäder besuchen, weil das übrige Wasser bereits gesundheitsgefährdend ist! Die öffentlichen Bäder sind allerdings nicht wesentlich sauberer, wie jeder Badende schon öfters gemerkt hat. Überdies reichen die vorhandenen Bäder in Wien in keiner Weise aus, um wirklich Erholung und Erfrischung zu bringen. Meist sind sie bereits kurz nach dem Aufsperren schon ausverkauft, in den Bassins steht man kaum mehr nebeneinander, sondern aufeinander! Ständig sind irgendwelche Bäder geschlossen, wie unlängst das Stadthallenbad oder das Oberlaaer Thermalbad. Das Wasser in den Bädern ist bereits so verdreckt, daß die Gemeinde daran denkt, den Verdreckungsgrad auszuhängen - eine schöne Beruhigung für die badende Bevölkerung zu wissen, wie gesundheitsschädigend der Dreck eigentlich ist, in dem man herumwatet.

In einem Becken des Theresienbades wurden bereits Salmonellen (Darmbakterien) entdeckt. Die sogenannten Volksvertreter kümmert das allerdings wenig - sie können ja schließlich in ihren Privatbassins pritscheln.

. . . Tomaten

wäre der Kapitalismus nicht der Kapitalismus! Denn diese Machenschaften sind keine Besonderheit. Keine Folgen einer Fehleinschätzung der heurigen Ernte, schuld ist auch nicht der Import aus dem Osten. Im Jahre 1973 z.B. sind 85 Tonnen Obst und Gemüse allein in Wien vernichtet worden, nachdem man sie hatte verschimmeln lassen. Auch damals begründete das Marktamt diese Ungeheuerlichkeiten mit"Absatzschwierigkeiten".

Und schon damals lag die wahre Ursache der "Absatzschwierigkeiten" darin, daß es einfach für die breite Masse des Volkes nicht möglich war, die Irrsinnspreise zu bezahlen.

Die Leidtragenden dieser Vernichtungsorgien sind die kleinen Bauern, die um den Lohn ihrer Arbeit beraubt werden, indem man ihnen auf Grund der manipulierten geringen Nachfrage auf die Preise steigen kann - und die Konsumenten, die zusehen müssen, wie schönes reifes Gemüse tonnenweise vernichtet wird,damit die Profitwirtschaft einer kleinen Minderheit floriert.
Die Vernichtung von Waren, an denen in Wirklichkeit ein großer Mangel besteht, das ist die Logik eines Systems, in dem nicht gemeinschaftlich produziert wird, damit die Menschen anständig und immer besser leben können, sondern einzig und allein um des Profits willen. Das ist die Logik der modernen freien Marktwirtschaft, die schon unseren Kindern in der Schule als die " Beste aller Welten" eingedrillt wird.

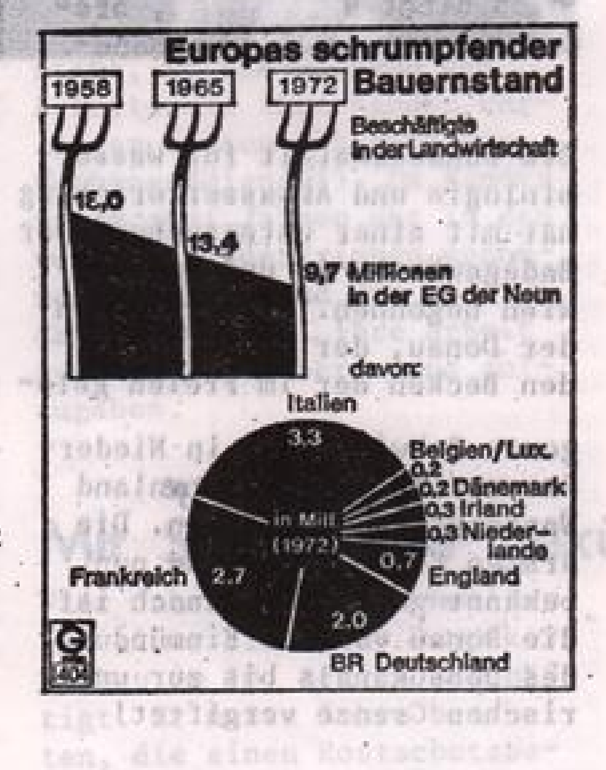
S.B.

Nicht Arbeiter gegen Bauern, sondern Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen die Kapitalisten!

Am "Klassenkampf" muß ich kritisiern, daß noch nie etwas über die Lage der Bauern drinnen gestanden ist. Dabei wäre das so wichtig, weil doch die Regierung jede Preissteigerung am Lebensmittelsektor den Bauern in die Schuhe zu schieben versucht. Nur damit keiner merkt, wo die eigentlichen Preistreiber sitzen!

Deshalb werden die Arbeiter und Bauern systematisch gegeneinander ausgespielt. Die SPÖ hetzt die Arbeiter gegen die Bauern auf, die ÖVP wiederum versucht, die Bauern vor ihren Karren gegen die Arbeiter zu spannen. Und bei diesem Spiel machen beide, SPÖ und ÖVP, ungestört ihre Geschäfte auf unsere Kosten, denn die Preissteigerungen treffen uns alle, Arbeiter und Bauern. Genauso ist es mit den Steuern. Das Geld streichen die Kapitalisten ein, wurscht wo sie sitzen, ob in der Landwirtschaft oder in der Industrie! Trotzdem versuchen sie immer uns für die Preistreiberei verantwortlich zu machen. Entweder sind die Löhne schuld oder die Bauern. Aber wenn wir morgen für einen Liter Milch um 5g mehr verlangen, kostet er im Geschäft gleich um 1S mehr.

Die Differenz streichen die Genossenschaften ein. Außerdem: Wieviele "reine" Bauern gibt es denn noch? Jedenfalls werden sie immer weniger. Von seiner Wirtschaft allein kann heute keiner mehr seine Familie erhalten - außer er ist ein Großbauer. Aber die meisten Bauern sind unter der Woche Arbeiter, so wie ich. Ich bin ein gelernter Schlosser, am Wochenende bin ich Bauer. Und ich bin nicht der einzige bei uns im Betrieb. Ehrlich:da hat's ein "nur"-



Arbeiter nocht besser. Der hat wenigstens am Wochenende seine Ruhe - wenn er keine Überstunden macht. Zumindest im Urlaub kann er sich erholen. Bei mir wartet meine ganze Familie schon sehnsüchtig auf meinen Urlaub. Aber nicht, weil wir nach Italien fahren, sondern weil ihnen dann endlich wer bei der Ernte hilft! Ich hab schon 5 Jahre keinen Urlaub mehr gemacht. Und Wochenende gibt es für uns auch nur im Winter. Und das auch erst, seit wir kein Vieh mehr haben. Aber welcher Bauer hat denn heut noch ein Vieh? Wer kann sich denn noch Kühe und Schweine leisten? Doch nur ein Großbauer mit vielen Knechten! Für einen Kleinbauern ist das Vieh ein Luxus.

Im Inland kannst du es nicht verkaufen, höchstens verschleudern oder herschenken, weil viel billigeres Fleisch importiert wird. Verdienen kannst dun nur etwas, wenn du es exportieren kannst. Das kann aber wieder nur ein Großbauer. Der kriegt dafür auch noch eine Exportspritze aus unseren Steuergeldern, damit er nur ja recht viele Profite machen kann. Aber wenn du nur 6 Kühe im Stall stehen hast, hilft dir keiner! Da kommt das Futter teurer, als was du durch Milch und Fleisch wieder reinkrigst. Heute müssen wir Milch und Fleisch genaus kaufen wie jeder Arbeiter.

Und genauso teuer! Deshalb sind auch die meisten von uns unter der Woche Arbeiter. Irgendwo muß ja ein Geld zum Leben herkommen. Wir Bauern sind also nicht schuld an der Preistreiberei. Im Gegenteil, wir leiden genauso darunter wie ein Arbeiter und jeder andere Lohnabhängige! Wir dürfen uns nur nicht blöd machen lassen von den Kapitalisten und der Regierung. Nicht Arbeiter gegen Bauern, sondern Arbeiter u n d Bauern gegen die Kapitalisten, wo immer sie sitzen!

N.N.

. . . Bundesheer

immer das zu tun,was der Staat und seine Institutionen und Vertreter sagen. Sie werden dabei bewußt unter Druck gesetzt-was dazu führt,daß junge Soldaten wie Kurt Wandl bis zur Selbstvernichtung Befehle ausführen.

Aber die Ausbildung und das ganze Leben beim Bundesheer laufen nicht nur unter Schikanen,sondern auch unter völliger Rechtlosigkeit der Soldaten ab. Das Beschwerderecht,das Verteidigungsminister Lütgendorf für so gut hält,ist eine Augenauswischerei: ein Befehl und ist er noch so schikanös,muß zuerst ausgeführt werden-dann kann man sich beschweren. Mit der ordentlichen Beschwerde muß man den Dienstweg einhalten, d.h.man kann immer nur zum nächsthöheren Vorgesetzten gehen. Wobei klar ist, daß die Herren Offiziere Beschwerden natürlich nicht sehr heiß lieben - die Erfolgsaussichten sind dementsprechend gering. Mit der außerordentlichen Beschwerde kann man sich schriftlich an die Beschwerdekommission wenden,in der auch unsere sogenannten Volksvertreter sitzen. Diese Kommission hat bis jetzt etwa 6% der Beschwerden positiv erledigt. Wie die Mehrzahl der Kommandanten zu dieser Einrichtung steht,zeigt der Ausspruch des Kommandanten der Einheit Wandls: "Den Soldatenvertreter will ich nur einmal in seiner ganzen Dienstzeit sehen - bei seiner Wahl!".
Politische Betätigung ist den Soldaten verboten. Während in den verschiedenen Instruktionsstunden die Ausbilder ihre reaktionäre Propaganda an den Mann bringen, ist es den Soldaten nur schwer möglich, ihre Meinung zu sagen. Die Ausbilder trichtern den Soldaten ein, daß "unser" Staat geschützt werden muß und wir dazu das Bundesheer brauchen, vor allem um Ruhe und Ordnung im Inneren aufrechtzuerhalten. Das hat alles seinen Sinn - aber nicht für uns, sondern für die herrschende Klasse und ihren Staat. Diese haben ein Interesse daran, daß die jungen Arbeiter und Angestellten darauf trainiert werden, Dinge zu tun, die nicht in ihrem Interesse sind. Daß sie getrennt vom übrigen Volk durch Drill und Schikane und durch ideologische Bearbeitung dazu gebracht werden, auf die eigenen Leute, auf die Arbeiter und das Volk zu schießen. Besondern deutlich drückte das der Verantwortliche für die Heeresreform und Armeekomandant General Spannocchi vor einigen Jahren aus:"Ich habe die Panzertruppen in Götzendorf nur deshalb übernommen, damit ich schneller in Wien oder Wiener-Neustadt sind kann, wenn die Arbeiter rebellieren!"

N.B.

"Show fürs Vaterland"

Ende 1972 wurden die Lehrmethoden grundsätzlich geändert, weil ja längst statistisch erwiesen ist, daß bei der herkömmlichen Art des Vorlesens der Lehrstoff von den Zuhörern nur zu zehn Prozent behalten wird"(Malat).
Resultat: ein völlig neues Bundesheergefühl - freilich vorläufig nur für Maerkers Brigade im Nordwesten Niederösterreichs. Eine Multi-Media-Show für die Ausbildung. Und einer der wenigen Kasernenhöfe Österreichs ohne Gebrüll.
In der dritten Panzergrenadierbrigade werden Ausbildner, die Jungmänner drillen sollen, einer zusätzlichen Spezialausbildung unterworfen. Denn: Es ist nicht damit getan, daß die Ausbildner wissen, wie's gemacht wird; sie müssen ihr Wissen auch vermitteln können. (Maerker:"Dazu hat mich die Diskussion mit dem Maturajahrgang1970 in einer Kremser Mittelschule inspiriert.")
Die Bataillons- und Kompaniekommandanten rückten noch einmal auf der Schulbank zusammen und erfuhren von einem Jungoffizier (Oberleutnant Fizal) die Regeln modernen Managements.
Die allgemeinen Ausbildungsrichtlinien wurden nach der Umstellung von Neun-Monate- auf Sechs-Monate-Dienstzeit "in einem eigenen Entrümpelungsverfahren" (Major Probst) modifiziert. (Der Chef der Entrümpelungsaktion, Oberleutnant Horst Malat: "Wozu soll ein Grundwehrdiener im Marsch mit dem Kompaß geschult werden, wenn er doch nie einen Kompaß in die Hand bekommt.")

(aus Profil 13/73)

Ungefähr nach diesem Beispiel soll die Ausbildung nach der vielgepriesenen Heeresreform gestaltet werden. Die beschriebene Kaserne ist die Raabkaserne in Krems/Mautern, wo Kurt Wandl zu Tode ge-



schliffen wurde. Wir können uns also vorstellen, was uns diese "Modernisierung" des Heeres bringen wird.

Ersetzung des Bundesheeres, der Polizei und Gendarmarie durch die allgemeine Volksbewaffnung

Die Tatsache, daß innerhalb weniger Wochen zwei junge Präsenzdiener beim Bundesheer zu Tode geschunden worden sind, hat unter der Bevölkerung große Empörung über dieses Heer und seine Methoden ausgelöst. Kreisky sprach wieder einmal von der notwendigen "Demokratisierung des Bundesheers" und selbst der Bundespräsident verurteilte entschieden die Übergriffe, die zum Tod der beiden Soldaten geführt haben. Gleichzeitig warnte er aber die Bevölkerung vor Verallgemeinerungen, denn das Bundesheer müsse "eine starke Kraft für die Erhaltung des Friedens in Österreich bleiben". All diesen Kritiken und Stellungnahmen ist eines gemeinsam: Das Volk soll sich zwar über einige Unmenschen in Uniform empören, aber nicht das Bundesheer als Institution in Frage stellen. Für die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk ist es aber von sehr großer Bedeutung zu wissen, wem das Bundesheer dient und gegen wen es eingesetzt wird.

Wenn man sich Klarheit über das Heer verschaffen will, muß man sich Klarheit verschaffen über den Staat, denn das Heer ist der wichtigste Teil der Staatsmacht. Der Zweck des ganzen Macht- und Gewaltapparats, der Staat heißt, ist es, die wirtschaftliche Macht einer Klasse zu garantieren. In Österreich hat die Kapitalistenklasse die wirtschaftliche Macht, denn ihr gehören die Fabriken die Banken und die Rohstoffe. Diese Klasse und ihr ganzer Anhang lebt davon, daß sie die Arbeiter ausbeutet. Der Arbeiter hat nichts außer seinen beiden Händen und seinem Kopf. Will er leben, so muß er seine Arbeiskraft den Kapitalisten verkaufen, sonst geht er vor die Hunde. Für die Kapitalisten und ihren Anhang von Schmarotzern ist diese Lage sehr vorteilhaft. Für die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen, die von der eigenen Arbeit leben, ist diese Lage elend. Dabei könnten die Arbeiterklasse und das werktätige Volk ganz gut ohne ihre Ausbeuter leben, denn sie produzieren den gesamten Reichtum der Gesellschaft. Die bürgerliche Klasse dagegen kann ohne die Arbeiter gar nichts anfangen. Deshalb werden sich die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen erheben. Das ist der herrschenden Klasse wohlbekannt und deshalb hat sie eine stählerne Kette um die ganze Gesellschaft gelegt, den Staat. Wenn man die Sache nur oberflächlich betrachtet, so kann es scheinen, als ob das Handeln der Staatsmacht von der Meinung der Massen abhängig wäre. In gewisser Hinsicht, und vor allem in Zeiten der Ruhe ist das auch so, wenn die bürgerliche Klasse ihre Regierungsgeschäfte von Parteien führen läßt, die sich alle 4 Jahre den Massen zur Wahl stellen. Bevor sich nicht die Meinung der Volksmassen gegen die bürgerliche Herrschaft richtet, ist auch an keine grundlegende Veränderung der Verhältnisse zu denken. Wenn aber die bürgerliche Klasse und ihr Staat im Kampf um die Meinung der Massen Niederlagen erleidet, und der Drang der Volksmassen nach Umwälzung, Veränderung ihrer elenden Lage mächtig wird, dann tritt der Klassencharakter des Staates offen zu Tage. Dann treffen Polizeiknüppel die werktätigen Massen, dann werden die Gewehre gegen das Volk gerichtet. So war es in Griechenland, in Spanien, in der Türkei, so war es in Chile und so war es auch in Österreich in den Jahren 1919, 1934 und 1950.



SOLANGE DIE BOURGEOISIE ÜBER BEWAFFNETE FORMATIONEN ZUR VERTEIDIGUNG DES KAPITALISTISCHEN EIGENTUMS VERFÜGT, WIRD DAS PROLETARIAT DIE POLITISCHE MACHT MIT WAFFENGEWALT EROBERN MÜSSEN

Aus diesem Sachverhalt gibt es nur zwei Schlußfolgerungen. Entweder duckt man sich und löffelt geduldig den Brei aus, den einem die bürgerliche Klasse vorsetzt, oder man rechnet ganz bewußt mit diesen Eigenschaften der bürgerlichen Klasse und bereitet sich darauf vor. Wir Kommunisten sind ganz

Fortsetzung S 14

entschiedene Anhänger des zweiten Weges.

Die Arbeiterklasse muß die Ausbeiterordnung zerschlagen, weil ihre ganze Existenz unter dem Kapitalismus und der Herrschaft der bürgerlichen Klasse elend und entwürdigend ist. Sie kann es, weil sie den materiellen Reichtum der Gesellschaft produziert. Sie tut es



durch die Gewinnung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, denen sie erklärt, daß die soziale Revolution des Proletariats keine neue, abermals unterdrückte Klasse schafft, sondern die ganze Menschheit befreit.
Für die bürgerliche Klasse ist die Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur auf Österreich beschränkt. Es gehört zum Wesen des Kapitalismus in seinem letzten, dem imperialistischen Stadium, daß er auf der Jagd nach neuen Märkten, nach Ländern, wo man billige Arbeitskräfte beschäftigen kann, nach Extraprofiten, fremde Völker zu unterdrücken sucht. Diese Unterdrückung ruft in immer größeren Teilen der Welt den Widerstand der Völker hervor. Die Imperialisten sind immer bereit, in diesem Fall ihre Interessen mit der Gewalt der Militärstiefel durchzusetzen.
Im Verein mit anderen Bourgeoisien ist auch die österreichische Kapitalistenklasse an der Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker beteiligt. Daran ändert auch die sogenannte "Neutralitätspolitik" nichts.

Zu diesem doppelten Zweck - Unterdrückung nach innen und nach außen - braucht die bürgerliche Klasse Instrumente. Dazu braucht sie das Bundesheer, dazu braucht sie die Polizei und die Gendarmerie. Dieser Zweck ist den Interessen der Volksmassen total entgegengesetzt. Gleichzeitig muß die herrschende Klasse aber große Menschenmassen unter Waffen setzen und unter ihren Befehl und Gehorsam pressen. Diese Menschenmassen kommen aber aus dem werktätigen Volk und deshalb muß die bürgerliche Klasse ständig bemüht sein, einerseits den wahren Zweck dieser Institution zu verhüllen, und andererseits dafür zu sorgen, daß diese speziellen Formationen bewaffneter Menschen vom Volk getrennt gehalten werden, keinerlei feste Verbindung zum Lebensbereich der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen aufweisen, damit sie als eine außerhalb und über der Gesellschaft stehende Macht erscheinen.

Das ist der wahre Grund für die entwürdigenden Schleifereien, dem geforderten bedingungslosen Gehorsam gegenüber den Offizieren, der besonderen politischen Entrechtung der Soldaten. Das ist auch der Grund dafür, daß die Soldaten in Kasernen gehalten werden, oft in wenig bewohnten Gegenden, daß die Soldaten aus ihrem Berufsleben und ihren Familien herausgerissen werden.
Gegen die Zustände im Bundesheer, wie sie jetzt bekannt geworden sind und breit verurteilt werden, hilft keine Heeresreform, keine "Demokratisierung"! Daß junge Soldaten wie Kurt Wandl bis zur Selbstvernichtung Befehle ausführen, das hat seinen Sinn - aber nicht für die breiten Volksmassen, sondern für die herrschende Klasse und ihren Staat.

Die bürgerliche Klasse braucht das Militär, um das Volk zu unterdrücken, und sie wird es auch gegen die Volksmassen einsetzen, solange sie die Gewehre kommandiert.
Das Volk unter Führung der Arbeiterklasse muß um das Kommando der Gewehre kämpfen.

Die bürgerliche Klasse muß, um herrschen zu können, die Waffen vom Volk trennen.

+ Die Arbeiterklasse dagegen muß fordern, daß die Waffen in die Hände des Volks gelegt werden. Jeder Mann und jede Frau muß das Recht haben, sich im Waffengebrauch zu üben.

+ Daher fordern wir Kommunisten die Abschaffung des stehenden Heeres, der Polizei und der Gendarmerie und deren Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung! die Soldaten im Bundesheer müssen das Recht haben, im Heer ihre Interessen vertreten zu können und sich politisch zu betätigen.

+ Deshalb fordern wie die Wahl der Offiziere.
Die Volksmiliz soll keine vom Volk getrennte Institution sein, deshalb fordern wir,

+ daß die Arbeiter und Angestellten für die Zeit, die sie in der Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.

W.K.

Leserbrief zum Bundesheer

Ihr habt in der letzten Zeit öfters etwas über die gesundheitsschädliche Versorgung der Bevölkerung im Kapitalismus gebracht. Ich will euch dazu einiges aus meinen eigenen Erfahrungen beim Bundesheer schreiben, weil es hier nämlich noch viel ärger ist als draussen.
Bei uns wird grundsätzlich jeder, der sich zum Arzt meldet, erst einmal als Drückeberger behandelt. Untersucht wird man praktisch überhaupt nicht, dafür gibt es Standartheilmittel: drei Tage Innendienst. Und das ohne Ausgang. Jeder kann sich vorstellen, was das bedeutet, wenn jemand, der z.B. Husten hat, keinen Hustensaft kriegt, aber dafür jeden Tag um 17h im Bett sein muß. Da geht man lieber gleich gar nicht zum Arzt. So gibt es zwei Arten von Kranken: einige wenige, die den Arzt benützen, um sich wirklich von den Übungen etc. zu drükken und solche, bei denen es sich eben nicht mehr vermeiden hat lassen, die halt schon so krank sind, um ohne Behandlung durchzukommen.

Die kriegen dann z.B. bei Unfällen (Zerrungen, Prellungen usw.) drei Tage "Turnschuhe", d.h. sie müssen keinen normalen Dienst machen, weil sie keine Schuhe tragen dürfen. Das sind die sogenannten Innendienstler, die dann für alle möglichen Arbeiten verwendet werden: z.B. Kästen schleppen, Gang aufwaschen, Botengänge aller Art, Zimmer von Unteroffizieren reinigen usw. Wie sie dabei gesund werden, ist ihre Sache. Wir diskutieren oft darüber, wie man das ändern könnte, aber so richtig können wir uns das derzeit nicht vorstellen. Eines ist uns klar: die Paralelle zu den normalen Behandlungen von kranken Arbeitern ist kaum zu übersehen; wer heute zum Chefarzt geht, der wird genauso behandelt, wie ein Soldat, der zum Truppenarzt muß. Nur ist das Ganze bei uns viel klarer und offener als später im Beruf. Was können wir eigentlich als Soldaten gegen diese untragbaren Zustände unternehmen?

K.H. Wehrmann

Polizei im Dienste der Geschäftsleute



Auch gegen diesen Straßenmaler gab es eine "Amtshandlung"

Vierzehn Tage nachdem Wiens SP-Bonzen, Bürgermeister Gratz an der Spitze, die Fußgängerzone honorig durchschritten hatten und sie damit "offiziell" eröffneten, gab es die erste Amtshandlung. Ein gitarrespielender Student wurde von zwei Polizeibeamten festgenommen, weil sein musikalischer Auftritt den Behörden nicht gemeldet war und daher von diesen auch nicht genehmigt werden konnte - was aber das Wiener Veranstaltungsgesetz vorschreibt. Die beiden eifrigen Polizisten hatten allerdings nicht mit der Wiener Bevölkerung gerechnet: rund 300 Personen nahmen lautstark gegen dieses Eingreifen der Polizei Stellung und verhinderten die Abfahrt eines Funkstreifenwagens. Erst über Funk herbeigerufene Verstärkung mit Stahlhelm und Gummiknüppel konnte den Weg frei machen und das ansehnliche Polizeiaufgebot zog sich unter Protest - und Schmährufen der Wiener Bevölkerung zurück. Bürgermeister Gratz stellte dazu fest, daß "eine Belebung der Fußgängerzone sehr wünschenswert" sei, "aber es soll kein Rummel - und Lagerplatz werden, so daß es bei der Bevölkerung darüber Ärger gibt". Den einzigen Ärger bei der Bevölkerung verursachte das Eingreifen der Polizei und keineswegs die Musik des Gitarrespielers. Hinter diesem Eingreifen stehen auch sehr konkrete Interessen - die der Geschäftsleute der Kärtnerstraße, die ihren eigenen Veranstaltungsplan, insbesondere Werbeveranstaltungen gefährdet sehen, wenn sich das Volk seine Unterhaltung selbst bestimmt.

Polizeiapparat wird ausgebaut

In Österreich nimmt die Bereitschaft des Volkes, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren, immer mehr zu. In dieser Situation beginnt die Bourgeoisie, auch gewarnt durch die sich immer breiter entfaltenden Volkskämpfe in Europa, ihren Unterdrückungsapparat auszubauen und zu verbessern. Neben der Bundesheerreform ist der Ausbau der übrigen Exekutive besonders im letzten Jahr zügig vorangetrieben worden. Um den wahren Charakter dieser Maßnahmen zu verschleiern, wird von der bürgerlichen Presse vor allem eine steigende Terroristenhetze betrieben.



Polizeipräsident Reidinger mustert junge Polizeibeamte aus. Viele dieser jungen Polizisten werden, teils in persönlichen Werbeaktionen in niederösterreichischen Dörfern angeheuert, wobei die herrschende Klasse Widersprüche zwischen Bauern und Arbeitern in ihrem Interesse ausnützen will. Diese Polizisten erhalten eine spezielle Ausbildung. Hauptpunkt: "Die natürlichen Widerstände gegen das Töten ausmerzen"

Nach dem Anschlag der faschistischen Organisation "Schwarze Ordnung" Anfang August auf den "Italicus"-Express ging auch durch Österreichs Blätterwald eine neue "Terrorwelle". Im "Montfort"-Express brach am Salzburger Hauptbahnhof ein Brand aus. Laut Salzburger Polizei und Feuerwehr ist eine Flasche Reinigungsmittel, vermutlich durch eine weggeworfene Zigarette in Brand geraten, von Explosion konnte keine Rede sein. Das ganze wurde in den Zeitungen zu einer "hochexplosiven Flüssigkeit" und einer "Detonation" hochstilisiert und in ganz Österreich eine Jagd nach dem sagenhaften Justizguerilla inszeniert. Härteres Durchgreifen gegenüber Terroristen wurde verlangt. Verteidigung der Demokratie gegen faschistische Elemente von rechts und links (!). Weiters würde man sich daran gewöhnen müssen, in Zukunft mehr Polizei zu sehen. Dies habe nichts mit Polizeistaat zu tun, nein, beileibe nicht, es gehe lediglich um die Sicherung unserer Freiheit gegen den Terror.

Der Polizeiapparat wird kräftig ausgebaut:

- o Mit ausdrücklicher Berufung auf den "Kampf gegen den Terrorismus" bildet die Exekutive Scharfschützen und Nahkämpfer aus, die nicht verheiratet sein dürfen und eine spezielle psychologische Schulung erhalten, "um natürlichen Widerstand zu beseitigen, im Ernstfall auf einen Menschen zu schießen" (Kurier).
- o Der Plan des Innenministeriums, Polizei und Gendarmerie zu einer einheitlichen Formation zusammenzufassen und so schlagkräftiger zu machen, scheiterte vorerst am Widerstand von ÖVP-Kreisen. Dem Kapitalistenblatt "Presse" erscheint die damit verbundene sogenannte Entmilitarisierung der Gendarmerie gerade angesichts der Volkskämpfe in der BRD, und der Gefahr, so etwas könne auch hier passieren, höchst bedenklich.

Auch in Wien geht der Ausbau weiter:

- o Durch die Beseitigung des sogenannten Dreierradels können die vorhandenen Beamten verstärkt eingesetzt werden.
- o Neue Werbemethoden führten zu einer umfangreichen Aufstockung des Personalstandes.
- o Der Einsatz von Politessen in Verkehrsangelegenheiten und der neuerdings mögliche Einsatz von normalen Wachebeamten in kleineren Kriminalfällen entlastet die qualifizierten Spezialisten.
- o Die Einrichtung einer Polizeikadettenschule gibt die Möglichkeit, bereits 15-Jährige auszubilden und sie so besser zu einer Polizeipersönlichkeit zu formen.
- o Die Wiener Polizei beschäftigt derzeit nach Schätzungen 8000 Spitzel.
- o Die Polizei wurde mit kugelsicheren Westen und MPs ausgerüstet.
- o Alle Wiener Wachzimmer sollen in Zukunft mit dem Kleinfunkgerät FUG 10 ausgerüstet werden, das bereits erprobt wird.
- o Die Polizei verfügt über ein unabhängiges Telefonnetz, das auch durch einen Poststreik nicht beeinträchtigt werden kann. Damit das Telefonieren schneller geht, hat keine Nummer mehr als vier Ziffern.
- o Das neue Polizeipräsidium bekommt eine Funkleitzentrale, die sich an modernsten westdeutschen Vorbildern orientiert.
- o Ferner gibt es dort bomben- und strahlungssichere Bunker, vermutlich, um vor dem "Justizguerilla" geschützt zu sein.
- o In letzter Zeit wurde die Einführung berittener Polizei erwogen. Zwar versicherte der Polizeipräsident, daß sie nie in geschlossener Formation gegen Demonstranten eingesetzt würde, doch könne er sich sehr wohl vorstellen, daß sie "Demonstrationen am Rande begleiten" könne.
- o Seit ca. eineinhalb Jahren gibt es einen Verein "Freunde und Förderer der Wiener Polizei". Der Gedanke entsprang der privaten Freundschaft zwischen Polizeipräsident Reidinger und dem aus Südamerika nach Österreich zurückgekehrten Privatier Fritz Karl Bacher. Dieser Verein fördert geeigneten Nachwuchs, verteilt Auszeichnungen und finanzielle Unterstützungen für außerordentliche Verdienste um die öffentliche Sicherheit. Außerdem will er den zwischenamtlichen Verkehr verbessern. Der Verein gilt als strikt „unpolitisch", daß zu seinen ersten Mitgliedern der Gewerkschaftsbund, die Bundeswirtschaftskammer und die Erzdiözese Wien gehörten, ist typisch.

All das dient keineswegs zum Schutze der Bevölkerung vor Kriminalität:

- o Während die Aufklärungsquoten für Eigentumsdelikte bei einem Fünftel der angezeigten Fälle liegen, während ein hoher Polizeioffizier angesichts von 8 Raubüberfällen in einer Woche nichts anderes zu sagen hatte, als "Am besten wäre, die Leut' würden nach 20h nicht mehr auf die Straße gehen", hat z.B. Reidinger andere Sorgen: zu seinen ersten Tätigkeiten gehörte, durch ein spezielles Fernschreiben die Polizei auf das mögliche Beschreiben von Straßenschildern mit Vietnam-Solidaritätsparolen aufmerksam zu machen, weil solches einige Tage zuvor in Berlin (!) vorgekommen war. Zur selben Zeit allerdings ließ die Gendarmerie in Kärnten, als es um die Demontierung von zweisprachigen Ortstafeln durch Faschisten ging, derart löbliche Aufmerksamkeit vermissen.
- o Reidingers Abneigung gegen die Solidarität mit Vietnam braucht weiters nicht zu verwundern. Hat er doch vor seiner neuen Würde bei der Staatspolizei gearbeitet, wo er nebenbei auch noch 1968 eine Konferenz von SPÖ-Eisenbahngewerkschaftern durch Mikrofone in den Luftschächten abhören ließ. Er ist also für die kommenden Aufgaben durchaus prädestiniert.
- o In Wien existiert für den Fall "innerer Unruhen" ein Alarmplan der Polizei. Ein Krisenstab, bestehend aus Vertretern von Gemeinde, Polizei, Feuerwehr, Bundesheer und Kraftfahrerorganisationen wurde eingerichtet.
- o Das alles genügt der österreichischen Bourgeoisie aber noch lange nicht. So forderte z.B. die "Presse" am 3. August die Schaffung spezieller schwarzer Listen, die "subversive und antidemokratische Elemente" erfassen sollen, um sie im Bedarfsfall zu verhaften.

Wer diese antidemokratischen und terroristischen Elemente sind, das spricht die Polizei in unserem Nachbarland, der BRD, noch offener aus: streikende Arbeiter, protestierende Mieter, kurzum alle, die der herrschenden Klasse ein Dorn im Auge sind.

G.G.

Zypern

Die Auseinandersetzungen gehen weiter

Die beiden Supermächte sind die wahren Kriegstreiber

Nach dem Scheitern der Genfer Zypernkonferenz und der Fortsetzung der militärischen Intervention der Türkei in Zypern ist heute die Insel geteilt und die Unabhängigkeit des zypriotischen Staates zerstört. Die Auseinandersetzung um Zypern ist damit nicht beendet, selbst wenn es jetzt zu einer Neuauflage der Verhandlungen kommen sollte und selbst wenn an deren Ende eine vertragliche Lösung über das Schicksal der Insel und des zypriotischen Volkes zustandekommen sollte. Eine wirkliche Lösung des "Zypernproblems" kann nur zustandekommen, wenn das zypriotische Volk seine Spaltung in Zyprioten griechischer Nationalität und türkischer Nationalität überwindet und gemeinsam für seine Unabhängigkeit kämpft. Sie kann nur zustandekommen, wenn die Türkei und Griechenland, die beiden Mutterländer der auf Zypern lebenden Nationalitäten, aufgehört haben, vom US-Imperialismus und anderen imperialistischen Staaten abhängig zu sein und wenn das Mittelmeer nicht mehr der Tummelplatz der Flotten der beiden imperialistischen Supermächte sein wird. Der Krieg um Zypern ist ein weiteres Beispiel dafür, wie schädlich der Imperialismus für die Völker ist und der Nationalismus im Dienst des Imperialismus.



"Türken raus aus Zypern"

DER US-IMPERIALISMUS HAT DEN STURZ DER REGIERUNG MAKARIOS GEPLANT, UM ZYPERN DURCH EINE HANDVOLL KÄUFLICHER ELEMENTE IN DIE HAND ZU BEKOMMEN.

Heute zweifeln nur noch eingefleischte Anhänger des US-Imperialismus und Leute, die die USA immer noch für den Hort von Frieden und Freiheit halten, daran, daß die USA die eigentlichen Drahtzieher des Putsches gegen Makarios gewesen sind. Die US-Regierung hat inzwischen selber zugegeben, daß sie von der Vorbereitung des Putsches schon lange Bescheid wußte. Wie sollte es auch anders gewesen sein, da die griechische Militärjunta nur die Kreatur der USA war? Die USA hatten die unabhängige Politik von Makarios, den Kissinger den Fidel Castro des Mittelmeers nannte, satt und sie wollten die Insel endlich fest in ihre Hand bekommen. Auch die heutige griechische Regierung hält den Putsch gegen Makarios für ein Machwerk der USA, vorbereitet und durchgeführt durch die Militärjunta und öffentlich vertreten durch Söldlinge der Junta. Aber die Rechnung der USA, mit Hilfe der Junta ein Regime zustandezubringen, das von der Unabhängigkeit Zyperns eine Zeitlang redete und das von vornherein im Auftrag des US-Imperialismus funktionierte, ging nicht auf. Warum? Erstens weil Sampson und seine Spießgesellen den Putsch verpfuscht haben und Makarios entkommen ließen, zweitens weil die Türkei ein Marionettenregime mit einem bekannten Türkenfresser an der Spitze nicht akzeptieren wollte, und drittens, weil die Militärjunta in Athen den daraus folgenden Verwicklungen in keiner Weise gewachsen war. Makarios ging ins Exil und entwickelte eine teilweise erfolgreiche Diplomatie, die Türkei nützte die weltweite Verurteilung des Putsches zu einer militärischen Intervention auf Zypern, und die Militärjunta in Athen stürzte bereits über die Generalmobilmachung. Das Ziel der USA, die Insel über den Putsch in die Hand zu bekommen, war fehlgeschlagen.

CYPERN

100 km

Rizokarpaso
Lapithos
Kyrenia
Famagusta
Lefka
Nikosia
Polis
Lamaca
Dhekelia
Paphos
Limassol
Akrotiri

Britische Stützpunkte
Von der Türkei besetztes Gebiet
Geplante türkische Kantone

DIE SOWJETUNION HAT AUF DIE TÜRKISCHE INTERVENTION GESETZT

Während die USA am liebsten sofort das Putschregime anerkannt hätten und davon nur durch den Kunstfehler der Putschisten - Makarios nicht ermorden zu können - abgehalten wurden, setzte die Sowjetunion auf Makarios und vor allem auf die Türkei, die ein Marionettenregime, das von den USA über die griechische Militärjunta gegängelt wurde, unmöglich dulden konnte. Die Sowjetunion ermutigte im Gegensatz zu Großbritanien, das durch die ganze Entwicklung unliebsam in seinen Träumen vonverflossenenimperialistischenGlanzzeiten aufgeschreckt wurde, die militärische Intervention der Türkei in Zypern.

Die Türkei trat als Garantiemacht der verfassungsmäßigen Ordnung in Zypern auf, geriet in Gegensatz zu den USA, und die Sowjetunion versuchte, die Türkei von den USA abzuspalten und in Zypern über

durch die türkische Intervention ausgelöste internationale Verhandlungen ein Regime zustandezubringen, auf das sie Einfluß hatte. Das konnte entweder das Regime eines mit Hilfe der Sowjetunion wiedereingesetzten Makarios sein oder ein anderes Regime, für das die Sowjetunion neben anderen Staaten die Garantie übernahm und das sie gemeinsam mit der Türkei gegen die Sampson-Clique aufgebaut hätte. *(Darum hat die SU schließlich auch den Vorschlag gemacht eine Zypernkonferenz abzuhalten, auf der alle 14 im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten die Garantie über Zypern übernehmen sollen.-RED)* Um den Erfolg der türkischen Intervention zu sichern, verzögerte die Sowjetunion mit allen Mitteln eine frühzeitige Sitzung des Sicherheitsrates und eine Aufforderung zum Waffenstillstand durch den Sicherheitsrat, bevor sich die türkische Armee in Zypern einigermaßen festgesetzt hatte.



Bombardiertes Krankenhaus in Nikosia

PFERDEWECHSEL: MIT ANDEREN MITTELN FÜR DIE ALTEN ZIELE

Der Putsch in Zypern, sein Scheitern und die türkische Intervention trieben die griechische Militärjunta in die Enge. Im Volk verhaßt und ohne Rückhalt, von nationalen Offizieren für die hoffnungslose und würdelose Lage Griechenlands verantwortlich gemacht und bedroht, für die USA durch ihre Pfuscherei nutzlos geworden und in der Weltöffentlichkeit vollständig isoliert, konnte sich die Militärjunta nicht mehr halten. Noch bevor der Rücktritt der Junta bekannt wurde und Karamanlis nach Griechenland zurückgerufen worden war, teilte Kissinger mit, daß in Griechenland ein Machtwechsel unmittelbar bevorstünde. Das zeigt: auch hier hatte der US-Imperialismus seine Finger im Spiel. Die USA mußte die Offiziersmarionetten abtreten lassen, denn sie hatten versagt. Durch den Rücktritt der Junta, die mit der Losung "Rückkehr zur Demokratie" verbunden war, änderte sich die Lage in Griechenland. Das Volk hat zwar beileibe nicht die Macht, aber es hat die Möglichkeit, sich zu äußern. Sofort zeigt sich: das griechische Volk ist in seiner Mehrheit für die Rückkehr von Makarios nach Zypern, es ist gegen die NATO und gegen die USA, die es für die Militärdiktatur der vergangenen Jahre und für die jetzige Lage verantwortlich macht. Die neue Regierung läßt Anti-NATO-Demonstrationen durch Polizei zerschlagen. Mit der Losung "Rückkehr zur Demokratie" an die Macht gekommen, kann sie sich dennoch der Meinung der Massen nicht vollständig entziehen. Sie setzt sich für die Unabhängigkeit Zyperns ein und geht mit diesem Ziel in die Genfer Verhandlungen.

Die Türkei, zur Intervention in ihrer Eigenschaft als Garantiemacht der verfassungsmäßigen Ordnung in Zypern angetreten, läßt schnell diese Maske fallen. Sie vertritt ihr altes Ziel: Teilung der Insel in nur leicht verschleierter Form: die Insel soll geographisch geteilt werden in zwei autonome Gebiete, die gemeinsam einen unabhängigen Bundesstaat bilden sollen. Das türkische Gebiet soll 34 % des Gesamtgebiets umfassen, obwohl der türkische Bevölkerungsanteil nur 18 % beträgt. Der türkische Plan bedeutet die vollständige Veränderung der bisherigen Struktur der Insel. 1 120 000 griechische Zyprioten sollen aus ihren alten Wohngebieten vertrieben werden. Der Plan läuft auf die vollständige Spaltung der Bevölkerung hinaus. Von Unabhängigkeit der Insel könnte bei seiner Verwirklichung nicht die Rede sein.

In dieser Situation wechseln die USA das Pferd: Sie stellen sich auf die Seite der Türkei und unterstützen ihren Plan. Da er auf die Vernichtung der Unabhängigkeit der Insel hinausläuft, paßt er den USA gut ins Konzept. Über die Türkei können sich die USA den maßgeblichen Einfluß auf die Insel sichern. Die ganze diplomatische Tätigkeit Kissingers während der Genfer Verhandlungen besteht in nichts anderem als darin, Druck auf die Regierung Karamanlis auszuüben, damit sie dem türkischen Plan zustimmt. Dazu kann sich die Regierung Karamanlis nicht bereitfinden und sie findet dabei die Unterstützung der britischen Regierung, die bei Verwirklichung dieses Plans fürchtet, aus der Insel abgedrängt und durch die USA verdrängt zu werden. Als Kissinger mit seinen telefonischen Pressionen nicht durchkommt, brechen die Türken die Verhandlunden ab und beginnen aufs Neue zu marschieren und den ganzen Nordteil der Insel zu besetzen. Diesmal marschieren sie eindeutig mit Unterstützung der USA und auf deren Wink.

Das geben die USA natürlich nicht offen zu, es liegt aber auf der Hand. So schreibt z.B. die englische Zeitung "The Guardian": "Je mehr sie sich an die Brust schlagen, um so weniger glaubt man ihnen. Es gibt Anzeichen dafür, daß Kissinger zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Anwesenheit von starken türkischen Truppen auf Zypern sowohl im Interesse der USA als auch im Interesse der NATO das Beste ist."(16.8.1974)

Während die USA zuerst auf den Putsch setzten und jetzt auf die türkische Intervention setzen, hat die Sowjetunion zuerst auf die türkische Intervention gesetzt und versucht jetzt, über Griechenland ins Spiel zu kommen. Die Sowjetunion soll Griechenland ihre Unterstützung zugesagt haben, falls es zu einem Krieg zwischen Griechenland und der Türkei komme. Dies ist zwar durch die griechische Regierung dementiert worden, offensichtlich ist jedoch, daß die Sowjetunion genauso wie die USA, das Pferd zu wechseln versucht. Während die USA die Unabhängigkeit der Insel mit wechselnden Methoden zu zerstören versuchen und dabei notwendig die Widersprüche zwischen Griechenland und der Türkei verschärfen, versucht die Sowjetunion, diese Widersprüche auszunutzen, um ebenfalls ins Geschäft zu kommen.

Da die USA jetzt auf die Türkei setzen, setzt die Sowjetunion auf Griechenland.

DER US-IMPERIALISMUS HAT DURCH SEINEN ANSCHLAG AUF DIE UNABHÄNGIGKEIT ZYPERNS EINE ENTWICKLUNG IN GANG GEBRACHT, DIE ER NICHT MEHR VOLL IN DER HAND HAT

Auf die eindeutige Unterstützung der Türkei durch die USA hat Griechenland mit dem Rückzug seiner Truppen aus der NATO geantwortet und mit der Drohung, die militärischen Stützpunkte der USA in Griechenland zu kündigen. Von Seiten der griechischen Regierung ist dies zunächst nicht mehr als ein diplomatisches Manöver, um ihre Interessen gegenüber den USA und innerhalb der NATO zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig ist die

Gespräch mit einem österreichischen UNO-Soldaten

Vor einiger Zeit traf ich im Zug von WIen nach Linz einen österreichischen UNO-Soldaten, der in Zypern stationiert ist. Er befand sich gerade auf Urlaub und war ziemlich angesoffen was er sich dort unten angewöhnt hatte, wie er mir sagte. Ich fragte ihn, wie es ihm denn da unten so gefalle. Er war sehr begeistert von dem "Job", denn da tut sich was. Unter anderem erzählte er mir auch, daß die UNO-Soldaten auf Zypern von amerikanischen Offizieren in speziellen Nahkampfmethoden geschult werden, aber das sei streng geheim. Als ich ihn fragte, wie denn das mit der neutralen Rolle der UNO auf Zypern übereinstimmt, bekam er einen Lachanfall. Ich glaube, er hat mich für sehr naiv gehalten. Was haben aber die UNO-Truppen dort für einen Sinn, wenn sie sie für die Interessen der Großmächte ausgenützt werden. Und das müssen wir als Steuerzahler bezahlen!?

B.P.

Regierung in dieser Situation gezwungen, an die patriotischen Unabhängigkeitsbestrebungen des griechischen Volkes zu appelieren. Das griechische Volk will jedoch nicht einfach ein diplomatisches Manöver, sondern will endlich Schluß machen mit der Abhängigkeit von den USA und der NATO, die es zurecht für die Herrschaft der Militärdiktatur verantwortlich macht und die Griechenland auch weiterhin als Spielball ihrer Interessen behandeln wollen. Die Entscheidung der Regierung, sich militärisch aus der NATO zurückzuziehen, ist deshalb vom griechischen Volk nicht nur begrüßt worden, sondern das griechische Volk hat in großen Demonstrationen gegen die USA, den CIA und die NATO klargemacht, daß es mit der Selbstständigkeit Griechenlands wirklich ernst machen will.

Da die Zeiten vorbei sind, wo die USA in solchen Situationen einfach direkt intervenieren konnte, hat der Beschluß der Regierung Karamanlis eine Entwicklung eingeleitet, in deren Verlauf der Einfluß und die Machtpositionen der USA in Griechenland erschüttert werden und in der die Bewegung im Volk gegen die USA und die NATO von der Regierung Karamanlis nicht mehr vollständig kontrolliert werden kann.

REDEN ERST DIE VÖLKER SELBER, WERDEN SIE SCHNELL EINIG SEIN

Der Imprialismus spaltet die Völker und versucht, sie gegeneinander aufzuhetzen. Wo immer die imperialistischen Mächte eine Möglichkeit sehen zu spalten, da tun sie das, um besser herrschen zu können. Sie machen aus dem Nationalismus ein Instrument ihrer imperialistischen Politik und treiben die Nationalitäten gegeneinander, um die Völker zu schwächen und ihre eigene Herrschaft zu erhalten und auszudehnen. Die internationale Arbeiterbewegung hat dies schon immer klar erkannt. Unter der Führung des internationalen Proletariats können sich die Völker zusammenschließen und sich vom Joch des Imperialismus befreien. Nur wenn sich die Völker aus solchen Entwicklungen wie gegenwärtig im östlichen Mittelmeer lernen und sich gegen den Imperialismus zusammenschließen, können sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Appelle an die imperialistischen Mächte, den Frieden zu sichern, sind offensichtlich sinnlos, denn diese Mächte sind gerade die Kriegstreiber. Das mußte auch ein Makarios erfahren, der als bürgerlicher Politiker noch voller Illusionen über die Rolle des Imperialismus ist. So appelierte er zunächst: "Jetzt ist es Zeit für die Großmächte, kollektiv oder einzeln, und aller friedliebenden Länder, zu intervenieren und Zypern zu Hilfe zu kommen und es vor der barbarischen türkischen Intervention zu retten." (The Times 15.8.74) Einen Tag später mußte er feststellen: "Die Ereignisse in Zypern beweisen, daß kleine Länder sich nicht auf solche Mächte verlassen können, die öffentlich behaupten, Friedenstifter und Hüter des internationalen Friedens zu sein."

(The Guardian, 16.8.74)

Der Frieden kann durch die Völker nur im Kampf gegen den Imperialismus errungen werden und nicht unter Führung und mit Hilfe der Imperialisten.

Die Forderungen, unter denen dieser Kampf organisiert werden kann, sind:
Vollständige Unabhängigkeit für das zypriotische Volk!
Auflösung aller fremden Militärstützpunkte im Mittelmeerraum!
Abzug aller fremden Truppen aus dem Mittelmeerraum und Abzug aller fremden Flotten aus dem Mittelmeer!
Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse!

Aus einem Artikel des Genossen Joscha Schmierer im Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland vom 17.8.74

Revisionistische Machenschaften

Unter dem Titel "Fernöstliche Spruchweisheiten" veröffentlichte die Volksstimme vom 6.8. folgende Glosse:

Nach dreiwöchigem Schweigen nahm am Montag die chinesische Führung zur Zypernkrise Stellung. Wie "Neues China" berichtete, sei der Militärputsch auf Zypern das direkte Resultat der verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Revisionismus.- Wie allerdings die Sowjetunion die Athener Junta zu einem Militärputsch auf der Mittelmeerinsel überreden konnte, ist noch unklar. Geklärt sind bisher lediglich die Quellen dieser weltpolitischen Einschätzung der chinesischen Führung: "Unter der Führung der Partei kann - solange es Menschen gibt - jedes Wunder Auf Erden vollbracht werden" (Mao)

Hier handelt es sich wieder einmal um ein revisionistisches Meisterstück an Verdrehung und plumper Polemik, die nichts mit "Weisheit", dafür aber umso mehr mit all dem zu tun hat, was in unserem Sprachgebrauch allgemein als "Chuzbe" bezeichnet wird. Daß sich die Revisionisten nicht einmal die Mühe geben, die Stellungnahme der KP China zum Putsch in Zypern korrekt wiederzugeben, ist nicht verwunderlich. Ihre wirkliche Politik aber entlarven sie dadurch, daß sie die tatsächlichen imperialistischen Machenschaften der Sozialimperialisten in Zypern zu verschleiern versuchen. Während die VR China in allen Stellungnahmen zur Zypernfrage, getreu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, jegliche militärische Intervention in Zypern ebenso wie jede ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes verurteilt, haben die SU-Imperialisten zwar den Putsch der griechischen Junta auf Zypern nicht gern gesehen, waren jedoch mit der türkischen Invasion auf der Insel sehr einverstanden. Sie fordern daher auch nicht den Abzug sämtlicher fremder Truppen vom zypriotischen Territorium und das Selbstbestimmungsrecht der Zyprioten, sondern wenden sich nur gegen die Einmischung durch die andere Supermacht, um ihren eigenen Einfluß zu sichern. Offensichtlich haben die Revisionisten selbst kein Vertrauen in die KPdSU und ihre revisionistischen "Bruderparteien". Denn das ironisch zitierte Zitat Mao Tse Tungs faßt eigentlich nur eine Wahrheit zusammen, deren Richtigkeit die werktätigen Massen in den sozialistischen Ländern Tag für Tag erkennen: Unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und gestützt auf die eigenen Kräfte können die Volksmassen tatsächlich die gesellschaftlichen und technischen Probleme lösen, die Menschen überhaupt zu lösen imstande sind. Die Ironie der "K"PÖ-Revisionisten zeigt eigentlich nur, daß sie kein Vertrauen in die Fähigkeiten der revolutionären Massen haben, daß sie sich nicht auf die Massen stützen wollen.
Gerade dieses mangelnde Vertrauen in die Massen zeigt deutlich den revisionistischen Charakter der "K"PdSU wie auch der "K"PÖ. Dahinter steckt die Angst, die die Revisionisten vor den revolutionären Volksmassen haben. Und für diese Angst haben die Revisionisten in Moskau und ihre Fürsprecher in Österreich auch allen Grund. *K.W.*

Nixon zurückgetreten ~ aber die Verbrechen der US-Imperialisten gehen weiter

Am 8. August kündigte der amerikanische Präsident Nixon seinen Rücktritt an. Am folgenden Tag verließ er sein Amt, und Gerald Ford wurde zum neuen Präsidenten der USA. Nixon trat zurück als endgültig feststand, daß er mit einer Amtsenthebung durch den Senat rechnen mußte. "In den kommenden Monaten weiterzukämpfen, würde die Zeit sowohl des Präsidenten als auch des Kongresses fast völlig in Anspruch nehmen - zu einer Zeit, in der unsere gesamte Aufmerksamkeit auf die großen Aufgaben des Friedens im Ausland und des Wohlstands ohne Inflation zu Hause gerichtet sein sollte", erklärte Nixon anläßlich seines Rücktritts. Hinter diesen Floskeln verbergen sich die tatsächlichen Ursachen für die schwere politische Krise in den USA, die schließlich zum Sturz des Präsidenten führte.

"Die großen Aufgaben des Friedens im Ausland" - das ist nichts weiter als der immer erbitterter werdende Kampf der beiden Supermächte um die Vorherrschaft auf der Welt und der Kampf der Imperialisten gegn die Völker der Dritten Welt.
"Wohlstand ohne Inflation zu Hause" schaffen zu müssen zeigt die schweren Erschütterungen der kapitalistischen Wirtschaft in den USA an. Immer mehr haben die Kämpfe und die Siege der unterdrückten Völker in den letzten Jahren die US-Imperialisten in die Enge getrieben. Als die arabischen Staaten im vergangenen Winter erstmals die Rohstoffquellen ihrer Länder als Waffen gegen die Imperialisten einsetzten, wurde dadurch eine schwere wirtschaftliche Krise auch und vor allem in den USA ausgelöst. Die "Energiekrise" ist zwar längst beendet, aber weil diese Krise nur ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus war, setzen sich auch die wirtschaftlichen Erschütterungen in den wichtigsten imperialistischen Ländern fort. Die USA sind mit Inflationsraten von über 12 % konfrontiert, und ständig wird in ganzen Industriezweigen Kurzarbeit angemeldet, Großbetriebe wer-

den geschlossen.

Während sich auf diese Art die Widersprüche in den USA immer mehr verschärften, spitzten sich auch die Kämpfe innerhalb der herrschenden Klasse immer mehr zu. Die amerikanische Großbourgeoisie griff zu immer härteren Mitteln in ihren politischen Auseinandersetzungen. Die Watergate-Affäre und schließlich die Erhebung der Anklage und die Drohung mit der Amtsenthebung gegen den Präsidenten bringen das deutlich zum Ausdruck.

Angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen, die die US-Imperialisten ständig gegen die Völker der Dritten Welt und auch gegen das amerikanische Volk verüben, muten die Vorwürfe gegen Nixon fast harmlos an. Er habe sein Amt mißbraucht, um die gerichtliche Untersuchung gegen das "Komitee für die Wiederwahl des Präsidenten" das den Einbruch ins Hauptquartier von Nixons Gegenkandidaten McGovern verübt hatte, zu behindern und zu verzögern. Er habe in mehreren Fällen die verfassungsmäßigen Rechte von Bürgern verletzt. Er habe vom Repräsentantenhaus geforderte Dokumente nicht ausgeliefert. In all dem habe Nixon in einer Art gehandelt, die dem Auftrag des Präsidenten widersprach und die verfassungsmäßige Regierungsform untergrub, zum Schaden der Sache von Recht und Gesetz, und zum öffentlichen Schaden des Volkes der Vereinigten Staaten. So hieß es in der verabschiedeten Anklageschrift gegen Nixon.



Gerade in einer Zeit, in der sich die Widersprüche innerhalb der USA und im internationalen Maßstab immer mehr verschärften, konnte die amerikanische Bourgeoisie keinen Präsidenten mehr dulden, der offensichtlich die Gesetze der eigenen Klasse verletzte. Nixon mußte gehen, um die politische Krise nicht noch weiter zu verschärfen. Der Abtritt Nixons sollte unter Beweis stellen, was sein Nachfolger Ford in seiner Antrittsrede sagte: "Unsere Verfassung funktioniert; unsere große Republik ist eine Regierung von Gesetzen und nicht von Menschen. Hier herrscht das Volk." Und das war es auch, was die bürgerliche Presse bei uns hochjubelte: der "Selbstreinigungsprozeß der amerikanischen Demokratie" wurde stürmisch gefeiert.

Aber in Wahrheit funktioniert in den USA die Verfassung die den Monopolen Ausbeutung und Unterdrückung garantiert, und dasselbe gilt für die "Regierung von Gesetzen". Nicht das Volk, sondern eine Handvoll Imperialisten herrscht in den USA. Die amerikanische Bourgeoisie hat ihre Reihen gesäubert, um ihre Herrschaft über das amerikanische Volk und die Völker der Dritten Welt aufrecherhalten zu können. Ausbeutung und Unterdrükkung und der Kampf um die Vorherrschaft im Weltmaßstab gehen weiter.

H.W.

Gymnasium Unterberggasse

Direktor will fortschrittliche Schüler hinauswerfen

Gegen Ende des vergangenen Schuljahres hat sich die Direktion des Gymnasiums in der Unterberggasse (20. Bezirk) darangemacht, drei Schüler aus der Schule hinauszuwerfen. Weil die Betroffenen die Zeitung "Revolutionäres Afrika", die die Unterstützung des gerechten Befreiungskampfes der Völker in den portugiesischen Kolonien propagiert, unter den Mitschülern verkauft hatten, stellte der Direktor der Schule, Hofrat Klimpt, die Eltern vor die Alternative: die Schüler verlassen die Schule freiwillig oder sie werden durch die Disziplinarkonferenz ausgeschlossen. In diesem Fall drohte er dafür zu sorgen, daß die Schüler an keinem anderen Gymnasium aufgenommen werden.
Als die Eltern dazu nicht sofort bereit waren, kündigte der Direktor für den nächsten Schultag eine Disziplinarkonferenz an. Angesichts der spontanen Solidarität, die den Schülern aus allen Teilen des Volkes und nicht zuletzt von vielen ihrer Mitschüler entgegengebracht wurde, sah sich die Schulleitung gezwungen, die Konferenz an den Beginn des neuen Schuljahres zu verlegen. In der Zwischenzeit ist ein Mädchen aus der Schule genommen worden. Es wird im Herbst eine andere Mittelschule besuchen. Den beiden Buben (4. Klasse) droht nach wie vor der Ausschluß.

DIE SCHULBEHÖRDE STEHT HINTER KLIMPT

Der Stadtschulrat für Wien hat das bisherige Vorgehen des Direktors aktiv unterstützt. Kein Wunder, ist es doch die Aufgabe der Schulverwaltung, dafür zu sorgen, daß zur Führung der Betriebe und der Geschäfte des bürgerlichen Staates willige Funktionäre der Kapitalisten herangebildet werden. Deshalb werden die Mittelschüler besonders lange mit den volksfeindlichen Gedanken der herrschenden Klasse vollgestopft, zu Duckmäusertum erzogen und von der arbeitenden Jugend isoliert Sie werden ermuntert, sich als Elite zu fühlen, um später nach dem Prinzip handeln zu können: nach oben buckeln und nach unten treten. Deshalb werden auch alle Versuche der Schüler, diese Ausbildung in Frage zu stellen, und die politische Unterdrückung abzuschütteln, rücksichtslos bekämpft. Dennoch kommt es immer wieder zu politischen Bewegungen der Mittelschüler gegen den Staat als Erzieher.

DIE ARBEITENDEN MENSCHEN MÜSSEN IN DIESEN KONFLIKT EINGREIFEN

Viele Arbeiter stehen diesen Bewegungen sehr skeptisch gegenüber. Ein Kollege sagte sogar: "Was gehen mich diese Rotzbuben an?" Sicherlich haben die Arbeiter kein Interesse daran, es den Mittelschülern möglichst bequem zu machen, damit diese um so bessere Kapitalistenbüttel werden. Aber das heißt nicht, daß sie sich um diese Probleme nicht zu kümmern brauchen. Neben der Elitebildung wird der Großteil der Kinder in den Pflichtschulen äußerst mangelhaft ausgebildet. Das Volk kann kein Interesse an einer Schule haben, die der übergroßen Mehrheit eine ausreichende Ausbildung vorenthält. Das Volk braucht eine Schule in der alle Kinder eine umfassende einheitliche Ausbildung erhalten, die es ihnen möglich macht, später in alle Staatangelegenheiten einzugreifen. Diese Schule muß den Kindern eine allgemeine und polytechnische, das heißt die Hauptzweige der Produktion umfassende Bildung vermitteln. Die Arbeiterklasse muß auch an den Schulen der Herrschaft der Kapitalisten entgegentreten und für eine solche Ausbildung den Kampf an den Erziehungsfront beginnen. Solange der bürgerliche Staat die Schulen beherrscht, kann es keine Ausbildung im Dienste des Volkes geben.

Das Volk hat ein Interesse daran, daß die Jugend nicht beschwatzt und mit volksfeindlichen Ideen vergiftet wird. Es hat ein Interesse daran, daß die Kinder frei ihre Meinung in der Schule äußern können und nicht zu Egoismus und Unterschleif erzogen werden. Das Volk hat ein Interesse daran, daß es auch an den Eliteschulen Lehrer und Schüler gibt, die den volksfeindlichen Inhalten entgegentreten, offen für die Interesssn der Massen Partei ergreifen und ihre Kollegen für ihre Ideen zu gewinnen trachten.

Das Volk hat kein Interesse an Leuten, die die arbeitenden Menschen verachten und diese liederliche Gesinnung an die Kinder weitergeben wollen. Deshalb muß es Sache des Volkes werden, Lehrer zu wählen und schädliche Lehrer (wie Klimpt) abzuberufen.
Deshalb ist es auch richtig und notwendig, daß überall die arbeitenden Menschen demokratische Bewegungen der lernenden Jugend unterstützen und den Absichten der Schulbürokratie, die Kinder wegen ihrer politischen Betätigung hinauszuwerfen, entgegenzutreten. Sie müssen in diesen Auseinandersetzungen trachten, diesen Jugendlichen klarzumachen, daß die einzige konsequente Lösung ihrer Probleme die Zerschlagung des bürgerlichen Schulwesens und die Errichtung eins einheitlichen Volksbildungswesens für alle ist. Die Arbeiter müssen den Schülern sagen, daß im Sozialismus, wie ein Kollege bemerkte, die "Ausbildung von siebengescheiten Eiern" abgeschafft wird.

Der Unterstützung fortschrittlicher Schüler wird in Zukunft wachsende Bedeutung zukommen. Das neue Schulunterrichtsgesetz gibt den Schulleitern die Möglichkeit, jede politische Tätigkeit eines Schülers, die ihm nicht paßt, als "Abhalten anderer Schüler vom Lernen" auszulegen und den Betreffenden mit gesetzlicher Rückendeckung rauszuwerfen.
Die Unterstützung der drei Schüler in der Unterberggasse knapp vor Schulschluß hat den Ausschluß nur aufgeschoben. Die Schulbürokratie war bemüht, abzuwarten, bis sich die Wogen der Empörung (begünstigt durch die Ferien) wieder glätten, um dann leichter den Rauswurf durchsetzen zu könne. Es ist daher notwendig, daß sich möglichst viele Menschen aktiv für das Verbleiben der Betroffenen

Fortsetzung S 20 unten

Leserbrief zum § 144

Als ich mit 17 Jahren, dank einer falschen Diagnose des Arztes (er behauptete, daß ich keine Kinder bekommen kann) schwanger wurde, blieb mir kein anderer Ausweg als die Abtreibung. Eine Hebamme erklärte sich für S 2.000,- bereit, einen Einlauf zu riskieren. Ein Einlauf, das ist eine Injektion mit Seifenlauge. Sie wird mittels einer langen Nadel in die Gebärmutter gespritzt. So viel ich sehen konnte, hatte sie die Nadel nicht einmal desinfiziert. Sie sagte, daß es im nächsten Monat abgehen werde. Ich war damals im 3. Monat. Nach ca. 4 Wochen bekam ich heftige Schmerzen und verlor auch sehr viel Blut. Nach 2 Wochen, als ich die Schmerzen nicht mehr aushielt, ging ich zum Arzt. Er überwies mich sofort ins Krankenhaus. Die Schwestern und Ärzte behandelten mich wie den letzten Dreck. Mit Tabletten und Injektionen versuchten sie das Kind zu halten. Aber für mich war das alles nur reine Schikane. Denn es war unmöglich, und das mußten die Ärzte wissen - 1. ein normales, 2. ein gesundes und 3. überhaupt ein Kind zur Welt zu bringen. Um nicht meine Gesundheit, ja sogar mein Leben auf Spiel zu setzen, hätten die Ärzte das Kind sofort operativ entfernen müssen. Nach 3 Wochen Quälerei entschlossen sie sich, mir keine Tabletten und Injektionen mehr zu geben. Sie warteten eine Fehlgeburt ab, d.h. ich wurde unerträglichen Scherzen ausgeliefert, außerdem wäre ich um ein Haar krepiert und zwar an Sepsis. Das Embryo war schon seit einiger Zeit abgestorben. Im letzten Augenblick, als das Fieber bis auf 40 Grad gestiegen war und ich vor lauter Schmerzen das Bewußtsein verlor, wurde ich operiert.

R.R.

...Unterbergschule

Martin L. und Paul Z. an der Schule, die Absage der Disziplinarkonferenz und die Einstellung aller weiteren Repressalien wegen der politischen Betätigung einsetzen. Nur die Solidarität kann erreichen, daß der Direktor von seinem Vorhaben Abstand nehmen muß.

ABSAGE DER GEPLANTEN DISZIPLINARKONFERENZ GEGEN DIE SCHÜLER MARTIN L. UND PAUL Z. AM BRG XX !

UNEINGESCHRÄNKTES RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG !

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF !

F.P.

Weg mit dem § 144!

Für Mitte Oktober planen katholische Kreise um die "Aktion Leben" ein sogenanntes Einleitungsverfahren zu einem Volksbegehren. Ihr Ziel ist, die im Parlament beschlossene Fristenlösung, nach der die Abtreibung in den ersten drei Monaten straffrei sein soll, zu bekämpfen. Vor allem in den ländlichen Gebieten, wo der Einfluß der Kirche noch größer ist, wettern sie in der kirchlichen Presse und von den Kanzeln herunter gegen den "Mord am wehrlosen Wesen" und zwingen die ländliche Bevölkerung zur Unterschrift für die Aufrechterhaltung eines der widerlichsten Unterdrückungsparagraphen, der jährlich dreißigtausend bis siebzigtausend Frauen in Österreich zur illegalen Abtreibung zwingt. Gegen die unmenschlichen Verhältnisse, die die Menschen zur Abtreibung zwingen, gedenkt die Kirche aber weiterhin nichts zu unternehmen.

Vom § 144 betroffen sind vor allem die breiten Massen des Volkes. Die Reichen mit Geld und Beziehungen können es sich richten. Für eine Arbeiterfamilie aber z.B. wird es schwer sein, in kurzer Zeit 5-10.000.- Schilling aufzutreiben, um einen Arzt oder eine Reise ins Ausland zu bezahlen. In vielen Fällen sind solche Frauen dann Pfuschern ausgeliefert, die es zwar billiger, aber unsachgemäß machen. Solche Abtreibungen gehen manchmal tödlich aus, oft bleibt der Frau ein dauernder Schaden. Seit es diesen Paragraphen gibt, hat er Not, Verzweiflung und sogar Gefängnis gebracht. Jährlich werden von österreichischen Gerichten 100 bis 200 Frauen verurteilt, und es sind wieder ausschließlich Frauen aus dem Volk.

DIE SCHEINHEILIGEN ARGUMENTE DER KIRCHE SIND LEICHT ZU DURCHSCHAUEN!

Wenn die Kirchenfürsten für die Aufrechterhaltung dieses Paragraphen eintreten, geht es ihnen weniger um den "Schutz des werdenden Lebens" sondern darum, das Volk weiterhin in seiner Entscheidungsfreiheit, wieviel Kinder es will und haben kann, einzuschränken. Der staatliche Einfluß soll in allen Angelegenheiten des Volkes gewährleistet werden. Auch wenn die Kirche so tut, als sei sie für die armen Leute, hat sie immer die Bourgeoisie unterstützt in deren Bestreben, das Volk unmündig zu halten und zu verhindern, daß es seine Interessen selber in die Hand nimmt. Sie predigt dem Volk Opfer und Verzicht, damit es die Herrschenden leichter haben mit der Ausbeutung. Sie verspricht für alles eine Entschädigung im Himmel (die Armen werden reich sein...), damit sich das Volk nicht schon auf der Erde holt, was ihm zusteht.

Ihre ganze Heuchelei kommt darin zum Ausdruck, daß sie die Frauen, die abtreiben, verteufelt und sie zu Mörderinnen stempelt, aber daß sie sich nicht darum kümmert, was aus den Kindern wird. Sie kümmert sich sehr viel um das "werdende Leben", tut aber nichts, um solche Verhältnisse zu schaffen, die es den Frauen und Familien ermöglichen, Kinder auch aufzuziehen.

WARUM WIRD ABGETRIEBEN ?

Nicht etwa aus Spaß, oder weil die Menschen die Abtreibung für etwas Gutes ansehen. Nicht weil sie etwas gegen Kinder haben, oder keine wollen. Die Frauen treiben ab, weil sie nicht wissen, wo sie ihr Kind während der Arbeitszeit unterbringen sollen, mit welchem Geld und wie sie es aufziehen sollen. Ein Ehepaar kann kein weiteres Kind bekommen, weil es dazu eine größere Wohnung braucht, aber kein Geld dafür hat. Deshalb treiben viele Frauen ab.

Wenn aber der Staat nicht in der Lage ist, jeder Frau und jeder Familie die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre Kinder aufziehen können, dann geht ihn auch die Abtreibung nichts an. Ob und wieviel Kinder sich eine Familie anschaffen will und kann, sollen die Betroffenen selbst bestimmen.

Deshalb treten die Kommunisten für ein ersatzloses Streichen des § 144 ein, weil sie gegen jede Einmischung und Bevormundung des Staates in die Angelegenheiten des Volkes sind und weil das Volk seine Angelegenheiten am besten selber regeln kann. Und da es die Verhältnisse sind die die Menschen zwingen, abzutreiben, muß der Kampf für die Veränderung der Verhältnisse geführt werden. Um-

"Wie der letzte Dreck behandelt"

Als ich die Regel nicht bekam, habe ich zuerst gedacht: die übliche Verzögerung. Erst nach fast vier Wochen raffte ich mich endlich auf und ging zum Arzt. Der stellte eindeutig Schwangerschaft fest. Für mich war es klar, daß ich das Kind abtreiben mußte.

Zuerst schaute ich mich in Wien nach einem Arzt um. Ich erfuhr, daß die meisten Ärzte zwischen 8 und 10.000.- Schilling verlangen. Eine solche Summe konnte ich niemals aufbringen.

Ein Bekannter gab mir schließlich die Namen zweier Ärzte, die es billiger machen. Doch wie's der Teufel will, war der eine im Urlaub, und der andere war schon am Telefon so unfreundlich und grantig, daß ich mich beim besten Willen nicht mehr traute, hinzugehen. Inzwischen waren wieder zwei Wochen vergangen. Mein Freund und ich beschlossen, nach Jugoslawien zu fahren. Ich wollte übers Wochenende fahren, um am Montag wieder im Büro zu sein, damit sie nichts merken.

Samstag früh kamen wir in Zagreb an und fuhren sofort ins Krankenhaus. Im "Ausländerwarteraum" wartete ich zuerst fünf Stunden. Wollte man etwas fragen, dann hieß es "nichts verstehen". Das Personal behandelte uns wie den letzten Hund.

Gegen ein Uhr kam die Schwester und kassierte von jedem 3000.-Schilling. Wer das Geld nicht in Devisen hatte, wurde nicht drangenommen.

Schließlich, nach sieben Stunden Wartezeit, kam ich dran. Schon völlig hysterisch. Man ließ mich auf einen Stuhl setzen, der noch ganz blutig von der Vorhergehenden war. Alles war grauslich. Ich bekam mit, daß es irgendwelche Komplikationen mit mir gab. Aber ich konnte fragen, was ich wollte, ich bekam keine Antwort. Sie gaben mir nicht einmal eine örtliche Betäubung, und die Schmerzen waren furchtbar. Ich habe diesen Schock lange nicht überwunden.

Fast bewußtlos vor Schmerz ließ man mich dann noch 1o Minuten auf dem Stuhl liegen, bis man mich endlich ins Zimmer brachte. Obwohl es mir am nächsten Morgen noch sehr schlecht ging, warf man mich förmlich hinaus.

Wie fuhren wieder nach Wien und zu Hause bekam ich dann wieder schreckliche Schmerzen. Der Arzt stellte eine schwere Darminfektion fest und ich mußte noch eine Woche im Bett liegen bleiben.

Als ich am darauffolgenden Montag ohne Krankmeldung ins Büro kam, bekam ich vom Chef die schlimmsten Vorwürfe zu hören. Es war schon eine andere da, die meine Arbeit machte. Zwei Wochen später hat er mich gekündigt, weil ich zu oft krank war.

Guinea-Bissau



Vor einem Jahr wurde die Republik Guinea-Bissau ausgerufen,was im ganzen Land stürmisch gefeiert wurde (Bild). Heute ist auch die Spinola-Regierung in Portugal gezwungen, die Tatsache anzuerkennen, daß sich das Volk von Guinea-Bissau aus eigenen Kräften vom portugiesischen Kolonialismus befreit hat. In einem Abkommen, das am 27.8. zwischen Vertretern der Republik Guinea-Bissau und Portugal in Algier unterzeichnet wurde, wurde die Unabhängigkeit des Landes festgelegt. Noch im September werden die beiden Staaten diplomatische Beziehungen aufnehmen. Auch Österreich sah sich gezwungen, die Republik Guinea-Bissau nunmehr diplomatisch anzuerkennen.In den nächsten Tagen wird die unabhängige Republik auch Vollmitglied der UNO werden.

---

fassend werden die Verhältnisse erst im Sozialismus verbessert, wenn die Arbeiterklasse die Macht in der Hand hat, aber heute schon können Verbesserungen erreicht werden, wie z.B. an allen Arbeitsstätten kostenlose Kindergärten und Kinderkrippen und die Möglichkeit zur Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit.

ÄNDERT DIE FRISTENLÖSUNG ETWAS AN DER STAATLICHEN KONTROLLE UND BEVORMUNDUNG ?

Die Empörung im Volk und die Bewegung gegen den § 144 versuchte die SPÖ in einer Reform abzufangen - die sogenannte Fristenlösung,die Anfang 1975 in Kraft treten soll. Diese Regelung hebt die staatliche Einmischung nicht auf, sondern hält an der grundsätzlichen Strafbarkeit bei Abtreibung fest.(§ 96 des neuen Strafgesetezes) Eine Ausnahme besteht in den ersten drei Monate und Fällen, wo Gefahr für Mutter und Kind besteht.

Die Fristenlösung verpflichtet weiters zur vorhergehenden ärztlichen Beratung, wobei kein Arzt verpflichtet wird, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen (laut § 97) . Die Ärztekammer hat auch schon eindeutig reagiert: die Vollversammlung der Ärztekammerpräsidenten beschloß einstimmig, Eingriffe wie bisher nur dann durchzuführen, wenn eine medizinische Indikation,etwa Lebensgefahr der Mutter, vorliegt.

Die Frauen werden durch die Fristenlösung weiterhin der Willkür der geldgierigen Ärzte ausgeliefert. Und wenn sie innerhalb von drei Monaten noch keinen Arzt gefunden haben, sind sie wieder der Bestrafung ausgesetzt. Genausowenig wie Staat und Kirche beim Abtreibungsverbot das Leben schützen wollen,wollen es die Ärzte. Ihre moralische Entrüstung (der hippokratische Eid verbietet die Tötung "auch keimenden Lebens", " das ist glatter Mord") ist fehl am Platz, denn sie können nicht leugnen, daß sie Riesensummen durch die illegalen Abtreibungen kassiert haben. Nicht über den "Mord" sind sie moralisch entrüstet, sondern weil ihre Geldquellen gefährdet sind. Ärztepräsident Piatny hat die Abtreibung auf Krankenschein eine Provokation genannt. Es ist also kaum zu hoffen, daß die Fristenlösung dem Wucher der Ärzte einen Riegel vorschieben wird.

Aber solange die Abtreibung nicht auf Krankenschein geht und solange das Volk nicht das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung hat, kann man nicht von einer Verbesserung der Verhältnisse reden. Darum gilt es, den Kampf für die ersatzlose Abschaffung des § 144 zu führen.

E.R.

Reisebericht eines westdeutschen Genossen

Die Taten der portugiesischen Regierung

Zeitungsverbot in Portugal

Am 30. Juli fand auf einem der größten Plätze der Innenstadt Lissabons, dem Rossio, eine von ca. 6000 Menschen besuchte antikolonialistische Kundgebung der MRPP (Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats) statt. Ein Soldat der portugiesischen Streitkräfte hielt eine Rede, in der er die portugiesischen Kolonialkriege anprangerte. Er forderte vollständige Unabhängigkeit für die Völker der Kolonien und den sofortigen Abzug aller Truppen.. Seine Kameraden in den portugiesischen Kolonien rief er auf, zu desertieren.

Daraufhin wurden am nächsten Tag vier Zeitungen, die darüber berichtet hatten, darunter die "Luta Popular"(Zeitung der MRPP), verboten. Drei Mitglieder und Redakteure der "Luta Popular" wurden verhaftet.

Von der portugiesischen Regierung wurde eine "rigorose Bestrafung (...) angekündigt gegen Fälle von konkreter ideologischer Aggression gegen Geist und das Programm der "Bewegung der Streitkräfte" sowie gegen Verletzungen der staatsbürgerlichen Freiheiten und der Demokratie". Die Warnung richtete sich gegen"Elemente, die in extrem-linken Gruppen organisiert sind, oder als Einzelgänger handeln." Als strafwürdig wird die Agitation durch das geschriebene Wort, in Sitzungen oder in öffentlichen Demonstrationen bezeichnet(Süddeutsche Zeitung v.6.8.)

Inzwischen wurde das Zeitungsverbot für die drei Regierungstreuen Zeitungen wieder aufgehoben. Für den 7.8. um 19.30 Uhr war von den vom Zeitungsverbot und den Verhaftungen betroffenenen kommunistischen Organisationen eine Protestkundgebung auf dem Rossio Platz angekündigt. An diesem Tag waren wir Augenzeugen folgender Ereignisse:

Schon am frühen Nachmittag waren auf dem Rossio viele Diskussionsgruppen anzutreffen, große Plakate waren aufgehängt, politische Broschüren und die verbotene Zeitung "Luta Popular" wurden verkauft.Immer mehr Menschen versammelten sich auf dem Platz. diskutierten oder hörten aufmerksam zu.

Kurz vor 18 Uhr lief auf einmal eine Horde 8-12 jähriger Jungen auf die Plakate zu und rissen systematisch eines nach dem anderen ab. Keine 10 Min. später rollten ca.12 Schützenpanzer des portugiesischen Militärs mit aufgepflanzten Maschinengewehren auf den Platz und kreisten ihn ein. Die versammelten Menschen wurden von einem großen Polizeiaufgebot vom Platz in Seitenstraßen abgedrängt. Die Polizeieinheiten riegelten den Platz hermetisch ab,wobei sie von schwer bewaffneter Militärpolizei und Sondereinheiten unterstützt wurden. Das Ganze dauerte nur wenige Minuten.

Das Militär wurde beim Aufmarsch von einem Teil der versammelten Menge mit Applaus begrüßt, die Masse der Menschen verhielt sich abwartend und ließ sich abdrängen. Vereinzelt wurden Rufe laut wie:"Das ist Faschismus" und "In Worten Freiheit, in Taten Faschismus".

Inzwischen standen tausende von Menschen in den Seitenstraßen zusammengedrängt. Viel heftiger als am Nachmittag wurden die Maßnahmen der Regierung diskutiert und immer wieder in Frage gestellt, ob sich die Lage nach dem Putsch verbessert habe. Diejenigen, die sich in den Diskussionen offen gegen das Militär und die Kolonialpolitik aussprachen, wurden systematisch von Greiftrupps der Militärpolizei aus den Diskussionsgruppen herausgeholt

und verhaftet. Unbewaffnete Uniformierte dienten dabei der Militärpolizei als Spitzel, die in den Diskussionen oppositionelle Meinungen herausfordetten. Dabei wurden regelrechte Menschenjagden über die Plätze und Straßen veranstaltet, da sich die gesamte Diskussionsgruppe beim Nahen der Polizei auflöste, wegrannte und andere Menschen mitriß. In ein bis zwei Stunden hatte die Militärpolizei auf diese Weise etwa 20 Menschen verhaftet. Doch dann änderte sich langsam das Bild. Die Menschentrauben wurden immer größer und dichter, so daß für die Polizei keine Möglichkeit mehr bestand, an den Kern der Diskutierenden heranzukommen. Die Greiftrupps blieben nun oft in dieser riesigen Menschenmenge stecken und mußten nach kurzer Zeit erfolglos abziehen. Bis in die Nacht hinein hielten die Armeekommandos den Rossio besetzt, denn die Menschenansammlungen in den Straßen und den umliegenden Plätzen hatten sich kaum verringert.

Kurz bevor wir an diesem Abend aus Lissabon abreisen mußten, trafen wir einen deutschsprachigen Portugiesen, der uns erklärte, daß die Armee noch überwiegend vom Volk als Garant der Demokratisierung nach dem Putsch gegen das faschistische Regime angesehen würde, daß sich aber heute Unmut gegen die Aktion des Militärs breitgemacht habe. Wenn sich derartige Maßnahmen häuften, würde sich dieser Unmut sehr bald gegen das Militär selbst wenden.

Noch in der selben Nacht lasen wir beim Verlassen Lissabons in der "Süddeutschen Zeitung" vom 6.8.74 eine Erklärung des Außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Bruno Friedrich, in der er sich vor der westdeutschen Öffentlichkeit dafür aussprach, "Portugal in der schwierigen Übergangsphase der Demokratie besondere Hilfe zu leisten". Friedrichs betonte: "Es sei jetzt besonders wichtig, daß dem portugiesischen Volk beim Aufbau demokratischen Parteien Hilfe angeboten werde" und gab weiter bekannt, "Die Regierung in Lissabon werde Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland einladen, in Portugal zu investieren".

Am 7. August konnten wir mit eigenen Augen sehen, daß das portugiesische Volk unter dieser Regierung und der sie stellenden "demokratischen Parteien" nicht einmal das demokratische Recht der Versammlungs-, Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheit genießt, sondern oppositionelle Meinungen gegen das Militär und seinen Einsatz in den Kolonien durch den portugiesischen Staat gewaltsam unterdrückt werden. Es wird immer deutlicher, daß die neue portugiesische Regierung nicht die umfassende Demokratie für das Volk fördert und unterstützt, sondern die Unterdrückung organisiert und darüberhinaus ausländischen Konzernen billige Arbeitskräfte zur Ausbeutung freihält.

i.A.J.Sch., Göttingen
(aus KVZ Nr.17)



Streikende portugiesische Werftarbeiter

2 Wochen später wurde in Lissabon eine erneute Demonstration für die Unabhängigkeit der Kolonien wiederum von der Regierung verboten. Als die Teilnehmer sich trotzdem sammelten, weil sie von dem Verbot nicht mehr in Kenntnis gesetzt werden konnten, wurde die Versammlung durch brutalen Einsatz von Polizei und Militär aufgelöst. Die Polizei schoß wild in die Menge. Ein Demonstrant wurde getötet, mehrere verletzt.

Red.

Spanien

Die Klassenkämpfe weiten sich aus

Enorme Preissteigerungen, bei Grundnahrungsmitteln bis zu 20 %, schlechte Arbeitsbedingungen, Anwachsen der Arbeitslosigkeit und brutale Unterdrückung durch das faschistische Franco-Regime kennzeichnen die Lage der spanischen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Sie stellt sich dem mit Streiks, Versammlungen und Demonstrationen entgegen. Obwohl alle diese Mittel illegal sind und die kämpfende Arbeiterklasse und das Volk Repressionen und Verfolgungen unterworfen ist, weitet sich der Kampf aus.

Die Arbeiter der Glashütte Elsa bei Barcelona streiken gegen die Einführung der Arbeit an 3 Sonntagen im Monat und für eine Lohnerhöhung von monatlich 4.000 Peseten (ca. 1.300,- Schilling) für alle. Der Kampf geht auch für die Wiedereinstellung eines Kollegen, der aufgrund der ersten Arbeitsniederlegungen gekündigt wurde. Die Arbeiter von Elsa gingen auf die Straße, erklärten, warum sie streiken und riefen zur Solidarität auf. Nach meheren Wochen Streik traten etwa 50 weitere Fabriken in den Solidaritätsstreik. Es gab Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Polizei.

Im Gebiet von Marco de Jerez sind etwa 10.000 Landarbeiter und Weinbauern in einen 25-tägigen Streik getreten. Die klassenbewußten und kampferfahrenen Landarbeiter führten einen konsequenten Kampf und rangen den Großgrundbesitzern eine Lohnerhöhung ab.

Über mehrere Wochen streikten die Arbeiter der British Leyland gehörenden Fabrik Authi in Pamplona. Wie schon im vergangenen Jahr beim Streik der Arbeiter von Motor Iberico unterstützen die Arbeiter der anderen Fabriken und das Volk von Pamplona aktiv den Kampf. Die Arbeiter setzten eine Erhöhung von ca. 1.000,- monatlich und die Wiedereinstellung aller während des Streiks entlassenen Kollegen durch.

In Madrid fordern 200.000 Metallarbeiter die Kündigung des bis Juli 1975 auf zwei Jahre ausgehandelten Tarifvertrages. Ihre Forderungen sind: 500 Peseten Mindesttageslohn, 30 Tage Urlaub, 40-Stunden-Woche, 100 %ige Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall, Lohnsteuer und Sozialversicherungbeiträge müssen von den Unternehmern bezahlt werden.

Sehr schnell verlassen die Lohnkämpfe und Streiks des Boden der wirtschaftlichen Kämpfe. Das faschistische Regime entsendet Polizei und Militär, um die Arbeiter aus den besetzten Fabriken zu vertreiben und die Demonstrationen zu zerstreuen. Rücksichtslos schießt sie in demonstrierende Arbeiter und Bauern. Die Massen wehren sich aber gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen und sie fordern die Freilassung ihrer verhafteten Kollegen, sie fordern das Streik- und Demonstrationsrecht.

Um sich über Wasser zu halten, nimmt die herrschende Klasse Kurs auf eine Weiterführung des Faschismus auch nach dem bald zu erwartenden Tod von Franco. Sie will mit allen Mitteln den Faschismus auch ohne Franco weiterführen. Dies soll unter dem Deckmantel der Monarchie mit dem "Hampelmann" Juan Carlos auf dem Thron durchgeführt werden. Wo die Propaganda nicht ausreicht, um Juan Carlos dem Volk schmackhaft zu machen, setzt die herrschende Klasse den brutalsten Terror ein. Doch die herrschende Klasse sieht sich einer immer stärkeren Volksbewegung gegenüber.

H.M.



Europäische Gemeinschaften

Die Bauern organisieren Protestaktionen

Die Unzufriedenheit der kleinen und mittleren Bauern verschiedener Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat in den letzten Wochen stark zugenommen. Anfang August demonstrierten 1500 Bauern aus Ostfriesland/BRD und den angrenzenden Niederlanden gegen die Agrarpolitik der EG. In München demonstrierten 30.000 Bauern gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lage. In Frankreich errichteten empörte Bauern Ende Juli innerhalb weniger Tage 60 Straßensperren und verkauften teilweise ihre Produkte direkt an die Verbraucher. In Holland blokkierten 70.000 Bauern in der Gegend von Groningen, einem Fremdenverkehrsgebiet, mit Traktoren und Maschinen die Straßen und zogen sich erst zurück, als die Polizei mit Panzern anrückte. Im Utrechter Stadion beteiligten sich 30.000 Bauern an einer Protestkundgebung, wobei der herbeigeeilte holländische Agrarminister höhnisch aufgefordert wurde, doch wieder in Urlaub zu fahren.

BRD: DIE BÄUERLICHEN KLEINBETRIEBE WERDEN VERNICHTET

In der Europäischen Gemeinschaft lagern derzeit insgesamt 140.000 Tonnen Rindfleisch in den Kühlhäusern, davon 60.000 in der BRD. Hohe Preise und Subventionen förderten die Produktion der Bauern, das sinkende Lohnniveau aber führte zu einer unfreiwilligen Einschränkung des Fleischkonsums. Die Folge davon sind Preiseinbrüche bei den Erzeugerpreisen für die Bauern wegen des großen Angebots, Aufkauf durch den Staat zu von der EG festgesetzten Niedrigstpreisen, aber weiterhin hohe Preise für die Verbraucher, denn die Handelsmonopole senken trotz billigerem Einkauf nicht die Preise. Die Lohnabhängigen können sich weniger Fleisch kaufen, zahlen aber zugleich den Fleischberg, den die BRD-Regierung nach den EG-Marktordnungen aufkaufen muß. Ähnlich verhält es sich bei Butter und bei Wein. Diese Krise verschärft die soziale Lage der Bauern. Der Prozeß der Verproletarisierung der Bauern vernichtet vor allem die bäuerlichen Kleinbetriebe und wird durch die EG-Politik bewußt gefördert. "Hilfen für die Landwirtschaft" werden mit solchen Bedingungen gegeben, die den Konzentrationsprozeß beschleunigen, die Großbauern und Landwirtschaftskapitalisten begünstigen. Die Großbauern, die Lohnarbeit ausbeuten, haben das Kapital, um Investitionen vorzunehmen, während die Kleinbauern nicht mehr die nötigen Betriebsmittel, wie Saatgut und Maschinen, kaufen können, deren Preise ständig steigen. So geraten die Kleinbauern in immer stärkeren Widerspruch zu den von den Großbauern beherrschten Bauernverbänden und zum bürgerlichen Staat, was sich nunmehr in den ständigen Protestaktionen auch sichtbar auszudrücken beginnt.

FRANKREICH: DIE BAUERN WENDEN SICH AN DAS VOLK

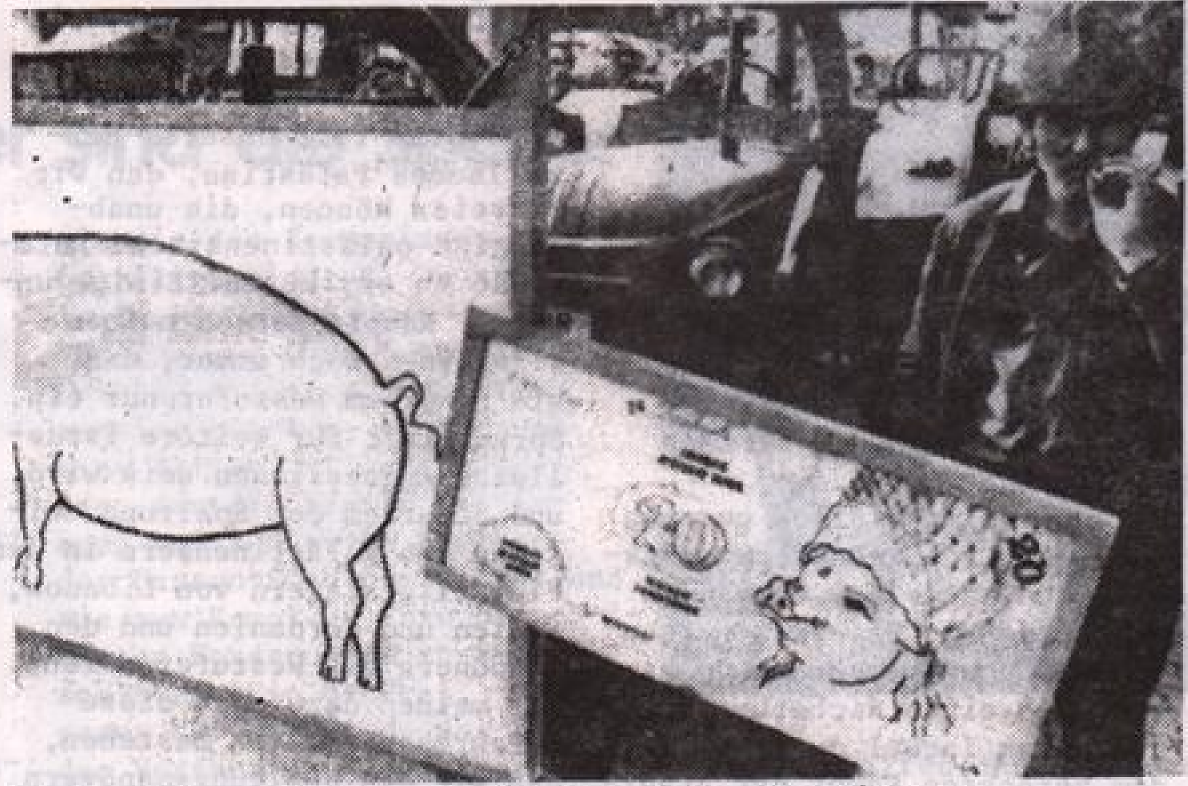
Besonders beunruhigt ist die bürgerliche Presse in Frankreich, weil sich die Bauern immer mehr vom bürgerlichen Staat abkehren. Im Departement l'Aisne warfen Bauern den Präfekten von Laon und die Unterpräfekten in Venins und St. Quentin um 3 Uhr nachts aus ihren Betten. Sie nannten diese Aktion "Operation Schlaflosigkeit für die Behörden". Um gegen die drückende Steuerlast zu protestieren, schütteten Bauern im Jura 5000 Liter Jauche vor das Bezirksfinanzamt. An mehreren Präfekturen wurden Schweinsköpfe auf die Eisengitter gesteckt und statt der Trikolore Kuhfladen gehißt.

Den französischen Bauern geht es aber keineswegs um engstirnige Racheaktionen. Sie suchten vielmehr nach Verbündeten und stellten deshalb ihre Probleme vor der Arbeiterklasse und dem Volk dar. Damit wollen sie auch verhindern, daß ein Keil zwischen die Erzeuger auf dem Land und die Verbraucher in den Städten getrieben wird. Denn die französischen Kapitalisten versuchen stets die Bauern für die Steigerung der Lebenshaltungskosten verantwortlich zu machen. Deshalb haben die Bauern Straßensperren errichtet und Flugblätter verteilt, in denen sie die Touristen über ihre Lage und die Ziele ihrer Protestaktionen aufklärten. Sie verkauften viele ihrer Produkte direkt und machten dadurch klar, daß nicht sie für die hohen Lebensmittelpreise verantwortlich sind. Das Volk hielt die Argumente der Bauern für berechtigt und begann damit zu sympathisieren. Das waren wichtige Schritte in Richtung Einheit des französischen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und ihren Staat.

HOLLAND: DIE BAUERN SIND NICHT VOM WETTER, SONDERN VON DER VOLKSFEINDLICHEN KABINETTSPOLITIK ABHÄNGIG

In Utrecht haben 30.000 Bauern klar erklärt, daß sie zur holländischen Regierung und zu den Führern der Bauernverbände keinerlei Vertrauen mehr haben. Während einer Protestversammlung im Utrechter Stadion wurden die Vertreter der Landwirtschaftsverbände ausgepfiffen und kamen kaum zu Wort. Das "Hilfsprogramm" der holländischen Regierung lehnen die Bauern ab. Den Landwirtschaftskapitalisten, die die Führung in den Bauernverbänden haben, ist die Kontrolle über die zehntausenden unzufriedenen Kleinbauern bereits entglitten, die holländische Regierung spricht teilweise offen von einem "unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der EG-Landwirtschaftspolitik". Die holländischen Klein- und Mittelbauern wollen ihre Protestversammlungen fortsetzen. Sie sagen, daß ihre Produktionsergebnisse "nicht vom Wetter abhängig sind, sondern von der holländischen Kabinettspolitik".

Zusammengestellt nach: "Kommunistische Volkszeitung" Nr.16 und 17 und "Die Presse"



Protestierende Bauern in der BRD: Pro Schwein verlieren die kleinen Bauern öS 140,-- (DM 20,--)

Bauerndemonstration in München

Schlägertruppe gegen die Agitation der Kommunisten

Einer Genossin war es gelungen, um sich ca. 30 bis 40 Bauern zu scharen, mit denen sie diskutierte, obwohl Ordner dauernd versuchten, sie zu stören, damit sich die Runde auflöste. Ich stand einige Meter entfernt und diskutierte ebenfalls mit einer kleineren Runde von Bauern über unser Flugblatt. Plötzlich sah ich, daß ein Ordner der Genossin ca. 30 Kommunistische Volkszeitungen aus der Tasche nahm, ohne daß sie es merkte. Triumphierend und unter lautem Gebrüll begann er sie zu zerreißen.

Er hatte schon fünf Stück zerrissen, als ich auf ihn losmarschierte. Er war darüber so verblüfft, daß ich ihm die KVZs mit einem Ruck entreissen konnte. Ich begann sofort über diese Schweinerei zu agitieren und im Nu hatte sich um uns ein Kreis gebildet, wo der Ordner sich der Rükkendeckung der Bauern anscheinend nicht mehr sicher war, denn er sagte nichts mehr.

Plötzlich wurde ich von hinten mit dem Ruf: "Haut's doch die Kommunisten-Sau zusammen!" gepackt. Der Provokateur, der von der politischen Polizei war, hatte allerdings keinen Erfolg damit, denn ich kannte ihn sogar beim Namen (er war ein ehemaliger "Kollege" von mir, denn ich war früher Stadtpolizist in München).

Als ich nämlich den Umstehenden sofort sagte, warum hier die politische Polizei zu provozieren versuche, nahmen viele der Bauern eine feindselige Haltung gegen die Spitzel ein und er mußte schleunigst Fersengeld geben.

Nach diesem Vorfall kamen mehrere Bauern zu mir und wollten das Flugblatt haben, das sie vorher mit dem Hinweis, sie seien keine Kommunisten, nicht genommen hatten. Ähnlich erging es anderen Genossen, daß, wenn sie von Schlägertrupps und Ordnern angegriffen wurden, Bauern zu ihnen kamen und sagten: "Denen (gemeint waren die Funktionäre des Bayrischen Bauernverbandes) ist's anscheinend net recht, daß wir eins nehmen, aber jetzt nimm ich erst recht eins!"

K.G., München



"Besuchen sie diese Stadt und urteilen sie selbst"

Das ist eine Aufschrift am Eingang Kuneitras, jener Stadt auf den Golanhöhen, die Ende Juni im Zuge der Truppenentflechtungen an Syrien zurückgegeben wurde. Von Stadt kann eigentlich keine Rede mehr sein, denn von den hunderten Häusern, die vor der israelischen Besetzung 1967 45.000 Menschen bewohnten, stehen heute noch ganze zehn. Alles andere wurde 3 Tage bevor Israel gezwungen war, seine Truppen zurückzuziehen, von den Zionisten mit Bulldozern und Dynamit niedergemäht. Abrasierte Häuser, aufgerissene Gräben - die Zionisten suchten Goldzähne und Eheringe -, zerstörte Kirchen und Moscheen, denn auch sie blieben von den "Verteidigern des Heiligen Landes"nicht verschont, das ist von der früher blühenden Hauptstadt der Golanhöhen übriggeblieben, nachdem sie durch die Hände Israels gegangen war. "Israel gibt vor, Anstrengungen für den Frieden zu machen, und zerstört eine ganze Stadt!" (Aufschrift auf einer noch stehenden Hauswand in Kuneitra) Als Begründung für die heimkehrenden Syrer hatten die Israelis netterweise in und um die Stadt herum tausende Minen "liegen gelassen", und es damit wieder geschafft, 11 Menschen ums Leben zu bringen. Auch 4 österreichische UNO-Soldaten gingen auf einer dieser "geräumten " Straßen in die Luft.

Wie gesagt, das alles geschah nach dem Truppenentflechtungsabkommen,unter dem wachsamen Auge der UNO-"Friedenstruppen", die keine andere Funktion haben, als einen Sicherheitsgürtel um Israel zu legen und dem gerechten Kampf der arabischen Völker den Weg zu verstellen. Bei den UNO-Truppen auf den Golanhöhen sind auch 400 österreichische Soldaten, die mit 12.000 öS monatlich auf ein Konto in Österreich,gekauft werden.

Auch wenn Israel versucht, mit derartigen Vergeltungschlägen nach seiner Niederlage im Oktoberkrieg vergangenen Jahres den Widerstand des syrischen und des palästinensischen Volkes zu brechen, werden die arabischen Völker in ihrem Kampf gegen Zionismus und Imperialismus nicht nachlassen. Erste Siege haben sie bereits errungen: "Durch das Blut unserer Jugend und die Opfer unseres Volkes befreien wir Keneitra!" (Aufschrift in Kuneitra). Und der Kampf wird weitergehen bis zum endgültigen Sieg,bis zur endgültigen Zerschlagung von Zionismus und Imperialismus im Nahen Osten!

A.G.

Gespräch mit 2 Mitgliedern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)

Frage: Was sind die gegenwärtigen Hauptaufgaben der palästinensischen Revolution und der PLO?

Das nächste Ziel, das wir erreichen müssen, ist die Errichtung eines unabhängigen und demokratischen Palästinenserstaates am Westufer des Jordan. Die PLO als einzig legitimer Vertreter des palästinenischen Volkes wird darin die Staatsgeschäfte übernehmen. Dieser Staat muß uns gleichzeitig als revolutionäres Hinterland dienen für die Befreiung des gesamten, heute von Israel besetzten Palästina. Im 10Punkte-Abkommen von Kairo, das alle Organisationen der PLO unterzeichnet haben, ist gerade dieser Punkt wichtig:Daß wir alle Mittel, einschließlich des bewaffneten Kampfes einsetzen werden, um auf jedem Teil unseres Heimatlandes Palästina, den wir befreien können, die unabhängige palästinensische Autorität zu errichten. Einige unserer Kampfgenossen meinen allerdings noch immer, daß ein Staat am Westufer nur ein Sprungbrett für weitere israelische Aggressionen sein wird, und außerdem der Spaltung zwischen den Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Libanon, Syrien und Jordanien und den Bewohnern des Westufers dient. Wir meinen dazu, daß diese Gefahren natürlich bestehen, daß wir den Spaltungsmanövern aber durch die umfassende Mobilisierung aller Palästinenser begegnen müssen. Und daß der Staat am Westufer kein Sprungbrett für die Zionisten wird, hängt von uns ab- von unserer Einheit und Stärke. Im Laufe unseres Widerstandskampfes sind 37 000 unserer Frauen und Männer getötet und verwundet worden, 17 000 sitzen in israelischen und jordanischen Gefängnissen, und 5 000 ließen bei Guerillaoperationen ihr Leben - und sie litten und leiden genau dafür, daß wir jeden Zoll unserer Heimat befreien und dort die demokratische palästinensische Herrschaft errichten.

Wie ist die Position der PLO zur Genfer Konferenz?

Wir werten es als einen großen politischen Sieg des palästinensischen Volkes, wenn die PLO als sein einziger legitimer Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen kann. Wir machen uns aber auch keine Illusionen darüber, daß wir dort etwa den Palästinenserstaat am Westufer aushandeln können. Freiwillig werden die USA, Israel und Jordanien das nicht zulassen. Im Gegenteil, Israel rüstet im Moment enorm auf und plant weitere Aggressionen gegen unser Volk, v.a. gegen die Lager im Südlibanon, um dort den Widerstand liquidieren zu können. Vor einigen Wochen z.B, wurden beim Angriff auf das Lager von Nabatya 90% der Häuser zerstört! Gleichzeitig vertreiben die Zionisten weiterhin palästinensische Bauern aus den Dörfern des Westufers und zionistische Siedler werden ermutigt, sich dort niederzulassen.

Wie sieht die PLO den Weg der Befreiung von ganz Palästina?

Das Hauptmittel dazu ist der bewaffnete Kampf, der Volksbefreiungskrieg. Die Grundlage dafür ist unsere feste Verankerung in allen Teilen des palästinensischen Volkes - Arbeiter, Bauern, Landlose Bauern, kleine Händler, kleine Geschäftsleute, Handwerker etc. Mit der Gründung der PNF (Arm der PLO, der am Westufer arbeitet, Anm.d.Red.) sind wir dabei einen großen Schritt vorwärts gekommen. Wir sind gegen Abenteueraktionen im Ausland - wie die Attentate in München, Athen und Rom, sie dienen nicht unserem Kampf, sondern sind letztlich Siege für die Zionisten. - Eine weitere wichtige Sache ist die Zusammenarbeit mit den werktätigen Juden in Israel. Wir kämpfen nicht gegen die Juden - sie sind unsere Brüder, und wir respektieren ihre Religion. Aber wir kämpfen gegen ihren Staat und gegen die Zionisten. Auch die werktätigen Juden werden vom israelischen Staat unterdrückt und wir müssen ihnen zeigen: Solange ihr euch dafür einsetzt, daß wir Palästinenser unterdrückt werden, könnt ihr selber nicht frei sein. Seit einiger Zeit unterstützen wir daher fortschrittliche Organisationen in Israel, wie die Rote Front und den Revolutionären Kommunistischen Bund. Diese Menschen wollen dasselbe wie wir:Die Zerschlagung des zionistischen und rassistischen Kolonialstaates Israel und die Errichtung eines unabhängigen und demo-

kratischen Palästina mit gleichen Rechten für Juden und Araber.
Wie beurteilt ihr die gegenwärtige Haltung der anderen arabischen Staaten?
Wir befinden uns in einer schwierigen Phase der palästinensischen Revolution.

Unser Kampf wird sehr lange dauern und immer wieder von Rückschlägen bedroht sein. Unser Hauptfeind ist Israel. Wir wissen aber, daß verschiedene arabische Regierungen bestrebt sind, die arabische Revolution abzuwürgen-allen voran Jordanien. Dagegen ist die Schaffung einer palästinensisch-jordanischen Einheitsfront notwendig. Das Hussein-Regime steht in einer Front mit dem US-Imperialismus und Israel. Aber auch die gemeinsame Erklärung von Hussein und Sadat (in er Hussein als der legitime Vertreter aller in Jordanien lebenden Palästinenser bezeichnet wird Anm.d.Red.) und die Bürgerkriegsvorbereitungen der Faschisten im Libanon sind Schläge gegen unser Volk und seine Revolution.

Wie beurteilt ihr die Haltung der werktätigen Menschen in Europa, z.B. in Österreich, gegenüber dem Kampf des palästinensischen Volkes?
Wir glauben, daß viele Menschen in Europa lange Jahre hindurch vom Zionismus beeinflußt waren. Die zionistische Propaganda hat die Verbrechen des Nationalsozialismus ausgeschlachtet - die wir entschieden verurteilen - um den Leuten einzureden, daß die Juden einen eigenen Staat brauchen. Die Errichtung dieses Staates wurde mit dem selben Terror durchgesetzt, den die Nazis gebrauchten, und brachte Tod, Heimatlosigkeit und Elend für uns, unsere Eltern und unsere Kinder.-
Heute hat sich die Situation etwas geändert. Durch unseren Kampf haben wir gezeigt, daß es uns gibt, daß wir leben. Wir hoffen, daß immer mehr Menschen in Europa erkennen, daß wir ein Recht auf unser Land haben, aus dem man uns vertrieben hat, und daß sie unseren Kampf unterstützen.

4.8.1974
A.G.

Die KPÖ-Führer sind die Spalter

Bei der Unterschriftensammlung gegen die Heizkostenerhöhung kam ich mit einem Pensionisten ins Gespräch, der Mitglied der KPÖ ist. Er verweigerte die Unterschrift und beschimpfte den KB als "Spalter", der sich "ins Vertrauen der Arbeiterschaft einschleichen" wolle. Besonders aufgebracht war er über die Tatsache, daß seine Frau bereits gegen die Heizkostenerhöhung und für die Rechenschaft des Gemeindeverantwortlichen vor den Mietern der Hanson-Siedlung unterschrieben hatte, "ohne zu wissen, wer diese Unterschriftensammlung organisiert hat". Auf die Frage, was an der Unterschriftenaktion und den dabei aufgestellten beiden Forderungen spalterisch sei, konnte er keine Antwort geben. Das ist verständlich, denn die breite Beteiligung der Mieter der Hanson-Siedlung an der Unterschriftenaktion zeigt ganz klar: hinter diesen Forderungen können alle Mieter sich zum Kampf gegen diesen neuen Anschlag auf ihre Lebenshaltung einheitlich zusammenschließen. Auf der Hand liegt aber auch, wer in Wahrheit gegen diese Herstellung der Kampfeinheit der Mieter handelt:die Parteizentrale der KPÖ, die schon aufgrund ihres Parteiprogrammes den Mitgliedern ihrer Partei die Teilnahme an allen Bewegungen verbietet, an denen die "Maoisten", wie sie die Kommunisten nennt, beteiligt sind. Diese spalterischen Beschlüsse der KPÖ-Führung sind auch die Ursache dafür, daß der Pensionist glaubte, sich gegen eine Aktion stellen zu müssen, die die breite Zustimmung von hunderten Mietern der Hanson-Siedlung findet und sie zum Kampf um ihre berechtigten Forderungen zusammenschließt. Ein anderes, jüngeres KPÖ-Mitglied, das bei der Versammlung vorbeikam, fühlte sich dementsprechend unwohl in seiner Haut: einerseits fand er die Aktion gut und richtig, andererseits wollte er gegen den Beschluß der Parteiführung nicht verstoßen, obwohl er ihn als falsch und schädlich erkannte.
So machen heute immer mehr Mitglieder der revisionistischen KPÖ die Erfahrung, wie die Politik ihrer Partei sie in Widerspruch zu den Interessen des Volkes bringt und sie zu Handlungen zwingt, die gegen ihren eigenen Wunsch gerichtet sind, den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu führen. Man muß diesen ehrlichen Genossen helfen, die richtigen Schlüsse aus diesen Erfahrungen zu ziehen, die nur im Bruch mit dieser verbürgerlichten Partei und im Kampf um den Aufbau einer neuen Partei der Arbeiterklasse bestehen können.

G.St.

....Chile

Tod, Folter, Verfolgung und Kerker brachte, der dem Volk jegliche Errungenschaften und Rechte nahm. Den Kapitalisten und Großgrundbesitzern ermöglichte die grausame Unterdrückung einen neuen Großangriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern: die Preise sind seit Anfang dieses Jahres um 173 % gestiegen,seit dem Putsch vor einem Jahr sogar um mehr als das fünfzehnfache. Gleichzeitig wurde in diesem Jahr ein fast völliger Lohnstopp durchgeführt. Hunderttausende wurden aus politischen Gründen oder wegen "Rationalisierungsmaßnahmen" arbeitslos. Versorgungsengpässe und Rationierungen sind auf der Tagesordnung.



Errungenschaften der Arbeiterklasse wie die Arbeitslosenversicherung und kostenlose medizinische Versorgung wurden zum größten Teil wieder beseitigt. Jeder Arbeiter und Angestellte wird durch ein Dekret der Junta zu 3 Stunden unbezahlter Zwangsarbeit pro Woche für den "Nationalen Wiederaufbau" gepreßt.
Die von der Junta unterdrückten Massen sind jedoch nicht bereit, sich diesem politischen und sozialen Joch zu beugen. Inzwischen sind in Chile im Untergrund Widerstandskomitees entstanden, die den Widerstand zu organisieren begonnen. Vereinzelte Streik- und Flugblattaktionen und Boykottmaßnahmnen in der Produktion sind die ersten Ansätze. Die chilenische Arbeiterklasse nimmt den Kampf um politische Freiheiten und gegen die völlige Verelendung auf, beginnt das Volk um sich zu scharen und Kräfte für einen neuen Ansturm auf die Bourgeois-Herrschaft zu sammeln.

Dieser Widerstand des chilenischen Volkes braucht Unterstützung. Zum Jahrestag des Putschs in Chile werden in zahlreichen Ländern der Welt am Samstag, den 14. September, Demonstrationen stattfinden: diese Demonstrationen bringen die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zum Ausdruck und tragen zur Isolierung der Militär junta bei. Sie erschweren außerdem der internationalen Bourgeoisie ihre schmutzigen Geschäfte mit der Militärjunta, die dem ausländischen Kapital mit ihrer Herrschaft günstige Investitionsbedingungen auf dem Rücken des chilenischen Volkes garantiert.

Deshalb fordert der Kommunistische Bund Wien alle fortschrittlichen Menschen auf, alles in ihrer Kraft stehende zum Zustandekommen einer breiten Aktionseinheit für eine gemeinsame Solidaritätsdemonstration am 14. September in Wien beizutragen. Ein gemeinsames Auftreten aller Kräfte, die das chilenische Volk gegen die Militärjunta unterstützen wollen, entspricht dem Wunsch aller fortschrittlichen Menschen und dem Interesse des chilenischen Volkes, deshalb ist es notwendig, in allen politischen, gewerkschaftlichen, kuturellen, religiösen und humanitären Organisationen dafür einzutreten, daß sich auch diese Organisationen am Zustandekommen einer gemeinsamen Demonstration am 14. September beteiligen.

Der Kommunistische Bund Wien tritt dafür ein, daß sich die Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse und dem chilenischen Volk auch auf

die Ziele ihres Kampfes erstreckt. Der blutige Sieg der Militärjunta hat den Kampf des chilenischen Volkes für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht und den Sieg des Sozialismus zurückgeworfen, aber keinesfalls beendet. Das chilenische Volk wird seine Ziele erreichen, wenn es die Lehren aus seiner Niederlage im letzten September zieht. Die Arbeiterklasse kann sich sozial nur befreien, wenn sie den bürgerlichen Staatsapparat zerbricht und ihre eigene politische Macht errichtet. Eine fortschrittliche Regierung kann diese revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse erleichtern, aber keineswegs ersetzen. Wenn sie sich der Arbeiterklasse hierbei in den Weg stellt, dann wird sie zu einem Hemmnis der Revolution.

Die Erfahrungen der chilenischen Arbeiterklasse sind von internationaler Bedeutung. Sie widerlegen eindeutig die Möglichkeit des sogenannten 'friedlichen Wegs' zum Sozialismus und zeigen, daß der Sieg über die Bourgeoisie nicht anders errungen werden kann als durch die Entfaltung der revolutionären Demokratie und Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates mit seiner Bürokratie, seiner Justiz und seiner Armee.

In der Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand des chilenischen Volkes gibt es viele Differenzen, auch über die Lehren aus seinem Kampf, trotzdem gibt es eine Einheit in wichtigen Fragen, die ein gemeinsames Auftreten möglich und im Interesse der Sache notwendig machen.

Diese Einheit in wichtigen Fragen läßt sich in folgende Losungen zusammenfassen, die die Grundlage für das gemeinsame Auftreten aller fortschrittlichen Kräfte in d. Woche vom 8.-14.9. bilden sollen:

FÜR DEN STURZ DER MILITÄRJUNTA!

GEGEN DIE EINMISCHUNG DES US-IMPERIALISMUS !

FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER CHILENISCHEN ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BAUERN !

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE !

FREIHEIT FÜR DEN CHILENISCHEN GEWERKSCHAFTSVERBAND CUT !

KEINE UNTERSTÜTZUNG DER JUNTA DURCH DIE BUNDESREGIERUNG !

UNEINGESCHRÄNKTE AUFNAHME ALLER FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH!

FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG FÜR ALLE CHILENISCHEN FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH !

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES CHILENISCHEN VOLKES GEGEN DIE JUNTA !

Auf der Grundlage dieser Losungen schlägt der Kommunistische Bund Wien die Durchführung einer gemeinsamen Demonstration im September vor, wobei es den Teilnehmern in allen anderen Punkten überlassen sein soll, ihre weitergehenden Auffassungen zu vertreten. In diesem Rahmen wird der Kommunistische Bund Wien über die gemeinsamen Losungen hinaus die Ziele des Kampfes der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes mit den Losungen zum Ausdruck bringen:

FÜR DIE ERRICHTUNG DER REVOLUTIONÄREN VOLKSMACHT IN CHILE !

FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS !

Angola / Mozambique

Was sind die Ursachen für die verstärkten Kämpfe?

Die bürgerlichen Zeitungen melden seit Wochen alle paar Tage: "Portugals Kolonien sind jetzt frei", "Portugal ist entkolonialisiert" usw. Damit wollen sie den arbeitenden Menschen Vertrauen in die neue Regierung in Lissabon einflößen, in der Sozialdemokraten und "Kommunisten" sitzen. Tatsache ist aber, daß in den Kolonien noch immer Truppen stehen, und die Kämpfe in den letzten Tagen in Angola und Mozambique neu ausgebrochen sind. Die reguläre portugiesische Kolonialarmee kann dabei allerdings nicht mehr voll eingesetzt werden: die einfachen portugiesischen Soldaten wollen sich nämlich nicht mehr den Schädel für ihre Herren einschlagen lassen, ganze Einheiten revoltieren gegen ihre Offiziere und verlangen den Rücktransport nach Portugal. Aber die portugiesischen Konzerne (und mit ihnen die aus USA, Südafrika und der BRD) und die portugiesischen Großgrundbesitzer, die enorme Interessen in Angola und Mozambique haben, stecken nicht so leicht auf. Sie stellen jetzt bewaffnete Söldnerbanden auf, die planmäßig Afrikaner ermorden nach dem Muster der "Todesschwadrone" in Brasilien.

So wollen sie Angst und Schrecken säen und den Boden bereiten für ein zweites Kongo, eine ausländische Intervention. Sie fürchten sich teuflisch davor, daß in diesen Ländern die afrikanischen Völker und ihre Befreiungsorganisationen endgültig an die Macht kommen, weil sie wissen, daß es dann mit ihrer Macht ein für alle Mal vorbei ist. Die FRELIMO in Mozambique und die MPLA und FNLA in Angola setzen ihren Befreiungskampf verstärkt fort, seit klar ist, was das Interesse der neuen Regierung in Portugal ist; formal hat sie zwar das Recht auf Unabhängigkeit zugestanden, aber alle ihre Vorschläge laufen auf eine Verlängerung der portugiesischen Herrschaft hinaus - "Wahlen unter portugiesischer Kontrolle, Entwaffnung der Befreiungsbewegungen, eine "Regierung" in Angola mit Beteiligung von feudalen Stammeshäuptlingen, usw., usw. Es ist klar, daß die unterdrückten Afrikaner auf sowas nicht einsteigen. Die großen Erfolge, die die Befreiungsbewegungen erzielen, zeigen aber auch immer mehr weißen Arbeitern, armen Bauern und Studenten in Angola und Mozambique, wer ihre Feinde sind: nicht die "Neger", sondern die weißen Ausbeuter wollen das Land in Leid und Elend stürzen!

So demonstrierten Mitte August in der Hauptstadt von Mozambique 25 000 Afrikaner und Weiße gemeinsam für die völlige Unabhängigkeit unter der Führung der FRELIMO. Auch in Angola befinden sich die Kolonialisten in einem verzweifelten Rückzugsgefecht. FNLA und MPLA erringen große militärische Erfolge trotz erneuter Bombardements der Portugiesen. Beide Organisationen wollen die Einheit im Kampf stärken und das angolesische Volk drängt darauf daß die Spaltung auf konsequenter Grundlage überwunden wird. Halten wir uns vor Augen, was die Befreiungsbewegungen wollen: Völlige Freiheit und Souveränität für das Volk in einem demokratischen und unabhängigen Angola mit gleichen Rechten für Weiße und Afrikaner (MPLA). Und lassen wir uns nicht täuschen vom Friedensgerede der Kolonialisten und ihrem Argument, daß "die Afrikaner sich gegenseitig die Köpfe einschlagen, wenn wir weggehen". In den bereits befreiten Gebieten schlagen sich die Afriker nicht die Köpfe ein, sondern zeigen der ganzen Welt, daß sie dort ein neues Leben aufbauen, und über all - auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet - ungeheure Fortschritte erringen. Gemeinsam mit den Werktätigen weißen Angolanern und Mozambiquanern werden sie dem Kolonialismus den Todesstoß versetzen und im ganzen Land die Volksmacht aufbauen.

a.g.



"Sieg oder Tod" - die Kampflosung der MPLA (Aus einem Schulbuch der MPLA).Das Volk von Angola unter Führung seiner Befreiungsorganisation wird den bewaffneten Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit erst beenden, wenn der völlige Sieg gewiß ist.Auf "Wahlen unter portugiesischer Kontrolle" und eine "Regierung" in Angola wird sich das Volk nicht einlassen

Der Kampf um Phnom Penh

In der Trockenzeit von November 1973 bis Mai 1974 haben die Phnom Penher Verräter etwa 100 000 Mann an Toten, Verletzten und Gefangenen verloren (80% des Mannschaftsstandes). Mit ihren verbleibenden Kräften kontrollieren sie noch einige städtische Zentren und die Hauptstadt des Landes, Phnom Penh. Die befreiten Gebiete andererseits umfassen 90% des kambodschanischen Territoriums mit 85% der Bevölkerung.

Phnom Penh ist der strategische Mittelpunkt des Landes. In dieser Stadt laufen alle bedeutenden Straßen und Wasserwege zusammen. Die Volksstreitkräfte haben sich sämtlicher strategischer Straßen und Wasserwege bemächtigt, die Kräfte des Feindes befinden sich daher in einer voneinander isolierten, passiven Situation. Sie warten nur mehr auf den Nachschub aus der Luft und auf die Angriffe der Volksstreitkräfte, die an allen Fronten die Initiative innehaben.- Wirtschaftlich gesehen sind diese Enklaven des Feindes völlig von der amerikanischen Hilfe abhängig, was nicht verhindert, daß ihre Bevölkerung dem Hunger ausgesetzt ist. In der Trockenperiode sind über 200 000 Menschen in die befreiten Gebiete geflohen.

Schon im April dieses Jahres erklärte Chau Seng, Mitglied des Politbüros der Nationalen Einheitsfront Kambodschas: "Wir hätten Phnom Penh schon längst mit Gewalt einnehmen können. Aber das hätte enorme Leiden für die Zivilbevölkerung mit sich gebracht, die Stadt wäre zerstört worden ... seit vier Jahren ist es immer die gleiche Strategie des Volkskrieges: möglichst die unschuldigen Opfer vermeiden und versuchen, die Bevölkerung von Phnom Penh dazu zu bewegen, an ihrer Befreiung teilzunehmen... Jegliche zwangsmäßige Befreiung ist nicht auf unserer Linie: wir wollen, daß die Betroffenen an der Bestimmung ihrer Zukunft teilnehmen." Eine gerechte Sache wird schließlich das ganze Volk für sich gewinnen, wenn die Demokratie auf alle Widersprüche im Volk angewandt wird und zugleich die Feinde des Volkes unerbittlich bekämpft werden.

Der Hauptfeind des kambodschanischen Volkes ist der amerikanische Imperialismus, der sich der Lon Nol-Clique in Phnom Penh als eines Werkzeuges bedient, Kambodscha in eine Neokolonie unter amerikanischer Herrschaft zu verwandeln.
Aber die Lon-Nol-Clique ist nicht sein einziges Werkzeug. In Thailand stehen nach wie vor die B-52 zur Bombardierung Kambodschas bereit, und die amerikanische VII. Flotte, die vor der Küste kreuzt, hat Landungstruppen an Bord. Den amerikanischen Imperialismus gilt es zu schlagen und zur Anerkennung der nationalen Souveränität und Integrität Kambodschas zu zwingen. Das Schicksal der Verräter in Phnom Penh hängt vom Schicksal der amerikanischen imperialistischen Aggression ab, gegen die das kambodschanische Volk politisch, militärisch und diplomatisch einen Verteidigungskrieg führt.
Inzwischen haben die Volkskämpfe gegen das faschistische Marionettenregime in Phnom Penh einen gewaltigen Aufschwung erfahren und entwickeln sich immer mehr in die Tiefe und Breite. Es sind dies nicht mehr spontane Aufstände verschiedener Volksteile, sondern eine machtvolle Bewegung, auf deren Banner geschrieben steht: Schluß mit der amerikanischen Aggression und Intervention in Kambodscha! Nieder mit der Verräter-Clique Lon Nols! Errichtung der Volksmacht in ganz Kambodscha!
Der Sturz des Lon Nol Regimes und die Befreiung Phnom Penhs sind Ereignisse, die unmittelbar bevorstehen.

Italien: Antifaschistische Demonstration



Die Werktätigen in verschiedenen Teilen Italiens hielten am Nachmittag des 5. August einen vierstündigen Generalstreik und massive Demonstrationen ab, um gegen ein neues Verbrechen, das von den Faschisten begangen wurde, scharf zu protestieren. Am 4. August haben die italienischen Faschisten im internationalen Eisenbahnzug Rom-München einen Bombenanschlag unternommen. 12 Menschen wurden dabei getötet und über 40 verwundet. Das hat die äußerste Entrüstung bei den italienischen Massen hervorgerufen. Am 5. August nahmen Arbeiter, Bauern, Handwerker, Angestellte und Angestellte des öffentlichen Dienstes an dem Generalstreik teil. Zur gleichen Zeit wurden große Demonstrationen in Rom, Bologna, Florenz, Mailand und anderen Städten durchgeführt, um die faschistischen Verbrechen schärfstens zu verurteilen.

Spendenaufruf

Um seine Aufgaben erfolgreich erfüllen zu können, benötigt der Kommunistische Bund Wien unter anderem bestimmte technische Einrichtungen.

Insbesondere ist zur Verbesserung und Erweiterung unserer Publikationstätigkeit in technischer Hinsicht der Aufbau einer eigenen Druckerei notwendig. Die damit verbundenen beträchtlichen Geldausgaben - Maschinen müssen instandgesetzt und angeschafft werden, ein eigenes Lokal muß gemietet, adaptiert und eingerichtet werden - können durch unsere regelmäßigen Einnahmen nicht gedeckt werden.

Daher hat die Leitung des KB Wien beschlossen, in der Zeit bis 1. November eine Spendenaktion durchzuführen. Ihr Ziel ist es, einen Betrag von mindestens Schilling 150 000.- für die Errichtung einer Druckerei aufzubringen.

Wir rufen alle, die unsere politischen Anschauungen teilen und unsere Ziele unterstützen auf, durch Spenden auf das Konto

Bank für Arbeit und Wirtschaft Aktiengesellschaft

Zentrale Wien, 1010 Wien

Nr. 00 - 66332 - 8

Kommunistischer Bund Wien

zur Erreichung dieses Zieles beizutragen. Über das Ergebnis der Spendenaktion wird laufend in unserer Zeitung "Klassenkampf" berichtet werden.
Wien, 15.7.1974

Leitung des KB Wien

Die Spendenaktion des KB-Wien hat bis einschließlich 28.8.1974 einen Betrag von 40.900,-- S erbracht. Wir rufen alle, die unsere politischen Anschauungen teilen auf, die Anstrengungen zu verstärken, damit das Ziel der Spendenaktion bis zum 1. November erreicht werden kann.



Indochina-Komitee Wien
1070 WIEN LINDENGASSE 39/9
TEL. 93 38 532



SPENDEN-KONTO
CREDITANSTALT 57 44 94

Unterstützt den gerechten Kampf der indochinesischen Völker!

Südvietnam:

Die befreiten Gebiete erfolgreich verteidigt

Das Pariser Vietnam-Abkommen anerkennt die Existenz von zwei Verwaltungen, zwei Zonen zwei Armeen in Südvietnam. Die amerikanischen Imperialisten haben die Hoffnung auf eine Korrektur der für sie ungünstigen Ergebnisse des Vietnamkrieges nicht aufgegeben. Als nächstes Ziel streben sie die Rückerroberung der befreiten Gebiete Südvietnams an, wobei sie sich der von ihnen unterhaltenen und befehligten Söldnerarmee ihrer Marionette Thieu bedienen.

Unterstützung erhalten sie dabei auch von der bürgerlichen Presse in Österreich, die von Zeit zu Zeit von einer bevorstehenden oder bereits im Gange befindlichen "Großoffensive" Nordvietnams schreibt. Solche Meldungen sollen die Überfälle der Thieu-Truppen auf die befreiten Gebiete rechtfertigen und fallen auch zeitlich mit ihnen zusammen. Die befreiten Gebiete sind dann ja Aufmarschgebiete der nordvietnamesischen "Offensive"! Kein Wunder, daß vom weiteren Verlauf dieser "Großoffensive' nichts mehr berichtet wird.

Die Befreiungsstreitkräfte haben die Angriffe auf die befreiten Gebiete stets zurückgeschlagen. Sie sind sogar zu Gegenschlägen übergegangen, die sich in erster Linie gegen die Militärbasen, von denen die Überfälle ausgehen, richten. Viele dieser Basen liegen mitten in den befreiten Gebieten und wurden den Saigoner Truppen rechtswidrig von den Amerikanern übergeben. So konzentrierten sich die Kämpfe in den letzten Wochen im Raum von Da Nang. Bei Da Nang befindet sich der größte Luftwaffenstützpunkt Südvietnams, von den Amerikanern erbaut. Von hier geht ein großer Teil der Terrorbombardements gegen die befreiten Gebiete aus. Die Befreiungsstreitkräfte befreiten zwei Bezirkshauptstädte, Thuong Duc und Minh Long, und zerstörten zahlreiche feindliche Stützpunkte.

Das Thieu - Regime in Saigon übt im Interesse der amerikanischen Imperialisten eine grausame faschistische Diktatur in einem Teil Südvietnams aus. Die schweren Niederlagen, die die Thieu Truppen erleiden, führen deshalb zu einer raschen Zersetzung in ihren Reihen. Das spiegelt sich selbst in offiziellen Angaben der Saigoner Verwaltung wieder: Die Verluste im Raum Da Nang vom 1. bis 20. August werden mit 5000 Mann angegeben, davon 1000 Tote, 3000 Verletze und 1000 "Verschwundene"(Le Monde 22.8.). Ihre katastrophalen Niederlagen beim Versuch, befreite Gebiete zu erobern, beantwortet die Saigoner Verwaltung mit schweren Bombenangriffen auf den dichtbesiedelten Umkreis von Saigon. In der Luft ist die Saigoner Armee dank amerikanischer "Berater" und Militärhilfe überlegen.

Diese Militärhilfe hat seit 1966 107 Milliarden Dollar betragen (eine Geldsumme, mit der der österreichische Staatshaushalt mehr als 10 Jahre hindurch bestritten werden könnte) und wird auch 1974/75 mindestens 700 Millionen Dollar betragen(Le Monde 23.8.). Nixon hatte vom amerikanischen Kongreß 1,4 Milliarden verlangt, der Kongreß hat die Summe aber herabgesetzt. Es sei ein Ziel seiner Politik, erklärte der neue Präsident Ford, die Völker Indochinas in die Lage zu versetzen, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. Deshalb verlange er, daß der Kongreß eine höhere Militärhilfe für Thieu zur Verfügung stelle. Zugleich sprach er sich gegen eine Amnestie für die 50.000 Amerikaner aus, die im Vietnamkrieg desertierten oder den Wehrdienst verweigert hatten (Süddt. Ztg. 22.8).

Die einzige rechtmäßige Vertretung des südvietnamesischen Volkes ist die Provisorische Revolutionsregierung (PRR) der Republik Südvietnam. Die PRR ist aus dem revolutionären Kampf des südvietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression hervorgegangen. Sie ist auf demokratische Strukturen gegründet und kontrolliert den größten Teil Südvietnams. In den befreiten Gebieten organisiert sie den Aufbau eines neuen Lebens, das frei von imperialistischer Unterdrückung ist. Hier entscheiden die Volksmassen selbst über ihr Schicksal, indem sie ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen.

K.K.



Unter der Fahne der nationlen Befreiungsfront demonstrieren die Massen in den befreiten Gebieten Südvietnams (Bild: Provinz Quang Tri) für die Durchführung des Pariser Friedenabkommens

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12 mal jährlich, Einzelpreis S 3.-, Jahresabonnement (inklusive Porto) S 50.-.
Abonnement - Bestellung durch Einzahlung auf das Konto "KB Wien" BAWAG - Zentrale 00663047.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Kommunistischer Bund Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Walter Lindner, alle: 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8.
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1070 Wien.
Redaktionsschluß: 30.8. Erscheinungstermin: 2.9.74

Aus dem Inhalt: